Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Nord

8. Mai 1978
Jg. 6 Nr. 19

Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: H.J.Hager – Erscheint im Verlag Kühl KG Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf. Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt – Gedruckt in Frankfurt

Wochenzeitung 50 Pfg.
D 21060 C

Streikwelle im öffentlichen Dienst in Belgien

Seit Wochen schleppt die belgische Regierung den Abschluß eines Tarifvertrages hinaus. Stattdessen kürzte der Dienstherr Ende April in einem dreisten Angriff das Urlaubsgeld der Lohnabhängigen im öffentlichen Dienst durch Erhöhung der Steuer- und Versicherungsabgaben um 100 bis 200 DM. Noch am gleichen Tag traten die Postler in allen größeren Städten Belgiens in den Streik, die Eisenbahner, die Arbeiter und Angestellten bei Rundfunk und Fernsehen und beim belgischen Staatsanzeiger schlossen sich an. Teilweise dauerte der Streik Ende vergangener Woche noch an. Die Eisenbahner blockierten an fast allen Knotenpunkten den Zugverkehr. – Inzwischen hat der Dienstherr sein Angebot vorgelegt: die höhere Besteuerung des Urlaubsgeldes soll beibehalten, das Urlaubsgeld um brutto rd. 130 DM, die Jahresprämie 78 und 79 um je rd. 65 DM erhöht, die Arbeitszeit ab dem 1.10.79 auf 39 Stunden verkürzt werden. Darüber werden die Beschäftigten bis zum 26. Mai beraten.

Spanische Lehrer zwei Wochen im Streik

Seit dem 18. April stehen die spanischen Lehrer im Streik. Die etwa 80000 Lehrer an den teils unter Pfaffenfuchtel stehenden, teils rein kapitalistisch betriebenen Privatschulen machten den Anfang, die Lehrer an den staatlichen Grundschulen schlossen sich an. Die Lehrer fordern Lohnerhöhungen, Senkung der Stundenzahl, Abschaffung der Teilzeitverträge und politische und gewerkschaftliche Freiheiten in den Schulen. In wenigen Tagen stieg die Zahl der Streikenden allein an den staatlichen Schulen auf über 90000. Ursprünglich hatten die Gewerkschaften nur für drei Tage zum Streik aufgerufen. Der Innenminister erklärte den Streik für illegal und forderte die Direktoren zur Meldung der Streikenden auf. Daraufhin wurde der Streik unbefristet verlängert, zahlreiche Direktoren rückten die Namen nicht raus und traten von ihren Ämtern zurück. Die Regierung weigert sich noch immer, die Forderungen der Lehrer, die von Elternvereinen unterstützt werden, zu erfüllen, da sie die Lohnleitlinien des Pakts von Moncloa durchbrechen würden.

Algerien: Stärkung der nationalen Wirtschaft

In einem neuen Entwicklungsplan ist der weitere Ausbau der Nutzung der großen Erdgasvorräte des Landes festgelegt

Algerien: Stärkung der nationalen Wirtschaft

In einem neuen Entwicklungsplan ist der weitere Ausbau der Nutzung der großen Erdgasvorräte des Landes festgelegt worden. Mit den bereits fertiggestellten bzw. noch im Bau befindlichen Gasverflüssigungsanlagen sowie weiteren geplanten Projekten wird die Produktionskapazität für Flüssiggas von derzeit 16,5 Mrd. Kubikmeter auf 57,7 Mrd. jährlich bis 1985 gesteigert. Für die Weiterverarbeitung von Erdölprodukten ist in Arzew ein Komplex zur Herstellung von Kunstharzen und Methanol errichtet worden, in Skikda ist eine Fabrik für Plastikmaterialien im Bau, womit die selbständige industrielle Basis Algeriens erweitert wird. Ebenso stärkt Algerien die nationale Unabhängigkeit im Transportwesen: die Transportflotte der Nationalen Schiffahrtsgesellschaft wird von 8 auf 30 Flüssiggastanker erweitert. Zwischen Libyen und Algerien wurde die Errichtung einer gemeinsamen Gesellschaft zur Förderung von Erdöl und Erdgas, einer Gesellschaft für Erdölverarbeitung sowie die Durchführung einer Studie über die Versorgung der libyschen Westküste mit algerischem Erdgas vereinbart.

OPEC-Ministerkonferenz berät

Am 6. Mai hat in Tayif (Saudiarabien) ein informelles Ministertreffen der OPEC-Staaten stattgefunden. Es dient der Erörterung von Maßnahmen gegen die Dollaraggression des USA-Imperialismus. Im Juni findet die reguläre Ministerkonferenz der OPEC statt. Der saudiarabische Ölminister Yamani hat vor der Konferenz erklärt, daß sein Land durch den Dollarverfall schweren Schaden erlitten habe, aber frühestens im Juni entschieden werden könne, ob man anstelle des Dollars einen Währungskorb für die Bezahlung des Öls benutze. Eine von westlichen imperialistischen Staaten Saudiarabien gegenüber geforderte starke Erhöhung der Ölförderung, mit der diese den Ölpreis weiter drücken und Konkurrenz und Spaltung innerhalb der OPEC bezwecken, lehnte er ab. Kuwaits Ölminister trat für Preiserhöhungen als einzig wirksames Mittel gegen die Dollaraggression ein. Die OPEC-Mitgliedsstaaten Venezuela, Nigeria und Iran haben Importbeschränkungen für Waren der westlichen imperialistischen Länder beschlossen, um der Ausplünderung entgegenzutreten und Vorhaben im Aufbau der nationalen Wirtschaft zu schützen. (6.5.78)

Die Konkurrenz der Imperialisten richtet sich immer gegen die Arbeiterklasse

Mit dem Breschnew-Besuch will Schmidt Boden gegenüber den Supermächten gutmachen

Vor wenigen Wochen erst hat Carter die westdeutschen Imperialisten mit der Neutronenbombe und den Uranlieferungen aus den USA auflaufen lassen. Sie fürchteten, in der Rivalität der Supermächte unter die Räder zu geraten. Das ist keineswegs ihre Absicht, schon gar nicht, wenn die französischen Imperialisten zur selben Zeit gleich zwei Interventionen in der Dritten Welt durchführen, im Tschad und im Libanon. Jetzt hat Breschnew den Versuch Carters, den Sozialimperialisten für die Eingliederung der Neutronenbombe ins Arsenal der nuklearen Erpressung die Verantwortung zuzuschieben, mit der feierlichen Erklärung abgeschmiert, „daß wir in Anbetracht dieser Erklärung des Präsidenten die Produktion der Neutronenwaffe ebenfalls nicht aufnehmen werden, wenn die Vereinigten Staaten davon Abstand nehmen."

Die Gelegenheit für die westdeutschen Imperialisten, sich im „Konzert der Großmächte" mehr Gehör zu verschaffen, scheint also günstig. Kaum war Breschnew im Lande, ist man zu den „substantiellen" Dingen gekommen. Was das sein könnte, haben Egon Bahr und Wolff von Amerongen, der Vorsitzende des „Ostausschusses der deutschen Wirtschaft", schon vor dem Besuch angepeilt.

Bahr in der „Deutschen Zeitung": „Es (gibt) zwischen dem Sektor, den die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten behandeln, um zu einem zweiten Abkommen zur Begrenzung strategischer Waffen zu kommen, und dem geographisch und auch was die Waffensysteme angeht begrenzten Sektor, über den die Staaten der NATO und des Warschauer Vertrages in Wien verhandeln, ein Gebiet dazwischen, das wir die Grauzone zu nennen uns angewöhnen." Was die „Grauzone" ist, spricht Bahr nicht aus, man kann es sich aber leicht denken: die sogenannten taktischen Atomwaffen, und hier wieder besonders die Neutronenwaffe.

das wir die Grauzone zu nennen uns angewöhnen." Was die „Grauzone" ist, spricht Bahr nicht aus, man kann es sich aber leicht denken: die sogenannten taktischen Atomwaffen, und hier wieder besonders die Neutronenwaffe.

Grauzonen zwischen den Supermächten, und gar „geographisch" nicht „begrenzte", schreien natürlich nach dem Engagement der westdeutschen Imperialisten: „Die politische Logik stellt die Aufgabe, keinen absprachefreien Raum zu lassen." Die westdeutschen Imperialisten, die ums Haar auf dem Schwarzen Peter für die Stationierung der Neutronenwaffe sitzengeblieben wären, wollen die Konkurrenz der Supermächte nutzen, um selbständig ins Geschäft zu kommen.

Auch für den zweiten Krach mit den US-Imperialisten, den über die Uranlieferungen, weiß Otto Wolff von Amerongen ein Mittel: „Ich erinnere mich, daß vor drei Jahren in einer Sitzung der gemischten deutsch-sowjetischen Wirtschafts-Kommission der Gedanke von Uranlieferungen in die Bundesrepublik aufkam. Warum sollte man nicht jetzt diesen Faden wieder aufnehmen?" Schon jetzt beziehen die westdeutschen Imperialisten fast die Hälfte ihres angereicherten Urans aus der Sowjetunion, 1978 von insgesamt 1630,6 t Urantrennarbeit 722,8 t. Für „Versorgungssicherheit" sollen, so spekulieren die BRD-Imperialisten, die hohen Handelsdefizite und Schulden der Sozialimperialisten sorgen. Obwohl die Sowjetunion im letzten Jahr ihre Exporte nach Westdeutschland hat steigern können, während die westdeutschen Exporte um 300 Mio. DM gesunken sind, beträgt das Jahresdefizit immer noch 2 Mrd. DM zuungunsten der Sowjetunion. Seit 1970 haben die Sozialimperialisten für mehr als 12 Mrd. DM mehr Waren aus Westdeutschland bezogen als dorthin geliefert, ihre Schulden bei der westdeutschen Finanzbourgeoisie sind auf über 10 Mrd. DM gestiegen. Zu Jahresbeginn hat ein westdeutsches Bankenkonsortium unter Führung der Deutschen Bank einen neuen Kredit über 600 Mio. DM gewährt. Gegenüber den schwächeren Konkurrenten der BRD in Westeuropa ist dagegen die sowjetische Handelsbilanz seit Jahren positiv, so mit Großbritannien und Italien, im letzten Jahr ist auch das Defizit im Handel mit Frankreich fast halbiert worden.

Grundlage dafür ist, daß sich die westdeutschen Imperialisten höch-
(Fortsetzung Seite 2)

Anerkennung der Patriotischen Front durch die Bundesregierung!


Die Einreise der Delegation der ZANU und ihre Teilnahme an Veranstaltungen des Kommunistischen Bundes Westdeutschland „wider-

Die Einreise der Delegation der ZANU und ihre Teilnahme an Veranstaltungen des Kommunistischen Bundes Westdeutschland „widerspreche den Grundsätzen der Bonner Afrikapolitik" hat das Auswärtige Amt der Nachrichtenagentur Reuter zur Begründung des Einreiseverbots erklärt. Am 1. Mai hatte die Sammlung für die Ausrüstung einer vollmotorisierten Kompanie der ZANLA bereits 698826 DM erbracht. Verbot der Sammlung und Beschlagnahmung von ZANU-Geldern hat das Verwaltungsgericht Sigmaringen am 25. April für rechtens erklärt, weil die Sammlung die „Friedensbemühungen" des Regimes der „inneren Lösung" gefährde. Die Bundesregierung, geschäftsführender Ausschuß der imperialistischen Bourgeoisie, haßt und fürchtet die Unterstützung des bewaffneten Befreiungskampfes durch die Arbeiterklasse und die Volksmassen. 7250 nahmen an den Kundgebungen in Westberlin, Hannover, Köln, München (unser Bild) und Frankfurt teil, auf denen der Genosse Shava, Vertreter der ZANU in Großbritannien und Westeuropa, sprach. Der Beschluß der Kundgebungen, die Kampagne zur Ausrüstung einer vollmotorisierten Kompanie der ZANLA und zur Anerkennung der Patriotischen Front durch die Bundesregierung fortzusetzen und bis zum Beginn der UNO-Vollversammlung die Million vollzumachen, erweist sich als völlig richtig. Die Länder der Dritten Welt werden diese Vollversammlung für ihren Kampf nutzen, dessen Grundlage der bewaffnete Befreiungskampf ist. Die Bundesregierung muß zur Anerkennung der Forderungen der Dritten Welt gezwungen werden.

Schnelle Verbindungen von den Häfen in die Industriegebiete, von den Industriegebieten in die imperialistischen Nachbarländer

„Verkehrspolitik aus einem Guß" – Straßen, Brücken, Autobahnen auch militärisch nutzbar

„Verkehrspolitik in Niedersachsen steht vor allem im Dienste der Strukturpolitik. Diese Politik aus einem Guß hat sich bewährt", biedert sich der niedersächsische Ministerpräsident Ernst Albrecht den Kapitalisten an.

Die Industrie in Niedersachsen ballt sich in einem breiten Gürtel in den Gebieten Wolfsburg – Göttingen – Braunschweig – Hannover – Osnabrück. In diesen Gebieten sind von 1000 Einwohnern 150 und mehr in der Industrie beschäftigt. Neue Industriezentren entstehen in Wilhelmshaven und Stade. Der geschäftsführende Ausschuß der Kapitalistenklasse, der Staat, hat dafür zu sorgen, daß das Stahlwerk Peine & Salzgitter, daß Klöckner in Osnabrück und Georgsmarienhütte kostengünstig die Eisenerze aus den Häfen Nordenham und Hamburg erhalten, daß VW seine Golf schnell nach Emden für die Verschiffung ins Ausland transportieren lassen kann oder in die DDR. Infolgedessen wird die Verbindung von der Industrieachse zu den Nordseehäfen Emden, Nordenham, Wilhelmshaven, nach Hamburg, in die DDR, in die imperialistischen Nachbarländer Niederlande, Belgien, Dänemark sowie in die übrigen Ballungsgebiete Westdeutschlands ständig ausgebaut und verbessert.

In der Fortschreibung des „Koordinierten Investitionsprogramms für die Bundesverkehrswege bis zum Jahre 1985" hat die Bundesregierung Ende 1977 beschlossen, daß die Deutsche Bundesbahn 18 Mrd. DM für Investitionen erhalten wird. Auf Niedersachsen entfallen davon 11,9 Mrd. DM für die Neubaustrecke Hannover – Würzburg und für den Ausbau der Strecken Dortmund – Hannover – Braunschweig sowie Hamburg – Hannover, auf der Geschwindigkeiten bis zu 200 Stundenkilometern gefahren werden sollen und Hamburg – Münster. Für Bundesfernstraßen werden bis 1985 ca. 59 Mrd. DM vorgesehen, für die Wasserstraßen mehr als 7 Mrd. DM und für den Personennahverkehr und den kommunalen Straßenbau ca. 21 Mrd. DM.

1977 sind in Niedersachsen wichtige Bahnteilstrecken elektrifiziert worden: Von Emden zur niederländischen Grenze bis Rheine und von Bremen nach Oldenburg. Fertiggestellt werden Container-Umschlagplätze auf den Bahnhöfen Hannover-Linden, Braunschweig und Göttingen.

Die Planungen im Straßenbau beziehen sich auf die Emslandautobahn, die Emden mit dem Ruhrgebiet verbindet, die Küstenautobahn, die Anschlüsse in die Niederlande und Dänemark hat, die Verbindung Hamburg – Wolfsburg und Wolfsburg – Ostsee, sowie Wolfsburg – DDR, die Verbindung Osnabrück – Niederlande und Osnabrück – Ruhrgebiet.

Solange die Bourgeoisie noch nicht in der Lage ist, neue Verkehrssysteme für den Güterverkehr einzusetzen, wie die Magnetschwebebahn, die in Emsland ausprobiert werden soll, muß sie für den Ausbau der Straßen, der Schienen- und Wasserwege sorgen. 1976 beförderte die Eisenbahn 342,7 Mio. Tonnen, per Lkw wurden 362,2 Mio. Tonnen und im Binnenschiffsverkehr 230,0 Mio. Tonnen befördert, wobei die Beförderung mit der Bahn von Jahr zu Jahr fällt (allein von 1974 bis 1976 um 17%), der Transport per Lkw steigt (17%) und der Umschlag mit dem Schiff ungefähr konstant bleibt. Diese drei Transportarten nutzt die Bourgeoisie unterschiedlich: Mit dem Lkw werden vor allem die fertigen Waren transportiert, insbesondere auch Nahrungs- und Genußmittel. Mineralölerzeugnisse, Kraftstoffe und Heizöl machen einen verschwindend geringen Anteil von 5 Prozent aus, Rohstoffe wie Eisenerze, NE-Metallerze, -abfälle und -schrott nur 0,7 Prozent. Für diesen Bereich benutzt die Bourgeoisie vor allem die größeren Kapazitäten der Bahn und der Binnenschiffahrt. Der Anteil der Mineralöle, Kraftstoffe und Heizöle macht bei der Bahn 1975 7,9 Prozent (Binnenschiffahrt: 19,8%) aus, Eisenerze, NE-Metalle, -abfälle und -schrott 14%, Kohle, Koks und Briketts 25,6% (Binnenschiffahrt: 16,9%).

Die Binnenschiffahrt schafft Verbindungen von der Nordsee (Wilhelmshaven – Emden über den Ems-Jade-Kanal) ins Ruhrgebiet (Ems und Dortmund-Ems-Kanal), vom Bremer Hafen über Oldenburg ins Ruhrgebiet über die Hunte und den Küstenkanal, eine Verbindung durch den Industriegürtel über den Mittellandkanal, der bis in die DDR nach Magdeburg reicht und über die Elbe und den Elbe-Havel-Kanal den Transport nach Westberlin ermöglicht. Über das 1976 wenige Wochen nach der Einweihung ausgelaufene Jahrhundertbauwerk Elbe-Seiten-Kanal ist eine direkte Verbindung vom Erzumschlaghafen Hamburg-Hansaport mit den Stahlwerken Peine & Salzgitter geschaffen worden.

(Fortsetzung Seite 2)

Die Konkurrenz der Imperialisten richtet sich immer gegen die Arbeiterklasse

(Fortsetzung von Seite 1)
stens noch mit der Supermacht USA und Japan um den Titel eines Weltmeisters in der Auspressung der Arbeitskraft zu streiten brauchen. Vor allem gegen diese drei setzt die Sowjetunion jetzt zum Sturm auf die Weltmärkte an und greift nach dem Weltmonopol. Sie stützt sich dabei auf die brutale Niederdrückung der sowjetischen Arbeiterklasse, die ihr mit den aus dem Westen importierten modernen Produktionsanlagen Höchstprofite produzieren soll. „Die für die chemische Industrie importierten einmalig dastehenden Anlagen für die Produktion von Ammoniak und Karbamid (bewirkten) eine Verringerung der Selbstkosten der Erzeugnisse um 50% im Vergleich mit den früheren Anlagen, sowie eine beträchtliche Steigerung der Arbeitsproduktivität." (Außenhandel 4/78) Verschiedenen Ländern der Dritten Welt haben die Sozialimperialisten Lieferverträge für Rohstoffe abgepreßt, um einige Rohstoffmärkte vollständig zu monopolisieren. Afghanistan z.B. muß Erdgas und Baumwolle liefern, Waren, bei denen die Sowjetunion selbst zu den weltgrößten Produzenten gehört. Die Regierung Daud hatte in der letzten Zeit einige Schritte unternommen, um das Land aus dem Würgegriff der Sozialimperialisten, die unter anderem die afghanische Brotindustrie vollständig beherrschen, zu lösen. Mit dem im vergangenen Jahr verabschiedeten Siebenjahresplan wurden verschiedene Projekte zur Entwicklung der nationalen Wirtschaft mit Hilfe anderer Länder der Dritten Welt, vor allem der Ölförderländer Iran und Kuweit, festgelegt. Um der Infiltration der Armee entgegenzutreten, hatte Daud kürzlich 800 der 1000 sowjetischen „Militärberater" vor die Tür gesetzt. Die Erdgasproduktion, von der 95% vertraglich an die Sowjetunion abgeliefert werden müssen, wurde gedrosselt. Gestützt auf die Kompradorenbourgeoisie und die mit ihr verbundenen Teile des Offizierskorps haben die Sozialimperialisten daraufhin in der letzten Woche einen revisionistischen Putsch inszeniert, um dem schon in Zarenzeiten ersehnten Zugang zum Indischen Ozean einen Schritt näher zu kommen. Die westdeutschen Imperialisten hatten ihrerseits versucht, durch Ausbildung der afghanischen Polizei in das Land zu infiltrieren.

Die westdeutsche Finanzbourgeoisie traut sich zu, gestützt auf ihre Meisterschaft in der Ausbeutung der westdeutschen Arbeiterklasse nach den Rohstoffreichtümern der Sowjetunion zu greifen. Otto Wolff von Amerongen schwärmt: „Bei diesem großen Land, dessen Exporte zur Zeit zu 80% aus Rohstoffen bestehen, muß man ja nach großen Brocken suchen." Und große Brocken haben die westdeutschen Imperialisten auch außer Uran eine ganze Reihe ins Auge gefaßt: Für eine halbe Milliarde liefert der Salzgitter-Konzern drei komplette Werke in die Sowjetunion, ein Konsortium von Salzgitter, Krupp, Klöckner, Hoechst und Linde baut ein riesiges petrochemisches Kombinat in Tomsk in Sibirien. Für mehr als 2,2 Mrd. Rubel hat die Sowjetunion allein im letzten Planjahrfünft chemische Anlagen importiert. Inzwischen tritt sie selbst auf dem Weltmarkt in großem Maßstab als Exporteur von chemischen Erzeugnissen auf, nach Westdeutschland hat sie 1977 den Export mehr als verdoppelt. Offensichtlich sind die westdeutschen Imperialisten zuversichtlich, sich trotz der gewachsenen sowjetischen Konkurrenz behaupten zu können.

In einem 25jährigen Kooperationsabkommen soll zum Abschluß des Breschnew-Besuchs die Marschrichtung festgeschrieben werden. Nicht, daß die Imperialisten ein Vierteljahrhundert friedlicher „Kooperation" ins Auge gefaßt hätten. Den westdeutschen Imperialisten geht es darum, die Expansion nach Osten durch Kapitalexport vorzubereiten und zugleich ihr Gewicht im Bündnis mit der anderen Supermacht zu vergrößern. Den Sozialimperialisten geht es um Eroberung auch der Märkte, die jetzt noch von ihren stärksten Konkurrenten im Westen mit Beschlag belegt werden, und um ökonomische Rüstung für den Krieg. Entsprechend sind die Freundlichkeiten, die gleich zu Beginn mit kräftigen Tritten gegen das Schienbein ausgetauscht wurden. Scheel erinnerte nach schönen Worten über die Friedensliebe der Jugend daran, daß die westdeutschen Imperialisten ihre großdeutschen Pläne keineswegs aufzugeben gedenken, schon gar nicht Westberlin als Stützpunkt dafür. Und liefert nicht der Wunsch der „vielen Menschen deutscher Volkszugehörigkeit in Ihrem Lande, mit ihren in der Bundesrepublik lebenden Verwandten zusammenzukommen", noch auf Jahre reichlich Vorwände für Einmischung? Breschnew, dieser ordensbehängte Friedensengel, drohte dafür jedem, der sich den „Entspannungs"forderungen der Sozialimperialisten nicht fügt, das „Risiko eines neuen Krieges" an.

Die Länder der Dritten Welt konnten in den letzten 10 Jahren ihre Papierproduktion verdoppeln

Die in der OAU zusammengeschlossenen afrikanischen Staaten unternehmen große Anstrengungen, um den Aufbau der panafrikanischen Nachrichtenagentur PAFNA bis zum Jahresende abgeschlossen zu haben. Wie das ständige Sekretariat der PAFNA in der ugandischen Hauptstadt Kampala mitteilte, werden jetzt in den nördlichen, westlichen, zentralen, östlichen und südlichen Regionen Afrikas regionale Zentren, Sammel- und Wiederverteilungsstellen aufgebaut, die die Bearbeitung und Weiterleitung der einlaufenden Nachrichten übernehmen und für ihre Reintegration in den Nachrichtenfluß der PAFNA sorgen. Nach den Worten eines Vertreters der PAFNA ist der Aufbau einer eigenen Nachrichtenagentur „eine politische Notwendigkeit und ein entscheidender Schritt in Richtung auf die endgültige Entkolonialisierung Afrikas". Die PAFNA wird „für Afrika einen ungehinderten Fluß der Wahrheit über Afrika sicherstellen und das Monopol der kommerziellen internationalen Agenturen über Afrika brechen." Hand in Hand mit der Einrichtung des für das eigene Pressewesen notwendigen Regionalsystems der PAFNA bauen die afrikanischen Staaten ihre Papierproduktion aus, um das Papiermonopol der Imperialisten, besonders der beiden Supermächte, zu brechen. Uganda, das täglich etwa 15 Tonnen Qualitätspapier herstellt, erweitert seine Papierproduktion durch die Aufstellung weiterer Papiermaschinen auf eine Tageskapazität von 35 bis 40 Tonnen. Tansania, das seit kurzer Zeit Selbstversorger für Druckfarben ist, hat jetzt ein Schwerpunktprogramm für den Ausbau der Papierindustrie des Landes erarbeitet. In Gabun, einem der größten Holzexportländer Afrikas, ist ein Zellstoffwerk im Bau, das mit einer geplanten Produktion von 300000 Tonnen pro Jahr zu den größten der Welt zählen wird. Holz ist einer der wichtigsten Rohstoffe für die Papierproduktion. Es wird entweder mechanisch in Holzschliff oder chemisch in Halbzellstoff bzw. Zellstoff als Vorprodukt verarbeitet. Zellstoff wird nicht nur auf der Basis von Weichhölzern wie Eukalyptus in Angola oder Gerbrindeakazie in Zimbabwe, sondern auch auf der Basis anderer Rohstoffe, wie z.B. Halfa- oder Espartosteppengras in Nordafrika und Flachs, hergestellt. Reisstroh und Bambus spielen in den ostasiatischen Ländern eine große Rolle. In Ländern mit großer Baumwollproduktion werden auch Linters verwendet. Linters sind kurze Baumwollfasern, die beim Entkernen noch an den Samen hängengeblieben sind. Wegen der großen waldarmen Räume Afrikas spielen die jetzt im Bau befindlichen großen überregionalen Eisenbahn- und Straßenbauprojekte eine bedeutende Rolle für die Erweiterung der Papierindustrie. Die Länder der Dritten Welt haben ihre Papierproduktion in den letzten zehn Jahren beständig gesteigert. Betrug 1966 ihr Anteil an der Weltpapierproduktion noch 8,12%, so erreichte er 1974 10,65%. Damit stieg die gesamte Jahrespapierproduktion der Länder der Dritten Welt um 7,647 Millionen Tonnen, was etwa einer Verdoppelung der Produktion gegenüber 1966 entspricht. Die Papierproduktion der afrikanischen Staaten stieg von 660000 Tonnen 1966 auf 1206000 Tonnen im Jahr 1974. In der nigerianischen Stadt Lagos wurde vor kurzem die Association of African Industrial Technology Organisations (Aaito) gegründet. Sie soll die Zusammenarbeit der afrikanischen Länder bei industriellen und technologischen Forschungen sowie entsprechende Planungs- · und Schulungsmaßnahmen fördern. Der Aufbau eines eigenen Pressewesens und Nachrichtenwesens in den Mitgliedsländern der OAU wird durch solche Projekte erheblich gestützt. – (Z-Red.)

Im Altersheim gehalten wie im Gefängnis

Die Alten möglichst schnell ins Grab zu bringen, ist die Absicht der Bourgeoisie.

Kleinlich und gehässig ist die Schikane, die gegenüber den Alten betrieben wird. In einem gemeindeeigenen Altenheim im Oldenburger Land sind 50 Rentner untergebracht. Der Pflegesatz beträgt 750 DM pro Monat. Da die meisten eine niedrigere Rente beziehen, trägt das Sozialamt die Differenz. Es bleibt ein Taschengeld von 70 bis 80 DM, in Ausnahmefällen 130 DM im Monat. Davon müssen sich die Rentner Seife, Haarshampoo, Kleidung, nebenbei Obst und Süßigkeiten selbst kaufen. Einmal im Monat kommt ein Friseur und ein Fußpfleger. Das muß auch selbst bezahlt werden. Einige, die geistig behindert sind, und kein Shampoo haben, kriegen die Haare mit Badezusatz gewaschen.

Mit dem Essen sind die Rentner hier zufrieden. Das kommt daher, daß sie im Garten selbst mitarbeiten und Gemüse anbauen. Die Küchenfrau hat kein Interesse, die Alten schlecht zu versorgen, sondern verarbeitet das geerntete Obst und kocht auch noch ein.

Einmal in der Woche kommt der Dorfarzt. Seine Tätigkeit beschränkt sich darauf, nach dem Medikamentenbestand zu sehen und ihn aufzufüllen. Er sieht nur nach den akut Kranken. Diagnosen werden ausgestellt, ohne daß die Kranken gesehen werden: Eine Frau klagte über ein schmerzhaft angeschwollenes Knie und konnte schlecht laufen. Sie verlangte den Arzt. Ohne daß er die Patientin gesehen hatte, verschrieb er ein Rheumamittel.

Dieses Vorgehen wird von der Heimleitung unterstützt. Die Alten müssen bei der Ankunft im Heim eine Bescheinigung unterschreiben, daß sie für den Fall, daß sie Pflegefall werden, ins Pflegeheim abgeschoben werden. Hier sterben sie erfahrungsgemäß dann oft schon nach drei Tagen.

Die Gemeinde hat nun durchrationalisiert, um getreu dem Ehrenbergprogramm für einen rascheren Durchlauf der Alten und Steigerung der Arbeitsintensität bei den Beschäftigten zu sorgen. Bisher waren im geteilten Dienst (außer der Heimleitung) eine Pflegekraft und sechs Putzfrauen beschäftigt, die einen 28-Stunden-Dienst pro Woche hatten. Jetzt werden im Schichtdienst vier unausgebildete Pfleger beschäftigt und nur noch vier Putzfrauen, die nur noch 20 Stunden arbeiten. Das Pflegepersonal muß jetzt Arbeiten wie Zimmer wischen, Wäsche waschen, bügeln, stopfen, Küchendienst, Reinigung der Aufenthaltsräume und Toiletten mitbesorgen, so daß an den meisten Tagen ein bis anderthalb Stunden für Pflegearbeit bleibt, wozu das Aufteilen der Tabletten gehört. Um mit den Rentnern zu reden, dazu bleibt kaum Zeit. Und wenn man das tut, wird das als Erholungspause ausgelegt.

Die Beschäftigten haben genauso ein Interesse daran wie die Rentner, sich zusammenzuschließen gegen das Elend im Heim und die Schikane und Gängelung, wie gegen die miserablen Arbeitsbedingungen.

Die Pfleger werden nach KR 1 bezahlt, das heißt inklusive Ortszuschlag kommt man auf ganze 1500 DM brutto. Und das bei Schichtdienst und Arbeit an allen Feiertagen. Die Verwalter des Ehrenbergprogramms in der Gemeinde haben Vorsorge getroffen, mit der sie den Zusammenschluß verhindern wollen. In der Heimordnung steht, daß sich die Alten bei Beschwerden und Problemen nicht an die Mitarbeiter, sondern an die Heimleitung oder die Gemeinde wenden sollen. In der Praxis ist es genau umgekehrt. Die Arbeiter lassen sich von den Alten nicht abspalten. Das ist auch der Punkt, an dem das Ehrenbergprogramm scheitern muß.

Dieter Bock, geb. 28.2.1948, ist auf Beschluß des ZK des KBW vom 6.5.1978 nicht berechtigt, als Mitglied des KBW aufzutreten.

Schnelle Verbindung von den Häfen in die Industriegebiete

(Fortsetzung von Seite 1)
Die Binnenschiffahrt, wenn auch im Vergleich zu Bahn und Lkw langsam in der Beförderung, ist jedoch billiger als diese. 1973 kostete die Beförderung einer Tonne je Kilometer auf dem Binnenschiff 1,5 Pfg., auf der Schiene 5,4 Pfg. und per Lkw 7,8 Pfg. Der Unterschied kommt daher, weil 1 PS bei einem Binnenschiff 4 Tonnen befördern kann gegenüber 0,5 Tonnen auf der Schiene und 0,15 Tonnen auf der Straße und wenige Mann Besatzung ausreichen: ein Matrose und ein Schiffsjunge mindestens bis hin zum größten Binnenschiff mit vier Matrosen, zwei Maschinisten, einem Lehrling oder einem Schiffsjungen. Im Moment werden in der Binnenschiffahrt vorwiegend die „Europaschiffe" mit 1350 Tonnen Nutzlast verwendet, jetzt werden die Kanäle weiter ausgebaut für Schubeinheiten mit 3300 t Tragfähigkeit. Für den Ausbau des Mittellandkanals sind im niedersächsischen Haushalt 1978 19 Mio. DM vorgesehen.

Mit dieser imperialistischen Verkehrsplanung wird nicht nur der Nachschub für die Industrieproduktion sichergestellt, was auch zu einer Verödung der ländlichen Gebiete und der Verschärfung des Gegensatzes von Stadt und Land führt, sondern werden beizeiten günstige Ausgangsbedingungen für den Kriegsfall geschaffen: Der Marinestützpunkt Wilhelmshaven wird verbunden mit dem Hinterland, im Aufmarschgebiet gegen die DDR soll der Nachschub über die neuen Autobahnen reibungslos ablaufen können, Eisenbahnbrücken wie in Neumünster werden 4-spurig ausgebaut und können so zur Not auch mit einem Panzer befahren werden, und ein Teilstück der Emslandautobahn ist gleichzeitig als Fluglandeplatz geeignet.

Bezahlen sollen die Volksmassen. Den 2,2 Millionen lohnsteuerpflichtigen Arbeitern und Angestellten in Niedersachsen werden 1978 11,2 Mrd. DM an Lohnsteuer abgepreßt, jedem durchschnittlich 5120 DM. Allein neun Mal so viel Geld braucht die Bourgeoisie für ihr „Investitionsprogramm für die Bundesverkehrswege". Kein Wunder, daß sie neben der Plünderung der Versicherungskassen der Arbeiter und Angestellten ständig wie eine Hyäne nach neuer Beute aus ist.

Im Frühjahr, Sommer und Herbst arbeiten die kleinen und mittleren Bauern 90 bis 100 Stunden in der Woche

Das Finanzkapital erzwingt die Überarbeit der Bauern über die Zins- und Schuldenlast

Großem Verschleiß ist die Lebens- und Arbeitskraft der Bauern und Landarbeiter für den Profit der Banken ausgesetzt. Laut Agrarbericht von 1978 haben die Bauern in der BRD 1976 durchschnittlich 63,3 Stunden die Woche gearbeitet. Das ist fast eine Stunde mehr als 1970. Man kann getrost davon ausgehen, daß die kleinen und mittleren Bauern über 70 Stunden die Woche schieben, denn in der Statistik sind auch die Angaben der Großbauern und Agrarkapitalisten enthalten. Außerdem ist die Intensität der Bewirtschaftung in kleinen Betrieben (mehr und aufwendigere Viehhaltung) pro ha wesentlich höher als in großen.

Besonders krass ist die Ausdehnung des Arbeitstages bei den Bauersfrauen. Sie haben die höchste Steigerungsrate zu verzeichnen, von 46,2 Stunden pro Woche 1970 auf 51,8 Stunden 1976. All das, was unter dem Druck der Schuldenlast an Mehrarbeit geleistet werden muß, geht in immer stärkerem Maße auf die Knochen der Bauersfrauen, d.h. sie werden immer stärker in den Betrieb eingespannt. Neben ihrer Haus- und Gartenarbeit ist das vor allem das Melken und Schweine füttern, aber auch Treckerfahren. Daß die kleinen und mittleren Bauern ihre Kinder einsetzen, ist kaum möglich. Sie werden eher in die Fabriken geschickt, damit sie Geld nach Hause bringen.

Laut Statistik hat sich die durchschnittliche Arbeitszeit der Industriearbeiter von 1970 bis 1976 um 2,2 Stunden vermindert, die der Landarbeiter um 3,9 Stunden. Das schlägt der Erfahrung der Arbeiter aber direkt ins Gesicht. Denn jeder weiß, daß die Überstunden mehr geworden sind. Eingerechnet sind in diese Zahlen auch die Kurzarbeitszeiten bei den Industriearbeitern und die Stempelzeiten bei den Landarbeitern, was die bürgerliche Statistik verschweigt. Gerade in den letzten Jahren wird den Landarbeitern verstärkt ab Dezember von den Großbauern gekündigt; eingestellt werden sie dann wieder zur Feldbestellung im Frühjahr. Wenn man das weiß, dann kommt für die Zeit, in der die Landarbeiter bei den Bauern arbeiten, eine Wochenarbeitszeit von 50 Stunden und weit darüber hinaus zustande.

Das ist uns von mehreren Landarbeitern bestätigt worden. Noch etwas verschleiert diese Statistik. Nämlich daß in Arbeitsspitzenzeiten (März, April, Juli, August und Oktober) die wöchentliche Arbeitszeit der kleinen Bauern auf 90 bis 100 Stunden pro Woche ansteigt. In diesen Zeiten steigen auch die Unfallzahlen erheblich. Wenn z.B. in der Erntezeit am Mähdrescher eine Schutzvorrichtung kaputtgeht, so kann man sich oft nicht die Zeit nehmen, sie zu reparieren, da das gute Wetter ausgenutzt werden muß, damit die Ernte nicht verdirbt. Klar ist auch, daß nach einem 14 bis 16-stündigem Arbeitstag die Konzentration schon erheblich nachläßt und so die Unfallgefahr steigt. Getrieben werden die Bauern dazu, weil ihre Verschuldung bei den Banken laufend wächst. Um Zinsen und Tilgung erbringen zu können, muß jede Maschine voll genutzt werden, damit der Anteil der festen Kosten sinkt.

Deutlich wird der Zwang zur Mehrarbeit an der Zinslast der BRD-Landwirtschaft. Die betrug 1969/70 1,4 Milliarden DM und 1975/76 1,86 Milliarden. Das ist eine Steigerung von 31%. Demgegenüber sind die Schulden von 1969/70 gleich 25,278 Milliarden DM auf 1975/76 gleich 30,342 Milliarden DM gestiegen. Das ist eine Steigerungsrate von 19%. Die durchschnittliche Verschuldung stieg von 1512 DM pro ha 1966 auf 2500 DM pro ha 1976.

Das Finanzkapital sichert sich über die Verschuldung der Bauern einen ständig steigenden Anteil an der Arbeitsleistung. Für die Bauern bedeutet das Antreiberei, Steigerung von Arbeitshetze und damit erhöhte Gefahr von Unfällen. Wenn trotzdem die Zahl der gemeldeten Unfälle und Krankheiten sinkt, rührt das mit einiger Sicherheit daher, daß viele Bauern und Landarbeiter es gar nicht mehr wagen, ihre Bandscheibenschäden oder Rheuma als Berufskrankheit anzugeben, weil die Gutachter der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften diese Anträge fast immer abschmettern. Die Berufsgenossenschaften brüsten sich damit, durch jährliche Betriebskontrollen die Unfälle in der Landwirtschaft erheblich gesenkt zu haben. Als Beispiel führen sie dabei die zwangsweise Umrüstung alter Schlepper mit Umstürzbügel an, die die Zahl der Unfälle stark vermindert haben. Hätten die Bauern allerdings das Geld für die Sicherheitsbügel gehabt, wären die Schlepper sicherlich schon vorher damit ausgerüstet worden.

Alles in allem läuft diese Propaganda der Berufsgenossenschaften darauf hinaus, den Bauern die Schuld für diese Unfälle in die Schuhe zu schieben. Verantwortlich ist für die durch Arbeitshetze abgerissenen Glieder und gequetschten Brustkörbe jedoch das Finanzkapital, die kapitalistische Produktionsweise, die die Bauern zwingt, so zu produzieren, daß ihre Produkte stetig schlechter werden und mit zunehmenden Verschleiß der Arbeitskraft und mit viel Blut bezahlt werden müssen. – (Bezirk Hamburg-Unterelbe)

Kommunistische Volkszeitung – Ausgabe Nord – Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: H.J.Hager – Erscheint im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Postfach 11 91 51, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt/Main 2 – Telefon 0611/73 02 31 – Gedruckt bei Caro-Druck GmbH, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt/M. – Redaktion Hindenburgstr. 15, Postfach 34 06, 3000 Hannover, Telefon: 0511/81 40 45 – Zu bestellen über: Buchvertrieb Hager GmbH, Postfach 11 91 51, Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt/Main 2 – Jahresabonnement incl. Porto: 36 DM – Gesamtauflage der Kommunistischen Volkszeitung Nr. 19/78: 32000

Zwischen den Forderungen der Dritten Welt und den Zielen der Imperialisten gibt es keinen Mittelweg

Auf der UNO-Seerechtskonferenz tobt ein heftiger Kampf um die Kontrolle über den Meeresbergbau

Seit dem 28. März tagt in Genf die 7. Sitzung der Dritten UNO-Seerechtskonferenz, die vor fünf Jahren begonnen hatte. Ende Mai soll sie abgeschlossen sein. Viel hat sich seit der ersten Seerechtskonferenz 1958 verändert. Die große Mehrzahl der ehemals in kolonialer Abhängigkeit befindlichen Länder hat ihre nationale Souveränität erkämpft und ist heute in den Vereinten Nationen vertreten. Seitdem haben die Länder der Dritten Welt in ihrem Kampf gegen die Herrschaft der Imperialisten auf allen Meeren große Erfolge errungen. Das Prinzip der nationalen Wirtschaftszone mit einer Breite von 200 Seemeilen (370 Kilometer), in der die Küstenstaaten die volle Souveränität über die Verwendung der Reichtümer ihrer Küstenmeere besitzen, mußte von den Supermächten und den übrigen Imperialisten akzeptiert werden. Nach heftiger Gegenwehr mußten sie auch zustimmen, daß Fischerei und Forschung in der 200-Meilenzone der Souveränität der Küstenstaaten unterliegen.

Der Erfolg des Zusammenschlusses der Dritten Welt in der „Gruppe der 77", die diese Gesetzgebung durchgesetzt hat und die inzwischen auf über 100 Länder angewachsen ist, schmerzt die Imperialisten. Von allen Meeresschätzen, die heute bekannt sind, befinden sich nur die Manganknollen, Erdöl und Erdgas außerhalb nationaler Wirtschaftszonen. Förderung von Mineralien und Öl aus der Tiefsee ist aufwendiger als in den flachen Küstengewässern und noch nicht so profitbringend wie ihr Abbau an Land. Trotzdem wollen die Imperialisten, und an ihrer Spitze die beiden Supermächte, die Kontrolle über die Schätze der Tiefsee mit allen Mitteln an sich bringen. Nach den Schätzungen ihrer Professoren enthalten die Manganknollen fünftausendmal mehr Kobalt, viertausendmal mehr Mangan, eintausendfünfhundertmal mehr Nickel und einhundertfünfzigmal mehr Kupfer als alle Lagerstätten an Land. Wer die Kontrolle über diese Vorräte erringt, hat den Weltmarktpreis für diese und andere Metalle in der Hand. Die Aufnahme des Meeresbergbaus in relativ beschränktem Umfang genügt, um gewaltigen Druck auf die Preise der Hauptexporte zahlreicher Länder der Dritten Welt auszuüben und alle ihre Anstrengungen, für ihre Produkte angemessene Preise zu erzielen und damit eine unabhängige Wirtschaft aufzubauen, zunichte zu machen.

Die Länder der Dritten Welt haben dagegen in der UNO-Seerechtskonferenz einen zähen und hartnäckigen Kampf aufgenommen. Sie fordern die Errichtung einer internationalen Meeresbodenbehörde unter gleichberechtigter Verwaltung aller Länder (einschließlich der Binnenländer), die das ausschließliche Monopol auf den Meeresbergbau haben soll. Preise und Fördermengen sollen durch Beschluß aller Länder festgelegt werden. Ein von der Behörde anzulegender Ausgleichsfonds soll stabile Preise für Rohstoffe garantieren und die Binnenländer am Gewinn des Meeresbergbaus beteiligen. Damit wird den riesigen Preisschwankungen und dem ständigen Sinken der Rohstoffpreise ein Ende gemacht und die Länder der Dritten Welt können planvoll eine eigene unabhängige Wirtschaft aufbauen.

Die wachsende Plünderung der Reichtümer der unterdrückten und in Abhängigkeit gehaltenen Länder ist einer der Grundpfeiler des Imperialismus. Die Imperialisten, und unter ihnen vor allem die Supermächte, versuchen deshalb alles, das Nutzungsmonopol der Meeresbehörde zu verhindern. Die US-Imperialisten verlangen statt einer Meeresbergbaubehörde ein „maritimes Weltparlament", das „die Interessen aller Beteiligten ausgleichen" soll. Neben der internationalen Bergbaubehörde sollen auch private Gesellschaften von dem „Weltparlament" Lizenzen erhalten, fordern sie. Die Sozialimperialisten stoßen in das selbe Horn, indem sie jede Form der Mehrheitsentscheidungen in der Meeresbehörde ablehnen. „Ist dies auch bei Empfehlungen, die für die Mitgliedsstaaten nicht rechtsverbindlich wären, nicht so gravierend, so erhält die Frage sofort eine andere Dimension, wenn Entscheidungen dieser Organe in Sachfragen Rechtsverbindlichkeit erhalten. Sollte letzteres der Fall sein, würde sich z.B. für die Entscheidung in Sachfragen das Prinzip des Konsensus anbieten." (Dr. Petras, DDR, in: horizont 18/77). Wo gar nichts mehr hilft, wollen die Sozialimperialisten wenigstens ein Vetorecht durchsetzen.

Trotz aller Manöver haben die Imperialisten die Front der Länder der Dritten Welt nicht spalten können. In der letzten Runde der Seerechtskonferenz haben sie vorgeschlagen, daß durch die Meeresbehörde ein Fonds zum Ausgleich von Einnahmeverlusten der Landproduzenten infolge des Meeresbergbaus eingerichtet wird, in den alle Lizenznehmer einzahlen sollen. Das ist ein Eingeständnis ihrer Absicht, mit Hilfe des Meeresbergbaus Druck auf die Rohstoffpreise auszuüben. Die Länder der Dritten Welt haben ihre Manöver durchschaut. Eine von ihnen 1974 in Auftrag gegebene Studie der UN-Handelskonferenz (UNCTAD) weist nach, daß selbst bei günstigen Bedingungen der Gewinn aus dem Meeresbergbau nicht ausreicht, um die Verluste der Landproduzenten auszugleichen. Folglich, sagt die Studie, ist „ein System angebracht, in dem Verluste verhindert statt nach geschaffener Tatsache ausgeglichen werden."

Zwischen der Forderung der Dritten Welt nach alleinigem Abbau der Tiefseemineralien durch die Internationale Behörde und den Zielen der Imperialisten gibt es keinen Mittelweg. Entweder wird die Behörde mit den von der großen Mehrheit aller Länder geforderten Befugnissen auf dieser letzten Sitzung der Seerechtskonferenz geschaffen oder die Imperialisten lassen die Konferenz nach 20 Jahren in diesem Punkt platzen und annektieren den Weltozean wie ehemals die Kolonialgebiete. Die Regierung der USA hat bereits Lizenzen für Gebiete der hohen See an US-Konzerne vergeben. Ihr stellvertretender Delegationsleiter Richard Darman redet von einem „Mini-Vertrag", der die Lizenzvergabe außerhalb der UNO „zwischen allen interessierten Staaten" regeln soll. Das ist die Fortsetzung der imperialistischen Tradition, daß das internationale Recht das Recht der international herrschenden Macht ist. Doch die Zeiten haben sich geändert. Wenn die Länder der Dritten Welt sich zusammenschließen, sind sie stärker als die Supermächte und alle Imperialisten und können das internationale Recht über den Weltozean für die nächsten Jahrzehnte bestimmen.

Die USA verfügen über die Technik zum Abbau der Schätze der Tiefsee. Der Ausgang der Seerechtskonferenz wird zeigen, ob sie noch über die Macht verfügen, sie gegen den Willen der Völker der Welt einzusetzen. – (Korrespondentenbericht Liverpool)

Rohstoff	Verwendung	Küstengewässer, in denen profitabel gefördert wird	Bekannte Lagerstätten (in naher Zukunft profitabel ausbeutbar)
1. Aus Seifenlagerstätten*			
Gold	Zahlungsmittel, Schmuck, Zahnersatz	Namibia, UdSSR (Nordpolarmeer)	Japanisches Meer, Erzschlamm im Roten Meer
Platin	Thermometerbau, Präzisionsgerätebau, Zahnersatz, Säurebeständige Behälter	Namibia	
Diamant	Schmuck, Bohr- und Poliergeräte, Achsenlager in Präzisionsinstrumenten	Namibia	
Zinn, Zinnblech	Zinnblech für Konservendosen	Malaysia, Indonesien Thailand, Alaska UdSSR, Südengland	Laptew-See, Jakutisches Meer
Zirkon	Atomreaktorbau, Blitzlicht, Sprengstoffzünder	Australien	Mozambique
Eisen	Wichtigstes Konstruktionsmetall	Westaustralien, Neufundland UdSSR (Schwarzes Meer), Japan, untermeerische Bergwerke in England (Nordsee, Irische See), Japan, Finnland, Chile	Erzschlamm im Roten Meer, in Manganknollen
Rutil	Titanherstellung für hochfeste Metallwerkstoffe im Flugzeug- und Raketenbau	Ostaustralien, Sierra Leone, Westliche USA	Mozambique
Magnetit	Eisengewinnung Färbemittel in Keramik-, Glas-, Textilindustrie	Australien, Finnland UdSSR (Ostsee)	
Ilmenit	(wie Rutil)	Australien	Mozambique
2. Aus Manganknollen			
Mangan	Stahlveredelung, Verstärkung von Eisenbahnweichen und Waggonpuffern, Zusatz zu Legierungen	Versuchsförderung im Pazifischen Ozean	weltweit in der Tiefsee, größte Mengen im Pazifischen Ozean ab 2000 Meter
Nickel	Stahlveredelung, Legierungen für Elektronik und Raumfahrt, Batterien, Zündkerzen	(wie Mangan)	(wie Mangan)
Kobalt	Legierungen, Kerntechnik, Atombomben	(wie Mangan)	(wie Mangan)
Kupfer	Bronze- und Messingherstellung, elektrische Kabel, Munition	(wie Mangan)	(wie Mangan)
Blei	Rohrleitungen, Strahlungsschutz, Batterien, Farben, Legierungen	(wie Mangan)	(wie Mangan)
3. Aus Meerwasser			
Magnesium	Leichtmetallegierung für Flugtechnik, Feuerwerkstechnik, Hochleistungslampen, Trockenbatterien	USA (alle Küsten), England, Japan, UdSSR	weltweit
Brom	Antiklopfmittel in Benzin, Kampfgas, Bleichmittel	USA, Japan, UdSSR	weltweit
Speisesalz (Natrium und Chlor)	für Nahrungsmittel	Kalifornien, Venezuela, Mittelmeer, Anlieger des Indischen Ozeans und des Südchinesischen Meeres, Japan Australien, Neuseeland	weltweit
4. Aus Bohrungen und untermeerischen Bergwerken			
Erdöl, Erdgas	Energieversorgung	Alaska, USA (Pazifik und Golf von Mexiko), Peru, Venezuela, Brasilien, Argentinien, Westliches Äquatorialafrika, Rotes Meer, Persischer Golf, Italien, Malaysia, Indonesien, Westaustralien, Tasmanien, Nordsee	weltweit im Schelfgebiet, vermutlich auch in der Tiefsee
Kohle	Energieversorgung	Südchile, England (Nordsee), Irland (Irische See), Japan, Westaustralien	vermutlich weltweit
Schwefel	Schwefelsäureherstellung, Insektenbekämpfung, bei Plastik, Emaille, Glaszement, Autoreifen, Munition, Streichhölzern	Golf von Mexiko (USA)	Kurilen
Kalidünger	Landwirtschaft	Polen	
5. Durch Baggern			
Sand, Kies	Betonbau	Ostsee (BRD, Dänemark), Irische See (England)	Zahlreiche mögl. Vorkommen

* „Seifenlagerstätten" sind Ansammlungen von Metallen, die aus Flüssen ins Meer gespült werden und sich dort ablagern.

Die Imperialisten verstärken ihre Intervention im Libanon

In der vergangenen Woche

– erklärte das israelische Siedlerregime nach einigen weiteren Schönheitskorrekturen seiner Truppenstellungen im Südlibanon den „Rückzug" für „vorerst abgeschlossen". Nach wie vor halten die Aggressionstruppen über die Hälfte der 1200 qkm des Gebietes bis zum Litani besetzt.

– rückten die blaubehelmten französischen Paras in die geräumten Stellungen nach und gingen zum gezielten und systematischen Angriff auf die in ihr Gebiet zurückkehrenden libanesischen und palästinensischen Befreiungskämpfer vor. Mit den israelischen Truppen, die immer wieder durch die offiziell geräumten Landstriche patroullieren (vgl. International Herald Tribune, 2.5.), pflegen die französischen Interventionstruppen dagegen bestes Einvernehmen.

– beschloß der UNO-Sicherheitsrat, die UNO-Truppen um 2000 auf 6000 Mann zu erhöhen. Das sozialimperialistische wie das tschechoslowakische Sicherheitsratsmitglied billigte den Beschluß durch Stimmenthaltung; der Vertreter der VR China blieb der Abstimmung wegen grundsätzlicher Ablehnung solcher Unternehmen fern.

Der Charakter der langangelegten und -vorbereiteten Aggression als ein Vernichtungsschlag gegen das palästinensische Volk tritt von Tag zu Tag offener hervor – und der mit den US-Imperialisten abgesprochene, aber höchst selbstbewußt eigene Interessen verfolgende Einsatz der EG-Imperialisten.

Schon 1976, auf dem Höhepunkt des Bürgerkrieges im Libanon, ließen die französischen Imperialisten ihre um einen Teil der Atlantikflotte verstärkte Mittelmeerflotte vor der libanesischen Küste kreuzen und bot Giscard d'Estaing der libanesischen Regierung bewaffnete „Hilfe" an. Damals vergebens. Aber heute haben die EG-Imperialisten mit den vorerst 1200 hochausgerüsteten französischen Soldaten ihren bewaffneten Stiefel in den Nahen Osten setzen können. Nicht nur mit den französischen, mit denen vor allem, sondern auch mit den anderen UNO-Truppenkontingenten glauben sie Trumpfkarten in der Hand zu haben. Diese kommen zwar, mit Ausnahme der norwegischen und schwedischen, aus Ländern der Dritten Welt, die keinerlei eigenes Interesse an der Intervention im Libanon und der Zerschlagung des palästinensischen Befreiungskampfes haben, wie der Senegal, Nepal, der Iran oder die Fidschi-Inseln sowie Irland. Sie wurden aber, und das haben die Imperialisten bei ihren Vorschlägen sehr genau beachtet, fast durchgängig von Offizieren der ehemaligen europäischen Kolonialmächte England und Frankreich aufgebaut und werden teilweise bis heute von ihnen oder US-Offizieren ausgebildet und befehligt. Ob sie wirklich Trumpfkarten sind? Die palästinensische Presse jedenfalls weiß gut zwischen diesen Truppen und den französischen Interventionstruppen zu unterscheiden und greift ausdrücklich letztere an, „die in den Libanon kamen unter dem Deckmantel der Vereinten Nationen, mit dem Ziel, den israelischen Feind zu beschützen." (Zitiert nach De Standaard, 3.5.)

Der UNO-Mantel, der für die „Friedensmission" der Imperialisten bürgen soll, wird indessen immer offener fallengelassen. Die US-Imperialisten, Hauptbetreiber der Intervention, haben anläßlich des kürzlichen Begin-Besuchs in den USA die Schirmherrschaft für ihren Kettenhund „für immer" betont; wohl in der deutlich zur Schau getragenen Hoffnung, daß „das Palästinenserproblem" sich militärisch lösen lasse, war Carter in aller Öffentlichkeit selbst von seinen früheren Äußerungen über einen „Palästinenserstaat" unter der bewaffneten Kontrolle des zionistischen Siedlerstaates abgerückt. – „Mauretanien, Tschad, Libanon – Frankreich engagiert sich an drei Fronten", bringt der „Figaro" am 6. Mai als Schlagzeile, voll Stolz auf die Rolle, die die französischen Imperialisten inzwischen wieder bei der Unterdrückung der Kämpfe der Völker der Dritten Welt spielen. Nun, daß das französische „Engagement" gerade im Libanon nicht nur den Interessen der französischen, sondern auch denen der anderen EG-Imperialisten dient und zu dienen hat, darauf haben ihre europäischen Konkurrenten auf der letzten EG-Gipfelkonferenz im April (s. KVZ 16/78) energisch hingewiesen. Ihr Heißhunger auf die Reichtümer der Völker des Nahen Ostens hat sie zur maßgeblichen Beteiligung an der Intervention im Libanon angestachelt, so wie er durch diese Intervention neue Nahrung erhalten hat.

Als sich die französischen Paras in Richtung Libanon in Bewegung setzten, waren gerade drei Monate vergangen, daß Helmut Schmidt als Repräsentant der westdeutschen Imperialisten nach Ägypten gereist war und dort unverblümt den Anspruch der EG-Imperialisten demonstriert hatte, neben und in Konkurrenz zu den US-Imperialisten mit größerer Selbständigkeit in den Kampf um Rohstoffquellen, Warenmärkte und Kapitalanlagesphären im Nahen Osten einzugreifen. Während die französischen Truppen südlich des Litani die wichtigsten strategischen Positionen besetzten und sich einschanzten, während sie ihre schweren Geschütze in Stellung brachten und den Angriff auf die palästinensischen und libanesischen Befreiungskämpfer verstärkten, ließ Schmidt es sich auf einer Tagung der Friedrich-Ebert-Stiftung nicht nehmen, in drohenden Worten gegen die Länder der Dritten Welt den imperialistischen Expansions- und Aggressionswillen zu bekräftigen:

Es sei „in dem Interesse der Entwicklungsländer, sicherzustellen, daß dieser private Kapitalfluß weiterhin anhält, weil es völlig unmöglich ist, zu glauben, daß wir in unseren demokratisch organisierten Gesellschaften durch Parlamentsbeschluß dem Steuerzahler die Opfer auferlegen, die sonst (!) notwendig wären, um nur den gegenwärtigen Kapitalfluß aus der industriellen Welt in die Entwicklungsländer aufrechtzuerhalten." (ZDF-Nachrichten, 29.4.)

In solche, beim ersten Lesen unverständlichen Sätze müssen heute die Imperialisten ihre Gedanken verhüllen. Das hängt damit zusammen, daß sie überall auf Widerstand treffen. Die palästinensischen Befreiungskämpfer behaupten ihr Recht, die Zionisten anzugreifen und entsprechend dem Kairoer Abkommen im Sülibanon ihre „bewaffnete Präsenz" aufrechtzuerhalten, wie Yassir Arafat dem UNO-Kommandeur erklärte. Die libanesischen Bauern fordern ihr Land zurück, den Abzug der Zionisten und Entschädigung der angerichteten Schäden. Keine „Friedenstruppe" der Welt wird sie davon abbringen. Der Colonel Salvan, Kommandeur der französischen Paras, kann es bezeugen. In Indochina verlor er ein Auge, in Algerien eine halbe Backe. Jetzt fehlt ihm womöglich ein Bein, wenn nicht zwei. – (Z-Red)

Zusammenrottung für die Freiheit der Ausbeutung – Christliche Reaktionäre gründen Europäische Demokratische Union

Am 24.4.78 unternahmen die christlichen Reaktionäre Westeuropas einen erneuten Versuch, ein Bündnis zu schmieden, das, wie es der Nachrichtendienst der britischen Konservativen Partei beschreibt, die „politische Karte Europas verändern“ soll. Schon mehrere Versuche haben diese Parteien gestartet, um sich unter Berufung auf das „gemeinsame Erbe der christlichen Glaubensheimat“ zusammenzurotten. Von großer Geschlossenheit und Dauerhaftigkeit waren diese Bündnisse nicht gezeichnet. Viel näher als das Amen in der Kirche ist den pfäffischen Parteien das Wohl der eigenen Bourgeoisie. Bündnisse gehen sie nur insoweit ein, als sie sich dadurch eigene Vorteile verschaffen können.

Entsprechend hohl und unverbindlich ist deshalb auch die Erklärung, die als Gründungsdokument der Europäischen Demokratischen Union (EDU) von zehn der 18 anwesenden Parteien unterzeichnet wurde. Teilgenommen hatten an der Gründungskonferenz der EDU auf Schloß Klessheim bei Salzburg die Vertreter christlich-reaktionärer Parteien aus der BRD, Großbritannien, Frankreich, Italien (Südtiroler Volkspartei und Trentiner Partei), Dänemark, Schweden, Norwegen, Finnland, Österreich, der Schweiz, Griechenland, Spanien, Portugal und Malta. Unterzeichnet wurde die Gründungserklärung schließlich nur von den Parteien der BRD, Großbritanniens, Norwegens, Österreichs, Portugals, Finnlands, Dänemarks und den französischen Gaullisten. Von diesen Parteien sind lediglich die Gaullisten und die portugiesische CDS an den Regierungsgeschäften beteiligt. In den anderen Ländern läßt die jeweilige Bourgeoisie ihre Geschäfte sozialdemokratisch betreiben. Außer dem Portugiesen Freitas do Amaral unterzeichneten die Vertreter der christlich-reaktionären Parteien der von den Imperialisten abhängigen Staaten Südeuropas die Erklärung nicht. Sie können es sich nicht leisten, ein offenes Bündnis mit der christlichen Reaktion der imperialistischen Länder einzugehen. Was soll z.B. das maltesische hen. Was soll z.B. das maltesische Volk, das unter der Regierung der Labour-Party den Abzug der britischen Besatzer erzwang, davon halten, wenn sich die maltesische christliche Reaktion mit der britischen zusammenschließt.

Die von ihrer Bourgeoisie mit den Regierungsgeschäften beauftragten christlich-demokratischen Parteien Belgiens, der Niederlande, Luxemburgs und Italiens schließlich zogen es vor, der Konferenz von vornherein fernzubleiben. Sie betreiben im eigenen Land das Geschäft der Spaltung und Unterdrückung der Volksmassen im Bündnis mit den sozialdemokratischen und revisionistischen Parteien bzw. fassen diese Möglichkeit ins Auge.

Ihr Fernbleiben hat ihnen grobe Tadel insbesondere der westdeutschen christlichen Reaktionäre eingebracht, wo doch die westdeutsche Bourgeoisie große Anstrengungen unternimmt, ihren Einfluß auf diese Länder zu vertiefen. Der „Bayernkurier“ kritisiert, daß sich diese Parteien „aus Rücksichtnahme auf nationale Koalitionen“ nicht an dem „Zusammenschluß für die Freiheit – gegen ein sozialistisches Europa“ beteiligen.

„Ich will das Verlorene wieder suchen und das Verirrte wiederbringen und das Verwundete verbinden und des Schwachen warten, aber was fett und stark ist, will ich vertilgen und will es weiden mit Gericht.“(Hesekiel 34.16)

Daß auch der EDU kein dauerhaftes Bündnis beschieden ist, mutmaßt der „Bayernkurier“ auch sorgenvoll: „Schon in den kommenden Monaten wird sich zeigen müssen, ob mit dieser EDU nur eine weitere Gruppierung in der mittlerweile schon fast unüberschaubar gewordenen europäischen Parteienlandschaft gegründet wurde oder ob hier tatsächlich ein entscheidender Schritt in Richtung auf ein geeintes Europa gelungen ist.“ Strauß beschwor in seiner Rede, „daß es Aufgabe der EDU ist, ein Europa aufrichten zu helfen, das den ihm gebührenden Platz in der Welt einnimmt. Geschieht dies nicht, werden andere die Rolle und den Platz beanspruchen und über unseren Kopf hinwegbestimmen. Dies wollen wir nicht zulassen, sondern ein eigenes und starkes Europa zusammenschweißen.“

Ein starkes Europa, das unter der Vorherrschaft der westdeutschen Imperialisten in der Lage ist, erfolgreich die Konkurrenz mit den beiden Supermächten zu bestreiten. Strauß hatte bereits in seinem 1975 erschienenen Buch „Deutschland – Deine Zukunft“ angekündigt: „Im Laufe dieses, spätestens des nächsten Jahrzehnts, wird sich entscheiden: – ob die Europäer eine Großmacht im Wartestand sind, wozu sie auf Grund ihrer geographischen Lage, ihrer Bevölkerungszahl, der Kapazität und Leistungsfähigkeit ihrer Industrie sowie ihres wissenschaftlich-technischen Niveaus ohne weiteres befähigt sind. – Oder ob sie ein Altersheim der Geschichte sind, in dem nationale Erinnerungen von vergangener Größe entweder wehmütig gepflegt oder bilderstürmerisch verspottet werden.“ Altersheim der Geschichte? Eine unerträgliche Vorstellung für die westdeutschen Bourgeoispolitiker. Die Arbeiterklassen Westeuropas sollen in Ehrfurcht und Demut die Verschärfung der Ausbeutung lobpreisen, das gebietet die christliche Nächstenliebe. Schließlich geht es um Höheres. Aber um aus dem „Wartestand“ herauszukommen und den „ihr gebührenden Platz in der Welt“ einzunehmen, ist das jetzige imperialistische EG-Bündnis noch zu klein. Darin sind sich die sonst so zerstrittenen Glaubensgefährten Strauß und Kohl vollständig einig. Entsprechend suchen sie auch das christlich-reaktionäre Parteienbündnis weiter zu fassen. Sie erstreben eine *kontinentale* Dachorganisation. Kohl führte in seiner Rede vor der Gründungskonferenz der EDU aus, daß der Europäischen Volkspartei, die die christdemokratischen Parteien der EG-Staaten 1976 ohne die französischen Gaullisten und die britische Konservative Partei gegründet hatten und der sie im März 1978 ein Programm gegeben haben (s. Kommunismus und Klassenkampf 4/78), die Rolle eines „inneren Kreises der EDU“ zukomme. Den Parteienvertretern Griechenlands, Spaniens und Portugals, deren Aufnahme in die EG den BRD-Imperialisten nicht schnell genug geht, legte er nahe, sich unter seine Fittiche zu begeben: „Wir glauben, daß diese EDU den an der Regierungsverantwortung beteiligten Parteien in den drei Ländern, die jetzt den Anschluß an die Gemeinschaft vollziehen wollen, eine besonders willkommene Heimstatt bieten kann. Aber unser Europabegriff geht ja über die Europäische Gemeinschaft hinaus. Unser Europabegriff (ist) auf Erweiterung angelegt“ betonte Kohl, nachdem er kurz zuvor unter Berufung auf die „nationalen Erfahrungen“ den „Deutschlandbegriff“ erweitert hatte, indem er betonte, die CDU werde versuchen, „gemeinsam mit der CSU, gemeinsam auch mit den österreichischen Freunden in Europa den Brückenschlag zu fördern“ und Österreich kurzerhand wieder dem großdeutschen Reich zusprach. Der Parteivorsitzende der Österreichischen Volkspartei, Josef Taus, ließ ihn gewähren und bekräftigte seinerseits den Besitzanspruch der österreichischen Bourgeoisie auf Südtirol, indem er in seiner Rede freudig *unsere* Südtiroler Volkspartei begrüßte. Taus wurde als geeigneter Mann zur Führung der Geschäfte der EDU zum Vorsitzenden gewählt.

„Ein jeglicher hüte sich vor seinem Freunde und traue auch seinem Bruder nicht, denn ein Bruder unterdrückt den anderen und ein Freund verrät den anderen.“(Jeremia 9.3)

Die Vorherrschaftspläne der westdeutschen Imperialisten in Europa und die entsprechenden Absichten ihrer Bourgeoispolitiker in der EDU werden von den christlichen Reaktionären der anderen imperialistischen Mächte bekämpft. Die französischen Imperialisten z.B. sind überhaupt nicht begeistert von dem von der BRD eilig betriebenen EG-Beitritt Portugals, Spaniens und Griechenlands. Nicht nur, daß ihnen in der landwirtschaftlichen Produktion Konkurrenzvorteile streitig gemacht werden, sehen sie ihre Vorherrschaft als Mittelmeeranrainer bedroht. Sie schickten zur Geltungmachung ihrer Interessen die gaullistische Partei unter Führung des Couve de Murville in das Bündnis der christlichen Reaktionäre, wo sie sich gleich den Vorsitz in der Arbeitsgruppe „Arbeitsplatzsicherung“ sicherten.

Die britischen Imperialisten halten auch nichts von einem „geeinten Europa“, in dem ihnen die westdeutschen Bourgeois Konkurrenzanteile abringen. Die abgetakelte Fregatte Margaret Thatcher erklärte in ihrer Rede vor der EDU nachdrücklich: „Die britische Konservative Partei ist sehr patriotisch und wird es auch immer sein. Wir glauben an die Zukunft unseres Landes, aber wir sehen nichts Unvereinbares zwischen dieser Idee und der europäischen Mitgliedschaft. Vor allem, weil wir wollen, daß Großbritannien einen lebendigen und wirksamen Beitrag in der Welt leisten soll, arbeiten wir für den Erfolg unserer europäischen Partnerschaft.“ Und der Nachrichtendienst der Konservativen Partei vervollständigt am 28.4.: „Wir werden nicht in allen Dingen mit unseren neuen Partnern übereinstimmen. So lange Europa eine Partnerschaft von Nationalstaaten ist, wird es gelegentliche Zusammenstöße in nationalen Angelegenheiten geben.“ Auch dem von den christlichen Reaktionären der BRD angestrebten Ewigkeitsbündnis erteilt Thatcher eine Abfuhr und betont, daß für sie in erster Linie diese Zweckehe eingegangen wird für die Dauer der Europawahlkampfes, der im Juni 1979 abgeschlossen wird. Mit diesem imperialistischen Propagandarummel, aus den Steuern der Volksmassen finanziert, erhoffen sich die vereinigten christlichen Reaktionäre verlorenen Einfluß zurückzuerobern.

„Siehe, ich setze dich heute dieses Tages über Völker und Königreiche, daß du ausreißen, zerbrechen, verstören und verderben sollst und bauen und pflanzen.“(Jeremia 1.10)

So erbittert die Konkurrenz der pfäffischen Parteien der einzelnen imperialistischen Staaten untereinander ist, so entschlossen kehren sie ihr „gemeinsames Erbe und ihr gemeinsames Menschenbild, das in der christlichen Glaubensheimat begründet ist“, heraus, wenn es darum geht, die Arbeiterklassen in den imperialistischen Ländern niederzuhalten und gegen den bewaffneten Befreiungskampf der Völker der Dritten Welt die militärische Intervention vorzubereiten. In ihrer Gründungserklärung halten sie fest, daß sie „im Glauben an die soziale Marktwirtschaft als das beste Mittel zur Erzielung jenes Glücks und materiellen Wohlbefindens, welches ... am besten geeignet ist, soziale Übel wie Arbeitslosigkeit zu meistern, ... im Hinblick auf die Bedrohung der Errungenschaften der freiheitlichen und partnerschaftlichen Demokratien in Europa durch die extreme Linke und Rechte, ... im Glauben an das Recht aller Völker Europas auf persönliche Grund- und Menschenrechte ...“ sich zusammengerottet haben, um „darauf hin(zu)arbeiten, daß Europa nicht nach innen gerichtet ist, sondern seinen Einfluß, seine Errungenschaften und vor allem seine politische Werte für das Beste einer größeren Welt einsetzen wird, vor allem in jenen Teilen, die wirtschaftlich und politisch weniger entwickelt sind.“

Zwecks Erörterung gemeinsamer Probleme hat die EDU Arbeitsgruppen eingerichtet, die sich u.a. mit den Themen „Arbeitsplatzsicherung“ und „Energie und Umwelt“ befassen. In ihnen soll die gemeinsame Marschrichtung festgelegt werden, die Arbeiterklassen in den Ländern Westeuropas unter dem christlichen Motto „Selig sind die, die da hungern und dürsten, denn ihrer ist das Himmelreich“ der verschärften Ausbeutung zu unterwer- denn ihrer ist das Himmelreich“ der verschärften Ausbeutung zu unterwer- fen und sie zwecks Verbreiterung der „politischen Werte für das Beste einer größeren Welt“ in die bewaffnete Intervention gegen die Völker der Dritten Welt zu schicken. Nicht umsonst hat Franz Josef Strauß bei einem kürzlichen Aufenthalt in Zimbabwe die Zustände unter der Herrschaft des Smith-Regimes als „Paradies auf Erden“ gerühmt. Das Volk von Zimbabwe führt den bewaffneten Befreiungskampf und setzt den paradiesischen Ausbeutungsverhältnissen der Imperialisten ein Ende. Um so hektischer die Interventionsbemühungen der Imperialisten und ihrer christlichen Reaktionäre. Kohl betonte bereits auf dem 25. Bundesparteitag der CDU im März 1977 in seiner Rede „Neue Offensiven für die deutsche Politik“: „Gerade um die Beziehungen zwischen den Industrieländern und Entwicklungsländern auf eine stabile Grundlage zu stellen, drängen wir auf Eile in Europa. ... Wir sind zu außerordentlichem Einsatz bereit, aber wir werden uns auch ganz entschlossen jedem Generalangriff auf eine freie Weltwirtschaft entgegenstellen.“ Was die mit gesegneten Gewehren bewaffnete Intervention gegen die um ihre Befreiung vom Imperialismus kämpfenden Völker der Dritten Welt angeht, hat er die Unterstützung zumindest von Teilen der christlichen Reaktion Westeuropas sicher. Dazu verpflichtet das „gemeinsame Erbe und Menschenbild“.

Die in der EDU vereinigten christlich-reaktionären Parteien bezeichnen sich als Gegengewicht zur Sozialistischen Internationale. Auf ihre Fahnen haben sie die Ablehnung des Klassenkampfes und des Marxismus geschrieben. Genau so demagogisch wie sie von sich behaupten, den Klassenkampf nicht zu führen, bezichtigen sie die Sozialistische Internationale des Marxismus. Die Verbrechen, die sie jetzt in ihrer Plattform festgelegt haben, hat die Sozialistische Internationale schon lange zum Programm erhoben. Nicht christlich-reaktionär, sondern sozialdemokratisch. Der Zweck für die imperialistische Bourgeoisie ist derselbe. Die Arbeiterklassen in den Ländern Westeuropas haben keine Veranlassung, sich diese „Gemeinsamkeiten“ zu eigen zu machen. – (Z-Red.)

Gründungsmitglieder der EDU – abgetakelte Galgenvögel des Finanzkapitals

Diego Freitas do Amaral, geb. 1940. Einer der „jungen Leute“, die sich Caetano in den letzten Tagen seines Regimes noch herangezogen hatte, als der portugiesische Kolonialismus und Faschismus durch die Völker Mozambiques, Angolas, Guineas und der anderen afrikanischen Kolonien schon heftig ins Schwanken gebracht war. Kurz vor dem Sinken verließ die Ratte das Schiff. „Die Nachricht vom Umsturz am 25.April 1974 überraschte den jungen Wissenschaftler in einem stillen Badeort, wo er seine juristische Habilitationsschrift fertigstellte.“ Der General Spinola, der sich zunächst an die Spitze der Erhebung gesetzt hatte, um der Konterrevolution den Boden zu bereiten und im Rahmen der NATO eine neokoloniale Lösung in Afrika durchzusetzen, suchte nach geeigneten, nicht allzu kompromittierten Leuten. „Spinola bat um Amarals Besuch. ‚Und so gründete ich unsere Partei‘.“ (Interview mit der WELT, 11.4.78) – Amaral vergißt, die Geburtshilfe der CDU/CSU bei der Gründung zu erwähnen. Von Hassel, Alt-Kolonialist aus Deutsch-Südwest, wäre beim Gründungskongreß der CDS, deren Vorsitzender do Amaral ist, 1974 beinahe von Demonstranten gelyncht worden. Es war kurz nach Spinolas Gegenputsch-Versuch. – Heute stützt die CDS die Regierung Soares, läßt den „Sozialisten“ aber die Schmutzarbeit machen. Do Amaral hält sich aus dem Kabinett heraus und für seine imperialistischen Hintermänner in Reserve.

Josef Taus, geb. 1933. Als Student (Jura und Welthandel) war er Mitglied der reaktionären CV-Verbindung Bajuvaria. Nach dem Studium, als Redakteur der Regierungszeitung „Wiener Zeitung“, wurde er Referent für Energiepolitik des Wirtschaftsforschungsinstituts an der Wiener Börse. Die Finanzbourgeoisie hat ihn dann in die Girozentrale, Dachinstitut der österreichischen Sparkassen, als Vorstandssekretär und Leiter der volkswirtschaftlichen Abteilung gesteckt; ab 1966 in die ÖVP-Regierung Klaus. Dort war er „wirtschaftlicher Ratgeber“ und Staatssekretär für die verstaatlichte Industrie. „Sozusagen im Doppelaxel wurde er Vorstandsmitglied der Girozentrale und gleichzeitig Aufsichtsratspräsident der neugegründeten ÖIG, der neuen Holdinggesellschaft für die verstaatlichte Industrie.“ Daneben war er wirtschaftspolitischer Referent, später stellvertretender Bundesobmann des „Österreichischen Arbeiter- und Angestelltenbundes“ der ÖVP, einer Organisation zur Spaltung der Arbeiterklasse und Zersetzung der Gewerkschaften. Dermaßen als Profitjäger erprobt, wurde er mit 35 Jahren Generaldirektor der Girozentrale zwecks Organisierung der imperialistischen Expansion: „Mit seinem Institut und seinen breit gestreuten Reserven (stieg) er in das Geschäft der Industriefinanzierung ein, baute das den Sparkassen bisher gänzlich fremde Auslandsgeschäft aus und machte die Girozentrale innerhalb von sieben Jahren nach der Creditanstalt-Bankverein zur zweitgrößten österreichischen Bank überhaupt.“ (Zitate aus: Vodopiveu, „Taus und Busek“) 1975 setzte ihn die Finanzbourgeoisie an die Spitze der ÖVP.

Margaret Hilda Thatcher, geb. 1926, Studium in Oxford, wurde 1975 nach der Wahlniederlage der Konservativen Partei von 1974 zum „Führer der Opposition“ im Unterhaus gewählt. Sie verdanke ihre Wahl „einer Hinterbänklerrevolte gegen die Verwicklung der konservativen Partei in un-torymäßige Aktivitäten“ schreibt die „Times“. Der Auftrag der britischen Monopolbourgeoisie lautet: Durchsetzung eines Programms der unverhüllten Reaktion, des Chauvinismus und der Unterdrückung der Arbeiterbewegung. Durch eine lange Reihe von Partei- und Regierungsämtern hat sie sich die notwendigen Fertigkeiten in Unterdrückung, parlamentarischen Winkelzügen und Betrug angeeignet. Seit 1959 Abgeordnete, 1961 – 1964 parlamentarischer Staatssekretär für Renten und Versicherungen, von 1965 – 1970 Oppositionssprecher für Transport, Energie, Finanzen, Wohnungsfragen und Renten. 1970 – 1974 Erziehungsminister (ein besonderes Verdienst ist die Streichung der kostenlosen Schulmilch). Ihren Wahlkampf führt sie mit einer wilden Hetze gegen die Lohnabhängigen aus den asiatischen und afrikanischen Ländern. Für ihre angestrebte Regierungszeit hat sie bereits einen militärischen Plan zur Unterdrückung von Streiks ausarbeiten lassen. In Zimbabwe und Azania fordert sie die Anerkennung der rhodesischen „internen Lösung“ und der Apartheidpolitik und die Aufhebung der Sanktionen gegen die Siedler, um dem britischen Imperialismus wieder uneingeschränkten Zugang zu seinen ehemaligen Kolonien zu schaffen.

Maurice J. Couve de Murville, geb. 1907 als Sprößling aus geadelter Beamtendynastie. Karriere in der Finanzverwaltung. 1938 stellvertretender Direktor des Staatsschatzes, d.h. der Kriegskasse des französischen Imperialismus unter Daladier, der sich mit Hitler für gemeinsame Raubzüge verabreden will, was schiefgeht. 1940, nach dem „komischen Krieg“ zwischen deutschem und französischem Imperialismus, Installation des Kollaborateurs-Regimes Pétain. Couve de Murville führt die Kasse. 1943 wechselt er rechtzeitig das Lager: jetzt führt er für de Gaulles „Befreiungskomitee“ in Algier die Kasse. Nach dem Krieg Botschafter in Italien, beim „Rat der Vier“, in Ägypten, bei der NATO, in den USA, und von 1956-58 in der BRD. Nach dem Putsch der algerischen Militärs, der de Gaulle an die Macht bringt, wird C. de Murville für 10 Jahre, bis 1968, de Gaulles „treuer“ Außenminister. Nachdem das alte Kolonialreich Frankreichs in Diem Bien Phu, Suez und Algier Schläge bekommen hatte, von denen es nicht wieder hochkam, zimmerte de Gaulle zäh an seiner neokolonialen „Comuneauté Française“, auch über die Leichen seiner Algerien-Generäle. Verweisung der US-Besatzungstruppen aus Frankreich durch Austritt aus der NATO und Spießgesellengemeinschaft mit dem westdeutschen Imperialismus unter der Fahne der „deutsch-französischen Freundschaft“ sollten dem französischen Imperialismus eine neue, unabhängige Weltmachtstellung sichern, „gloire“ inbegriffen. Von dem Boden der BRD aus bereitete de Gaulle 1968 die militärische Niederschlagung der Pariser Mai-Erhebung vor, Couve de Murville an seiner Seite. Revisionisten und Opportunisten führten die Erhebung schon vorher in die Niederlage. De Gaulle feierte noch einmal einen „Wahlsieg“, Couve wurde jetzt sogar sein Ministerpräsident. Ein Jahr später fiel „mein General“ dennoch kläglich auf die Nase, Couve de Murville als sein charakterloses Werkzeug mit.

4,5%-Abschluß für die Eisenbahnarbeiter – Ergebnis der Spaltung durch die Sozialdemokraten

Am 28.2.1978 waren die Tarifverträge der Arbeiter und Angestellten der Deutschen Bundesbahn ausgelaufen. Am 13.3. machte der Bundesbahnvorstand der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands (GdED) das Angebot:

„3,7 Prozent Lohnerhöhung für die Vergütungen der Arbeiter und Angestellten und der Sozialzuschläge; die tariflichen Erschwerniszulagen und die Vergütung für Rufbereitschaft werden nicht mit erhöht; für die Bemessung der Leistungszulage wird ein Bewertungsbogen eingeführt; der Urlaub für die Arbeiter der Vergütungsgruppe X bis XII und der Angestellten der Vergütungsgruppe VI bis VI b wird um 1 Tag erhöht; überprüft wird, ob der Winterzusatzurlaub überhaupt noch oder in der heutigen Form noch gerechtfertigt ist."

Dies „Angebot" der Bundesbahnleitung bedeutete für einen Großteil der Eisenbahner eine Lohnkürzung von bis zu 10%, die geplante Bewertung der Leistungszulagen nach der Menge der verrichteten Arbeit für über 80% der Beschäftigten eine Kürzung der Leistungszulage von bisher 15% auf höchstens 7 bis 8%. Die Empörung über dies unverschämte Angebot der Bundesbahndirektion wuchs rasch unter den Eisenbahnern. In einer Solidaritätserklärung an die streikenden Metallarbeiter bekräftigten acht Lehrlinge des Bahnbetriebswerkes Stuttgart/Nord, „der Streik für 8% mehr Lohn und die Streichung der unteren Lohngruppen hat große Bedeutung für alle Arbeiter und Lohnabhängigen, und auch im öffentlichen Dienst sind ausreichende Lohnerhöhungen nur mit Streik zu erreichen."

Noch am 7.4. schrieb die sozialdemokratische Gewerkschaftsführung der GdED im „Eisenbahner":

„Die Tarifverhandlungen zwischen der Bundesbahn und der GdED sind erheblich schwieriger als in den anderen Bereichen des öffentlichen Dienstes. Der DB-Vorstand ist auch in der dritten Verhandlungsrunde in Frankfurt bei seinem unzureichenden Angebot vom 13. März geblieben ... Demgegenüber fordert die GdED eine Einkommenserhöhung um 7,5 Prozent."

Die Bundesbahndirektion erklärte, ein Streichen der Punkte käme auch schon deshalb nicht in Betracht, weil die DB zusätzlich unter erheblichem Druck der Bundesregierung, des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages, des Bundesrechnungshofes und auch des Prüfungsdienstes bei der DB stehe. Ohne Kürzung der Zulagen sei kein neues Angebot drin. Am 12.4. erklärte die Gewerkschaft GdED die Tarifverhandlungen für gescheitert. Am gleichen Tag nahm die Große Tarifkommission der Gewerkschaft ÖTV das Angebot von 4,5% und zwei Tagen mehr Urlaub für die unteren Entlohnungsklassen an.

„Die Beschäftigten in den öffentlichen Diensten konnten wählen, ob sie mit Zorn, Kopfschütteln oder Resignation antworten. Dies um so mehr, als die Eisenbahner, die einem Angebot von 3,7 Prozent ausgesetzt, den Schutz aller Gewerkschaften in den öffentlichen Diensten gebraucht hätten, schandbar diesen lappigen 4,5 Prozent auch noch geopfert wurden." (KVZ Nr. 16)

Den Sozialdemokraten war es damit gelungen, die Arbeiter und Angestellten der öffentlichen Dienste von den Lohnkämpfen in der Industrie abzuspalten, die Arbeiter und Angestellten der Bundesbahn aus dem Lohnkampf im gesamten öffentlichen Dienst auszugliedern und einen Abschluß durchzusetzen, der das Absinken des Lohnstandards im öffentlichen Dienst weit unter den Lohnstandard in der Industrie noch beschleunigt. (Vgl. KVZ Nr. 16)

In zahlreichen Bahnbetrieben kommt es zu Streikaktionen gegen das 3,7-Prozent-Angebot und die geplante Streichung der rund 200 DM betragenden Zulagen. Am 24.4. führen die Arbeiter des Bahnhofs Hamburg Altona einen Warnstreik durch. Am 26.4. streiken die Arbeiter der Frühschicht der Gepäckabteilung im Bahnhof Hamburg Altona und die Arbeiter des Signalwerks Wilhelmsburg. Die Arbeiter der Gepäckabteilung beschließen für den 2.5. eine außerordentliche Gewerkschaftsversammlung, um über Streik zu beraten.

Am 24.4. werden die Schlichtungsverhandlungen zwischen der Gewerkschaft GdED und dem Bundesbahnvorstand auf Grundlage des 4,5-Prozent-Abschlusses im öffentlichen Dienst wieder aufgenommen. Mit der Spaltung des Lohnkampfs hatten die Sozialdemokraten die 7,5-Prozent-Forderung der Eisenbahner vom Tisch gewischt. Am 29.4. nimmt die Gewerkschaft GdED den Schlichtungsvorschlag – 4,5 Prozent Lohnerhöhung und 2 Tage Urlaub mehr für die unteren und mittleren Vergütungsgruppen – an. Über die „Nebenforderungen" Gscheidles soll weiter verhandelt werden. Am 2.5. wird der 4,5-Prozent-Abschluß des öffentlichen Dienstes auch für die Eisenbahner übernommen. Für die unteren Lohngruppen bedeutet dieser Abschluß eine Lohnerhöhung von brutto gerade 62 DM. Nicht einmal die laufenden Preissteigerungen können damit ausgeglichen werden, geschweige denn die Lohnkürzungen durch die Umgruppierungen und Umbesetzungen und die sich häufenden Außendienste bei der Bundesbahn. Schon zum 1.3. hatte die Bundesbahndirektion die Preise für Personalfahrkarten für die Beschäftigten der DB bei Strecken von 100 km um 13%, bei Nahverkehrsstrecken um 20 bis 50% erhöht und die Kürzung der Lohnsicherungsfristen bei Umgruppierungen und Umsetzungen angeordnet. Rationalisierungen in großem Umfang werden von der Regierung angekündigt.

Der Plan Gscheidles, die Leistungs- und Erschwerniszulagen und die Vergütung für die Rufbereitschaft einzufrieren und die Leistungszulagen durch einen „Bewertungsbogen" für einen Großteil der Bundesbahnbediensteten zusammenzustreichen, ist durch die Kampfaktionen der Bundesbahnarbeiter verhindert worden. Das Hauptproblem, die Spaltung des Lohnkampfs durch die Sozialdemokraten zu verhindern und den Streik für eine ausreichende Lohnerhöhung durchzuführen, konnte nach dem Tarifabschluß Klunckers nicht mehr gelingen. Jetzt kommt es darauf an, Kampfhandlungen vorzubereiten, um die bereits angekündigten Lohnsenkungen und Verschärfungen der Ausbeutung bei der Bundesbahn zu verhindern. – (Z-Red.)

Bundesbahn: Nach der Lehre Zwangsversetzung

Stuttgart. Die Versetzung von Bundesbahnbeschäftigten von einem Direktionsbereich in den anderen, von einem Ort zum anderen, ist bei den Beamten durch das besondere Dienstrecht gegeben, und es wird rege davon Gebrauch gemacht. Bei den Arbeitern bei der Bundesbahn fängt dies schon nach der Ausbildung an. Unter der reformistischen Losung, für alle einen Arbeitsplatz, den die staatlichen Betriebe zu sichern hätten, werden Jugendliche nach ihrer Facharbeiterausbildung in ganz Westdeutschland herumversetzt. In den Bereich der Bahndirektion Stuttgart sind im Frühjahr 60 jugendliche Facharbeiter versetzt worden, z.B. aus Nürnberg, Regensburg und Saarbrücken. Sie haben an ihren Heimatorten die Facharbeiterausbildung absolviert, z.B. Elektriker. Sie werden weiterbeschäftigt, wenn sie in eine andere Direktion gehen. So kommt ein Elektriker zur Fahrleitmeisterei nach Stuttgart-Nord. Er kommt dort in den Bauzug und streicht Masten an. Er hat einen Arbeitsvertrag für ein halbes Jahr erhalten. Oder andere Facharbeiter kommen als Hilfskräfte in die Bahndrukkerei im Direktionsgebäude in Stuttgart. Untergebracht werden die Jugendlichen in den Wohnheimen der Bundesbahn. Dort unterliegen sie eigenen Hausgesetzen, einem Pförtner, ab 22 Uhr ist kein Besuch mehr möglich, und Fernsehen ist nur von 20 bis 22 Uhr erlaubt in einigen Wohnheimen. Für ein Zimmer zahlen zwei zusammen 180 DM, die ihnen direkt von ihrem Lohn abgezogen werden.

„Trunkenheit am Schreibtisch"

Es gibt Probleme in Bonn. Nicht nur Muff, sondern auch Suff belastet die Bundesamtsstuben. Das zuständige Fachreferat beim Bundesinnenminister, welchem die gesundheitliche Betreuung aller Bundesbediensteten obliegt, sah sich zu einem „Hinweis" verpflichtet, in dem es über den Gesundheitszustand der Bonner Abgeordneten und Bundesbeamten bemerkte: „Die Zahl der Suchtkranken hat in den letzten Jahren in erheblichem Maße zugenommen."

Dies scheint zuzutreffen, sah sich doch der Leiter der Zentralabteilung im Bundesfinanzministerium, Karl Adolf Germann, zu einem „vertraulichen Schreiben" an die „Abteilungsleiter 1–8 im Hause" genötigt, in dem es u.a. heißt: „In letzter Zeit sind mir einige Fälle von Alkoholismus im Hause bekannt geworden." Der Ministerialdirektor kommt zu dem Schluß: „Aus Kummer über die mißlichen Verhältnisse in der Bundeshauptstadt scheinen immer mehr Beamte zur Flasche zu greifen." Zwecks Ausfindigmachung diesbezüglicher „Fälle" wurde eine Liste erstellt über die äußeren Anzeichen.

Da die ganze Angelegenheit in der „Wirtschaftswoche" Nr. 12 auszugsweise veröffentlicht wurde, kam es darüber zu einer Debatte im Bundestag. Der Parlamentarische Staatssekretär Baum wurde gefragt, ob der Bericht in der „Wirtschaftswoche" zutreffend sei, worauf den Herren erläutert wurde, daß die „Trunkenheit am Schreibtisch" in Bonn nicht höher sei als in „vergleichbaren Verwaltungen und Betrieben". Braun von der CDU/CSU fragte nach, ob es denn möglich sei, daß während „Nachtsitzungen" der Alkoholausschank verboten werden könne, was bejaht wurde.

Der Abgeordnete Ey von der CDU/CSU fragte daraufhin: „Herr Staatssekretär, wenn Ihre Aussage stimmt, daß der Alkoholikeranteil den Durchschnitt nicht übersteigt, reicht dann nicht die Massierung der eigenen Beamten- und Angestelltenschaft in diesem Raum für die Einrichtung einer eigenen Heilstätte aus?" Darauf entgegnete Staatssekretär Baum: „Es wäre eine Diskreditierung der Bundesbehörden hier in Bonn, wenn man solche Gedanken wirklich ernsthaft erwöge."

Gegen Schluß der Debatte, als festgestellt wurde, daß es keinen Grund gebe, jetzt „puritanisch" zu werden, ließ Bundestagsvizepräsident Stücklen noch mal feststellen, daß es in puncto Alkoholbeschaffungen keinerlei Benachteiligungen oder Bevorzugungen geben darf. Vizepräsident Stücklen: „Und, Herr Parlamentarischer Staatssekretär, Sie können auch noch bestätigen, daß auch die Beamten den Finanzministeriums nicht steuerfrei Alkohol genießen können."

Bliebe noch zu erwähnen, daß letzte Woche der Presse zu entnehmen war, daß Bundeskanzler Schmidt sein bisheriges „Lieblingsgetränk Coca Cola" aufgegeben habe. Gewöhnlich gut unterrichtete Kreise sehen einen Zusammenhang zwischen dieser Nachricht und den Zuständen in Bonn. – (Z-Red.)

Bedienen, Ware auspacken, auszeichnen, einräumen, bedienen

Arbeitsbedingungen und Löhne im Kaufhaus

8.51 Uhr Stempeln, Kittel anziehen. 8.55 Uhr Arbeitsbeginn, beim Abteilungsleiter melden. Die Kollegen nebenan mußten schon vor einer Stunde anfangen, es mußten Sondertische aufgebaut werden im Erdgeschoß, dafür war heute morgen eine große Anzeige in der Zeitung erschienen. Die Konkurrenz zwischen den Kaufhäusern ist scharf und die Kapitalisten müssen sich was einfallen lassen, um Kunden anzulocken. Das steht bei uns übermorgen auch an, es ist eine Riesenmenge Ware angekommen, die alle ausgepackt werden muß, ausgezeichnet, eingeräumt. Wie soll man das schaffen? Es kommen durch das Sonderangebot der Nachbarabteilung auch mehr Kunden bei uns vorbei, die muß man nebenbei bedienen, kassieren auch noch. „Auf geraden Strecken fliegen", heißt es.

Eigentlich schafft man das alles nur, wenn man sich die Arbeit aufteilt, der eine bedient und hält dem anderen die Kunden vom Leibe, damit der einräumen kann. Das geht aber nicht immer, jeder hat selbst genug auszupacken. Darüberhinaus ist die Kassiererin krank, Ersatz hält der Personalchef für unnötig. Man schafft es so schon nicht, jetzt auch noch kassieren. Ein Kollege, der dafür eingeteilt ist sagt: „Ab sofort bediene ich nur noch, kassieren werde ich nicht mehr." Plötzlich ist Ersatz da, keine fünf Minuten dauert das.

13.00 Uhr bis 13.55 Uhr Mittagspause. Essen. Danach an die Luft, sonst kippt man um in dem Mief. Zurück in die Abteilung, weiter auspakken. Eine ganze Stunde Mittag, eigentlich wäre man lieber eine halbe Stunde früher zu Hause als in der Kantine rumzusitzen oder so. So ist der Verkäufer aber länger verfügbar und notfalls kann seine Pause auch verlegt werden. So ist er neuneinhalb Stunden im Kaufhaus.

18.35 Uhr Schluß. Beim Rausgehen schimpft eine Verkäuferin, daß sie ihren Rolltag morgen nicht nehmen kann, weil so viel zu tun ist. 18.42 Uhr Stempeln, Feierabend.

Der Arbeitstag im Einzelhandel, elend lange und keine 5-Tage-Woche (der „Rolltag", den man wechselnd von einem Tag zum anderen in der Woche hat, reicht gerade für die nötigsten Erledigungen). Hinzu kommt der niedrige Lohn. 960 DM bis 1465 DM brutto ist der alte Tarif, gestaffelt nach Berufsjahren. Der Durchschnittslohn eines Verkäufers liegt bei 1200 DM brutto, eines im gewerblichen Bereich tätigen Kollegen bei ca. 1300 bis 1400 DM brutto.

Dies alles genügt den Einzelhandelskapitalisten nicht, ihren Profit zu sichern. Angesichts des Ausdrucks der Verelendung der Massen durch sinkenden Umsatz im Einzelhandel – so stieg der Umsatz 1977 insgesamt bloß um 2,2,% (im Vergleich, der Versandhandel um rund 10%) – sind die Kapitalisten gezwungen, in ihrer Konkurrenzschlacht den Beschäftigten noch weiter ans Leder zu gehen. Relativ abgesteckt sind die Einflußsphären auf dem Markt. Weitere Einbrüche können sie nur erzielen durch Ausdehnung der Verkaufsflächen bei sinkender Beschäftigtenzahl, Erhöhung der Prokopfumsätze und Verlängerung des Arbeitstages. Eindeutig in Front ist hierbei Karstadt. Sind die 2,2% Umsatzsteigerung von 1977 inflationsbereinigt ein realer Rückgang, so konnte Karstadt 1977 einen Konzerngewinn von 6,5% machen (Karstadt-Magazin 1/77).

In Braunschweig planen die Karstadt-Kapitalisten, eh mit ca. 1300 Beschäftigten größtes Kaufhaus, den ehemaligen Neckermann-Neubau als Einrichtungshaus aufzubauen. Wo Neckermann noch 600 Beschäftigte für das Haus geplant hat, will Karstadt das mit ca. 150 neueingestellten Beschäftigten (Verkäufer, Verwaltung, Lager, Versand) durchziehen, das sind ca. 16000 qm neue Verkaufsfläche und ca. 10000 qm neue Lagerfläche. Hier soll z.B. die größte Lampenabteilung Braunschweigs aufgebaut werden (mit ca. viermal so viel Ware wie vorher), überhaupt soll sich in allen Bereichen die Warenmenge verdoppeln und verdreifachen. Karstadt will damit in diesem Bereich mit einem Schlag eine Monopolstellung erreichen. Gehen wird dies nur mit einer verschärften Ausbeutung der Beschäftigten. So wurde im Teppichlager eine automatische Teppichschneidemaschine angeschafft (für 30000 DM), wo mit drei vollbeschäftigten Verkäufern, gegenüber fünf früher, jetzt schon die doppelte Menge an Ware verkauft wird. Drei neue Lagerhäuser wurden von Karstadt eingerichtet für das Einrichtungshaus, davon ein Lager von ca. 2000 qm extra nur für Eröffnungsangebote.

Die anderen Kaufhäuser müssen da nachziehen. So sind bei Horten Computerkassen eingeführt, die ganze Arbeitsgänge, wie das Zählen der Ware überflüssig machen.

Die unausbleiblichen Kämpfe im Einzelhandel werden vorbereitet. Nachdem die Karstadt-Belegschaft im letzten Jahr den Kampf gegen die Anrechnung der Zulage auf die Tariferhöhung geführt hatte, bereiten sie nun mit Anfrage an den Betriebsrat, Resolutionen an die Tarifkommission, von jeweils 30 bis 40 Kollegen des Lagers, den Lohnkampf vor. Ähnlich sieht es bei Horten und Hertie aus. So hat auf Antrag der Karstadt- und Horten-Delegierten die Ortsdelegiertenkonferenz der Gewerkschaft HBV in Braunschweig sich gegen die Verlängerung der Ladenschlußzeiten ausgesprochen und die volle Einhaltung des 8-Stundentags als Schritt zum 7-Stundentag gefordert. Am 1. Mai wurde das auf die Straße getragen.

Zum 30.4. sind die Tarife gekündigt worden. Die Einzelhandelskapitalisten haben 4% angeboten. DAG und HBV haben das abgelehnt. Der Arbeitskreis Einzelhandel der HBV Braunschweig hat der Tarifkommission der HBV den Rücken gestärkt, indem er das Angebot ebenfalls ablehnt und die volle Durchsetzung der 50 DM und 5%, mindestens 120 DM für jeden fordert. Bekräftigung dieser Forderung aus den Abteilungen ist richtig. Und angesichts der ungeklärten Bezahlung ist gar nicht einzusehen, warum man sich ein Bein ausreißen soll. „Was ich nicht schaffe, das schaffe ich nicht, jetzt erst recht", sagen in allen Häusern die Verkäufer. Und das trifft, wenn man wie z.B. die Karstadt-Kapitalisten jetzt ein neues Einrichtungshaus eröffnen will. – (Bezirk Südostniedersachsen)

Kandidatur des Kommunistischen Bundes Westdeutschland zu den Bezirksversammlungen und Bügerschaftswahlen in Hamburg und zu den Landtagswahlen in Niedersachsen am 4. Juni 1978

Mit 14409 Unterschriften unterstützen Arbeiter, Bauern, Schüler und Studenten die Kandidatur des KBW für die Bezirksversammlungen und Bürgerschaftswahlen in Hamburg und zu den Niedersächsischen Landtagswahlen am 4. Juni.

Damit kandidiert der KBW zu den Bezirksversammlungen in allen sieben Hamburger Bezirken: Mitte, Nord, Harburg, Altona, Wandsbek, Eimsbüttel und in Bergedorf. Weiterhin kandidiert der KBW zur Wahl der Hamburger Bürgerschaft. In Niedersachsen kandidiert der KBW in folgenden Wahlkreisen: Hannover-Mitte, Hannover-List, Hannover-Limmer, Hannover-Linden, Syke, Diepholz, Hameln-Stadt, Hildesheim-Stadt, Peine, Alfeld, Einbeck, Northeim, Münden, Göttingen-Stadt, Göttingen-Land, Duderstadt, Osterode am Harz, Zellerfeld, Gandersheim, Goslar-Stadt, Salzgitter, Schöningen, Helmstedt, Braunschweig I, Braunschweig II, Braunschweig III, Braunschweig-Land, Wolfsburg I, Wolfsburg II, Gifhorn, Celle-Stadt, Soltau, Uelzen, Bevensen, Lüneburg-Stadt, Rotenburg, Verden, Achim-Verden, Buxtehude, Stade, Cuxhaven, Osterholz-Scharmbeck, Wesermarsch, Wilhelmshaven, Jever, Oldenburg I, Oldenburg II, Oldenburg-Land, Delmenhorst, Vechta, Melle, Osnabrück-Stadt, Osnabrück-Georgsmarienhütte, Bersenbrück, Lingen, Bentheim, Aschendorf-Hümmling, Leer, Emden.

Gegen die Aberkennung der Kandidatur in den Wahlkreisen Meppen, Wolfenbüttel und Lüchow-Dannenberg durch die dortigen Kreiswahlausschüsse hat der KBW beim Landeswahlleiter Beschwerde eingelegt. Damit kandidiert der KBW in 59 von 99 Wahlkreisen zum Niedersächsischen Landtag.

In den Wahlkreisen, in denen es nicht gelungen ist, die hundert bestätigten Unterschriften zu sammeln, wird der KBW seinen Wahlkampf fortsetzen und wird den bürgerlichen Parteien mit ihren Lügen entgegentreten und die Massen mit ihren berechtigten Forderungen im Kampf unterstützen. In verschiedenen Wahlkreisen fanden bereits Veranstaltungen der bürgerlichen Parteien statt, weitere werden durchgeführt. Allein Minister Ehrenberg hat schon auf dreißig Veranstaltungen in Norddeutschland gesprochen, um sein Rentnervernichtungsprogramm vorzustellen. Auf diesen Versammlungen sind ihm Niederlagen beigebracht worden. Dies sollte allen anderen bürgerlichen Politikern auch so ergehen.

Der KBW führt an jedem Sonntagvormittag in den Wahlkreisen Veranstaltungen zu folgenden Problemen des Klassenkampfes durch:

Sonntag, 14.5.1978
Politik der Sozialdemokraten in der diesjährigen Lohnbewegung

Sonntag, 21.5.1978
Wie weit reicht der Unterschied zwischen Albrecht und Klose. Im christlichen Geist treffen sich Reformismus und Reaktion

Sonntag, 28.5.1978
Der Knüppelliberalismus von Groß und Konsorten wird durch gelegentliche Phrasendrescherei nur verbrämt.

Regionalleitung Nord
– Ständiger Ausschuß –

Rundfunk- und Fernsehsendungen zum Wahlkampf in Hamburg und Niedersachsen

An folgenden Terminen werden Wahlspots des KBW gesendet:

Rundfunk NDR II:
Freitag, den 12.5.1978 um 17.35 Uhr
Mittwoch, den 24.5.1978 um 18.20 Uhr

Fernsehen ARD, Regionalprogramm:
Freitag, den 19.5.1978 um 19.48 Uhr
Montag, den 22.5.1978 um 19.25 Uhr

Rundreise einer Delegation der PLO

Frankfurt	21.5.
Westberlin	23.5.
Mannheim	24.5.
Hamburg	25.5.
Hannover	26.5.
Köln	27.5.

Kürzung von Lohnzulagen nach 5%-Abschluß

Heidelberg. Teldix. Letzte Woche gab es die ersten Lohn- und Gehaltsabrechnungen für die Arbeiter und Angestellten bei Teldix. Ganz offen (entgegen den Verpflichtungen durch die Geschäftsleitung) studierten die Arbeiter während der Arbeitszeit die Lohnzettel. Lohnsteuer und Sozialabgabenabzug ließen von der 411 DM-Pauschale und den 5% kaum noch etwas übrig. Einem Arbeiter in Lohngruppe 8, Steuerklasse 4, bisher 1775 DM brutto, blieben 264 DM netto für die gesamten ersten vier Monate des Jahres. Dieser elende Abschluß ermunterte die Teldix-Kapitalisten zu weiteren drastischen Lohnkürzungen. Einem Arbeiter in Lohngruppe 9 mit 2030 DM brutto wurden die übertariflichen Zulagen gestrichen, so daß ihm jetzt gerade brutto 50 DM bleiben. Weitere Kollegen vermuten, daß ihnen ebenfalls die Kapitalisten die Leistungszulage kürzen wollen. Sofort wurden von den Arbeitern Betriebsräte und Vertrauensleute angesprochen und mit ihnen Kampfmaßnahmen debattiert. Der Betriebsrat wurde aufgefordert, sofort zusammenzutreten, gegen die Lohnkürzungen Beschluß zu fassen und Rückgängigmachung von der Geschäftsleitung zu fordern.

5% auf John-Deere-Grundlohn erzwungen

Mannheim. Die John-Deere-Kapitalisten konnten nach zähen Verhandlungen auf Grund des Drucks der Belegschaft gezwungen werden, die 5%-Lohnerhöhung auf den John-Deere-Grundlohn zu zahlen. Die John-Deere-Kapitalisten wollten gegen die Forderung des Betriebsrates nach 5% auf den Effektivlohn nur auf den Tariflohn bezahlen. Doch das Urabstimmungsergebnis, in dem 60% das Steinkühlersche Verhandlungsergebnis abgelehnt hatten, sitzt ihnen noch im Nacken, so daß sie die 5% auf den John-Deere-Grundlohn bezahlen. Der Grundlohn liegt etwa um 2 DM pro Stunde höher als der Tariflohn. Die Erhöhung unterscheidet sich jetzt von der Forderung lediglich bei den Zeitlöhnern, denen die Leistungszulage hierbei nicht angerechnet wird. Für die Akkordlöhner erfolgt die Erhöhung praktisch auf den Effektivlohn.

Siemens rüstet Bundespost mit neuem Wählsystem aus

München. In München ist bei der Bundespost die erste EWS-Fernsprechvermittlung (EWS: Elektronisches Wählsystem) von Siemens eingerichtet worden, „um die Vorteile der elektronischen Datenverarbeitung auch in der Fernsprechvermittlungstechnik für das Programmieren und Steuern zu nutzen". Mit dieser Anlage können „Massenumschaltungen" stattfinden, bis zu 20000 Anschlüsse können gleichzeitig elektronisch gesteuert vermittelt werden. Entwickelt hat Siemens diese Anlage über Jahre weg in Neuperlach mit Millionenfinanzierungen aus dem Bundespostministerium. Bis 1985 soll die gesamte Bundespost mit diesen EWS-Vermittlungen ausgerüstet werden. Eingesetzt werden sie zur Rationalisierung im öffentlichen Dienst.

Lehrlinge sollen vom Opel-Lohn abgehängt werden

Rüsselsheim. Der Betriebsrat hat bis-

despost die erste EWS-Fernsprechvermittlung (EWS: Elektronisches Wählsystem) von Siemens eingerichtet worden, „um die Vorteile der elektronischen Datenverarbeitung auch in der Fernsprechvermittlungstechnik für das Programmieren und Steuern zu nutzen". Mit dieser Anlage können „Massenumschaltungen" stattfinden, bis zu 20000 Anschlüsse können gleichzeitig elektronisch gesteuert vermittelt werden. Entwickelt hat Siemens diese Anlage über Jahre weg in Neuperlach mit Millionenfinanzierungen aus dem Bundespostministerium. Bis 1985 soll die gesamte Bundespost mit diesen EWS-Vermittlungen ausgerüstet werden. Eingesetzt werden sie zur Rationalisierung im öffentlichen Dienst.

Lehrlinge sollen vom Opel-Lohn abgehängt werden

Rüsselsheim. Der Betriebsrat hat bis-

her bei der Geschäftsleitung auf keine weiteren Verhandlungen über die Zahlung der 5% auf den Opel-Lohn auch für Lehrlinge gedrängt. Dazu war er von den Lehrlingsvertrauensleuten aufgefordert worden. Gesamtbetriebsratsvorsitzender Heller meinte, die Geschäftsleitung sei zu mehr als den 5% tariflich und viermal 30 DM pauschal, was nach den Streikaktionen angeboten wurde, nicht mehr bereit.

Kapitalisten sollen Arbeitslosenversicherung zahlen

Westberlin. Am 22. April 1978 fand in Westberlin der 11. ordentliche Landesbezirkstag der IG Druck und Papier statt. Auf der Konferenz wurde der alte Vorsitzende Ballentin wiedergewählt, aber mit den wenigsten Stimmen. Unter anderem wurden folgende Anträge verabschiedet: Antrag 65: Die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung sollen ausschließlich von den Kapitalisten bezahlt werden. Das soll gesetzlich verankert werden. Antrag 72: Die tarifliche Jahresleistung soll anteilmäßig ausgezahlt werden, wenn man gekündigt wird bzw. selbst im Laufe des Jahres kündigt. (Zur Zeit bekommt man sie nur, wenn man das ganze Jahr beim gleichen Kapitalisten arbeitet.) Antrag 64: Für arbeitslose Schulabgänger wird Arbeitslosengeld und kostenlose gesetzliche Krankenversicherung gefordert. Antrag 56 und 57: Die Herabsetzung des Rentenalters auf 60 Jahre wird gefordert sowie die Angleichung der Rentenerhöhungen an die Lohnentwicklungen. Die Rentenpläne der Regierung werden abgelehnt.

Wer im Ausland krank wird, soll Lohn gesperrt bekommen

Frankfurt. Aus der Lohnabteilung der Stadt Frankfurt wird berichtet, daß die Dienstaufsicht Anweisung erteilt hat, alle Lohnzahlungen an ausländische Kollegen, die sich vorübergehend in ihrer Heimat aufhalten, zu sperren für den Fall, daß eine Krankmeldung aus dem Ausland geschickt wird. In einem Fall, so war bekannt geworden, hatte die AOK das Vorliegen einer Arbeitsunfähigkeit bestritten mit dem Argument, diese Krankheit könne in Westdeutschland viel rascher auskuriert werden. Von der Dienstaufsicht wird offensichtlich jetzt angestrebt, dieses Verfahren zu einer festen Regelung zu machen und die Löhne der ausländischen Kollegen solange einzubehalten, bis die AOK die Krankheit und die Krankmeldung anerkannt hat.

Immer eine Nasenlänge den Konkurrenten vorneweg

Deutsche Forschungs- und Versuchsanstalt für Luft- und Raumfahrt – Forschung für die Expansionspläne der westdeutschen Imperialisten

23 Exemplare des Airbusses sind an die amerikanischen „Eastern Airlines" verkauft worden. Weitere Verträge mit Fluggesellschaften in Europa, dem Mittleren und Fernen Osten sollten noch auf der internationalen Luftfahrtausstellung (ILA) in Hannover unter Dach und Fach gebracht werden. Der Airbus präsentierte sich auf der ILA „als ozeanüberwindender Erfolg europäischer Kooperation im Flugzeugbaubereich" (Braunschweiger Zeitung, 26.4.78). Ziel der Airbusindustries (36% deutsche Projektbeteiligung durch Messerschmitt-Bölkow-Blohm und VFW Fokker): ein Marktanteil von 15% bei zivilen Verkehrsflugzeugen dieser Kategorie in den USA, auf dem Weltmarkt ein Anteil von 30 bis 50%.

Die westdeutsche Bourgeoisie hat in der Konkurrenz der Luft- und Raumfahrtindustrie einen gewaltigen Nachholbedarf. Seit 1967 wird der Aufbau einer nationalen Luft- und Raumfahrt vorangetrieben. Voraussetzung für eine profitable deutsche Luft- und Raumfahrtindustrie ist die Vorantreibung der Konzentration. Über die Zusammenarbeit mit anderen europäischen Luft- und Raumfahrtkonzernen unter Führung des westdeutschen Finanzkapitals soll die Vormachtstellung in Europa gesichert werden, um mit den Supermächten konkurrieren zu können. Mit dem Airbus scheint ihnen jetzt ein erster Einbruch in den US-Markt zu gelingen.

Von 1962 bis 1972 hat sich die Zahl der Luftfahrtkonzerne in der BRD von neun auf drei verringert. Jetzt steht die Fusionierung der beiden größten westdeutschen Luftfahrtkonzerne Messerschmitt-Bölkow-Blohm (MBB) und VFW Fokker an: „Eine weitere Verzögerung der Fusion (...) hält die Bundesregierung nicht mehr für vertretbar" (Staatssekretär des Bundeswirtschaftsministeriums Grüner bei der Eröffnung der ILA 1978). „Die Strukturbereinigung in der deutschen Industrie müsse als Stärkung der nationalen Basis für die in nächster Zukunft anstehenden europäischen Gemeinschaftsaufgaben angesehen werden" (Grüner im Göttinger Tageblatt).

Die für die Kapitalisten nicht profitbringenden Kosten für die Forschung lassen sie sich von den Volksmassen bezahlen: Für die DFVLR sind für 1978 202,9 Millionen DM geplant. Zu 79,5% wird sie vom Bundesministerium für Forschung und Technologie, vom Bundesverteidigungsministerium und den Ländern finanziert. Mitglieder der DFVLR sind u.a.: Stadt Braunschweig, Continental Gummi-Werke Hannover, Deutsche Lufthansa, Dornier GmbH, Ford-Werke Köln, Henschel Flugzeugwerke, Hewlett-Pakkard GmbH, IBM Deutschland GmbH, Klöckner-Humboldt-Deutz, MBB, Siemens AG, VFW Fokker.

Die Hauptaufgabe der DFVLR ist, „für künftige Projekte von öffentlichem Interesse oder erheblicher wirtschaftlicher Bedeutung (...) anwendungsreife technologische Ergebnisse zu erzielen" (Jahresbericht DFVLR 1976). So die Entwicklung von „Verkehrssystemen der Zukunft"; Verbesserung des Betriebs, der Flugleistungen und -eigenschaften und der Wirtschaftlichkeit von Flugzeugen, wie das auf der ILA ausgestellte Projekt „Olga", ein Böe-Minderungssystem, das die Flugeigenschaften bei Luftturbulenzen verbessern soll. Direkt für das Bundesverteidigungsministerium laufen Projekte zur Erhöhung der Manövrierfähigkeit von Flugkörperwaffensystemen und Untersuchungen über Bedrohung von Flugzielen durch Flak, ebenso im Bereich Erkundungstechnik, das Wehrtechnische Programm „Zielerkennung und Aufklärung".

Von DFVLR und den von der Deutschen Forschungsgemeinschaft geförderten Sonderforschungsbereich Flugführung der TU Braunschweig wurde ein Erprobungsprogramm für ein neues Landesystem durchgeführt. Über den Sonderforschungsbereich Flugführung gibt es direkte Verbindungen von der DFVLR zur TU Braunschweig. So ist Prof. Dr. Doetsch, bis Oktober 1975 Flugbaumeister bei der DFVLR, jetzt Leiter des Instituts für Flugführung an der TU Braunschweig und hält Vorlesungen und Praktika zur Flugführung ab. Es werden Studienarbeiten an Studenten vergeben, die kostenlose Zuarbeit für die Forschung der Professoren sind: „Führung im Landeanflug", „Analyse von Flugmeßdaten".

Das Landesystem soll die „Entflechtung und Beschleunigung des insbesondere in Flughafennähe immer dichter werdenden Luftverkehrs" ermöglichen (DFG-Presse). Mit diesem Programm, entwickelt von SEL und Siemens, beteiligten sich die BRD-Imperialisten an einem Wettbewerb der Internationalen Luftfahrtbehörde (ICAO), wo darüber entschieden werden sollte, welches Landesystem weltweit eingeführt werden soll. Bei dem von der DFVLR und der TU Braunschweig entwickelten System handelt es sich um ein Mikrowellensystem, bei dem die Flugzeuge sich innerhalb eines horizontalen Winkels von 80 Grad und bei einer Neigung bis zu 15 Grad frei bewegen können, statt wie bisher an feste Luftstraßen, die durch Funkfeuer gekennzeichnet sind, gebunden zu sein.

15 Millionen DM hat das westdeutsche Projekt gekostet, eine Standleitung via Satellit wurde vom Rechenzentrum Braunschweig nach Montreal geschaltet, um den ICAO-Delegierten die Simulationsergebnisse des Systems vorführen zu können. Die US-Imperialisten haben sich mit ihrem System, das 150 Millionen DM gekostet hat, durchgesetzt, zumal sie ihr System direkt auf dem Montrealer Flughafen vorführen konnten. Einen Entfernungs- und einen Winkelmesser haben sie aus dem westdeutschen Programm übernommen, was für die BRD-Imperialisten ausreichen wird, die Erprobungs- und Entwicklungskosten wieder herauszuholen. Die Übernahme von Teilen des westdeutschen Systems stellt einen weiteren Angriff der BRD-Imperialisten auf die US-Monopolstellung im Flugzeugbau dar, weitere Entscheidungen werden bei der Verteilung der Aufträge fallen. „... das schaffen wir schon, an uns solls nicht liegen", hatten die Sozialdemokraten schon im Herbst begeistert ob dieser Aussichten, den US-Konkurrenten die Aufträge abzujagen, und die Profite der westdeutschen Kapitalisten zu sichern, den VFW-Arbeitern zugerufen. Entlassungen, verschärfte Arbeitshetze, niedriger Lohn, das ist der Preis, den die Arbeiter in der westdeutschen Luftfahrtindustrie dafür bezahlen sollen. Demonstrationen und Streikaktionen haben die VFW-Arbeiter im letzten Jahr dagegen durchgeführt. Unter sozialdemokratischer Führung allerdings ist die Kraft verschleudert. Angesichts der goldenen Früchte wird die westdeutsche Bourgeoisie ihre Anstrengungen verdoppeln, sie auch zu ergattern. Werden die Sozialdemokraten geschlagen, so können die Arbeiter diesen ehrgeizigen Plänen einen kräftigen Strich durch die Rechnung machen. – (KSB Südostniedersachsen)

zögerung der Fusion (...) hält die Bundesregierung nicht mehr für vertretbar" (Staatssekretär des Bundeswirtschaftsministeriums Grüner bei der Eröffnung der ILA 1978). „Die Strukturbereinigung in der deutschen Industrie müsse als Stärkung der nationalen Basis für die in nächster Zukunft anstehenden europäischen Gemeinschaftsaufgaben angesehen werden" (Grüner im Göttinger Tageblatt).

Die für die Kapitalisten nicht profitbringenden Kosten für die Forschung lassen sie sich von den Volksmassen bezahlen: Für die DFVLR sind für 1978 202,9 Millionen DM geplant. Zu 79,5% wird sie vom Bundesministe-

Doetsch, bis Oktober 1975 Flugbaumeister bei der DFVLR, jetzt Leiter des Instituts für Flugführung an der TU Braunschweig und hält Vorlesungen und Praktika zur Flugführung ab. Es werden Studienarbeiten an Studenten vergeben, die kostenlose Zuarbeit für die Forschung der Professoren sind: „Führung im Landeanflug", „Analyse von Flugmeßdaten".

Das Landesystem soll die „Entflechtung und Beschleunigung des insbesondere in Flughafennähe immer dichter werdenden Luftverkehrs" ermöglichen (DFG-Presse). Mit diesem Programm, entwickelt von SEL und Siemens, beteiligten sich die BRD-Impe-

rufen. Entlassungen, verschärfte Arbeitshetze, niedriger Lohn, das ist der Preis, den die Arbeiter in der westdeutschen Luftfahrtindustrie dafür bezahlen sollen. Demonstrationen und Streikaktionen haben die VFW-Arbeiter im letzten Jahr dagegen durchgeführt. Unter sozialdemokratischer Führung allerdings ist die Kraft verschleudert. Angesichts der goldenen Früchte wird die westdeutsche Bourgeoisie ihre Anstrengungen verdoppeln, sie auch zu ergattern. Werden die Sozialdemokraten geschlagen, so können die Arbeiter diesen ehrgeizigen Plänen einen kräftigen Strich durch die Rechnung machen. – (KSB Südostniedersachsen)

Forschung für die Expansion

„Man hatte erkannt, daß der Mangel an Wissen über Werkstoffeigenschaften, über das Verhalten fester Stoffe etc. schlechthin ein entscheidender Grund war für das Nachhinken Europas gegenüber den USA im technologischen Bereich – und damit auch auf wichtigen wirtschaftlichen Gebieten." (Hans Matthöfer)

Forschungsorganisationen / Großforschungszentren	Personal	Jahresetat (in Mio. DM)	Projektschwerpunkte
Forschungsorganisationen:			
Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften	10000	700	Weltraumforschung (z.B. Ausbeutung der Energiequellen der Sterne / Metereologie etc) Molekularbiologie / Verhaltensforschung Kernfusionsforschung Festkörperforschung
Fraunhofergesellschaft zur Förderung der angewandten Forschung e.V.	1700	150 (ca.)	Verfahrens- u. Produktionstechnik (Unternehmensorganisation / Automatisierung der Werkstückhandhabung / „Humanisierung des Arbeitslebens")
Großforschungszentren:			
Gesellschaft für Kernforschung mbH, Karlsruhe	3300	400 (ca.)	Kerntechnik (Schneller Brüter) / Kernforschung (Wiederaufbereitung, Lagerung)
Kernforschungsanlage Jülich	3400	300 (ca.)	Kerntechnik (HT-Reaktoren) Kernforschung
Gesellschaft für Kernenergieverwertung in Schiffbau u. Schiffahrt mbH, Hamburg	600	60	Kerntechnik (Schiffsreaktoren / Meerestechnik / Meerwasserentsalzung)
Hahn-Metiner Institut für Kernforschung mbH., Berlin	500	50	Kernforschung (Chemie / Physik)
Stiftung Deutsches Elektronen-Synchroton, Hamburg	1100	130	Kernforschung (Hochenergiephysik)
Max-Planck-Institut für Plasmaphysik, Garching	950	90	Kernforschung (Plasmafusionsforschung)
Gesellschaft für Strahlen- und Umweltsforschung	1200	90	Biologie, Medizin Umweltsforschung
Stiftung Deutsches Krebsforschungszentrum, Heidelberg	700	50	Krebsforschung
Gesellschaft für Schwerionenforschung, Darmstadt	450	55	Kernforschung
Deutsche Forschungs- und Versuchsanstalt für Luft- u. Raumfahrt e.V., Porz	3300	230	Luft- und raumfahrttechnische Forschung
Gesellschaft für Mathematik und Datenverarbeitung	620	60	Mathematik und Datenverarbeitung
Gesellschaft für Biotechnologische Forschung mbH., Stöckheim	210	15	z.B.: Erschließung neuer Rohstoffquellen für die Produktion von Naturstoffen aus Mikroorganismen

Luftfahrt-Messe in Hannover



ILA, Hannover. Militärflugzeuge – vom Großraumtransporter „Galaxy" bis zum Überschallflugzeug „Tornado" – waren auf der ILA breit vertreten. Besonders mit dem „Tornado" hoffen die europäischen Luftfahrtkapitalisten, zunächst noch vereint, in den von den US-Kapitalisten beherrschten Markt einzubrechen.

Dänische Fischer blockieren Häfen



Kopenhagen. 3000 Fischer, teilweise mit Familie, haben in der vergangenen Woche die Hafenausfahrten von sechs dänischen Häfen blockiert und damit den Fährverkehr nach Schweden und Norwegen lahmgelegt. Die dänische Regierung hat Fangbeschränkungen für Kabeljau erlassen. Die Fischer fordern Ausgleichszahlungen. Ihre Aktion beendeten sie vorläufig mit einer Demonstration zum dänischen Parlamentsgebäude.

Streikbewegung in den französischen Krankenhäusern

Die schon seit Wochen anhaltende Streikbewegung in zahlreichen Krankenhäusern, vor allem in den Schwerpunktkliniken der größeren Provinzstädte, breitet sich noch weiter aus. Die Krankenhausbeschäftigten verweigern alle Arbeiten wie das Ausfüllen von Formularen etc., die der Krankenhausverwaltung als Abrechnungsgrundlage dienen. Auf diese Weise haben die Krankenhäuser schon schwere Verluste erlitten. Die Beschäftigten haben sich auf einem Forderungskatalog zusammengeschlossen, der umfaßt: Bezahlung von 13 Stunden Pause im geteilten Schichtdienst! Einhaltung der 40-Stunden-Woche und Übergang zur 35-Stunden-Woche! Jedes zweite Wochenende frei! Fünf Wochen Urlaub im Jahr!

Streikbewegung in den französischen Krankenhäusern

Die schon seit Wochen anhaltende Streikbewegung in zahlreichen Krankenhäusern, vor allem in den Schwerpunktkliniken der größeren Provinzstädte, breitet sich noch weiter aus. Die Krankenhausbeschäftigten verweigern alle Arbeiten wie das Ausfüllen von Formularen etc., die der Krankenhausverwaltung als Abrechnungsgrundlage dienen. Auf diese Weise haben die Krankenhäuser schon schwere Verluste erlitten. Die Beschäftigten haben sich auf einem Forderungskatalog zusammengeschlossen, der umfaßt: Bezahlung von 13 Stunden Pause im geteilten Schichtdienst! Einhaltung der 40-Stunden-Woche und Übergang zur 35-Stunden-Woche! Jedes zweite Wochenende frei! Fünf Wochen Urlaub im Jahr!

2500 Francs (etwa 1100 DM) Mindestlohn! Die Regierung hat nur die Bezahlung von drei bis vier Freistunden angeboten und sonst alle Forderungen abgelehnt. Sie will die Streikbewegung brechen, die ihre Rationalisierungs- und Kostendämpfungspläne im Gesundheitswesen empfindlich stört.

Streik der italienischen Krankenhausärzte

Vom 27. bis 29. April streikten die 48000 italienischen Krankenhausärzte, seit dem 30. April setzen sie ihre Kampfmaßnahmen mit einem „Dienst nach Vorschrift" fort, kommen ihren Lehrverpflichtungen an den Universitätskliniken nicht nach und weigern sich, irgendwelche Schreibarbeiten zu machen. Sei 16 Monaten verschleppt die Regierung den Abschluß eines neuen Tarifvertrages. Die Ärzte fordern 100000 Lire (250 DM) brutto im Monat mehr. Für das nichtärztliche Personal hatten die Gewerkschaften im Februar einen Tarifvertrag abgeschlossen, der für die dreijährige Laufzeit Lohnerhöhungen von durchschnittlich 50000 Lire vorsieht, entsprechend den „freiwilligen Beschränkungen", die die bürgerlichen Führer der Gewerkschaften für den Öffentlichen Dienst im Januar 1977 verhängt haben. Den Standesorganisationen der Ärzte, die zu dem Streik aufgerufen hatten, hat dieser Lohnraubabschluß ermöglicht, die Lohnbewegung der Ärzte vom Tarifkampf der anderen Krankenhausbeschäftigten abzuspalten und die Forderung nach getrennten Tarifverträgen zu lancieren. Um die Spaltung weiterzutreiben, fordern reformistische und revisionistische Gewerkschaftsführer jetzt eine gesetzliche „Regelung des Streikrechts".

Streik von 230000 indischen Jutearbeitern

Rund 230000 Arbeiter in 64 Jutefabriken in Westbengalen und anderen Teilen Indiens traten am 27.4. in einen Streik für höhere Löhne. Mit dem eintägigen Streik antworteten sie auf die Ablehnung ihrer Forderung durch die Kapitalisten. Falls ihre Forderungen nicht erfüllt werden, sollen die Streikaktionen fortgesetzt werden. Die betroffenen Fabriken produzieren rund 3500 Tonnen Juteprodukte im Wert von rund 1,8 Millionen Dollar pro Tag.

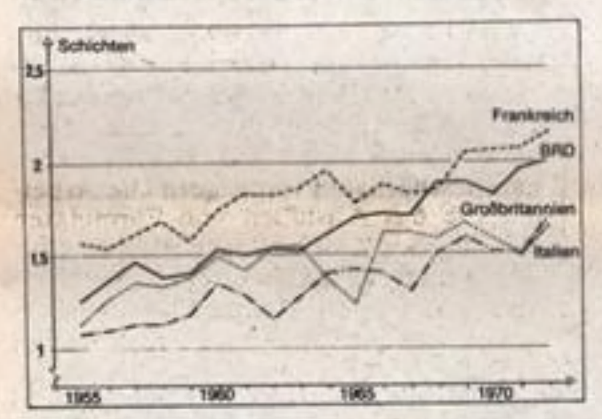
Die Textilarbeiter haben allen Grund, es den Seehafenarbeitern gleichzutun

Im Februar ist der Lohntarif in der Textil- und Bekleidungsindustrie zum 30.4.1978 gekündigt worden. Die zweiten Verhandlungen am 28.4. sind ergebnislos abgebrochen worden, die Textilkapitalisten haben kein Angebot vorgelegt. Die Gewerkschaft Textil und Bekleidung hat eine „Gesamtforderung“ von 7% aufgestellt. Darin sind eingeschlossen „Forderungen nach Erhöhung der Jahressonderzahlung, nach mehr Urlaub *oder* Arbeitszeitverkürzung für die Nachtschichtarbeiter auf 36 Stunden, bessere Absicherung der Zulagen, Abschluß eines zeitgemäßen Manteltarifvertrages“.

Die eigentliche Lohnerhöhung soll unterschiedlich in den einzelnen Bezirken ausgehandelt werden. Die Sozialdemokraten in der Gewerkschaft Textil und Bekleidung haben mit dieser „Gesamtforderung“ alle Möglichkeiten eröffnet, *niedrig* abzuschließen, wenn sie nicht durch den Kampf der Textilarbeiter daran gehindert werden. „Helfen Sie mit, daß wir zu einem vertretbaren Abschlußergebnis kommen, und lassen Sie uns solidarisch zusammenstehen, wenn die Situation es erfordert“, eröffnete Wellmann, Vorsitzender des Arbeitgeberkreises Gesamttextil, auf der Jahreshauptversammlung im Januar das Vorhaben weiterer Lohnsenkung. Die Ausbeutung in der Textilindustrie ist hoch. Von 1955 bis 1972 haben die Textilkapitalisten gegenüber ihren europäischen Konkurrenten die Durchsetzung und Ausweitung der Schichtarbeit um das Doppelte steigern können. (Vergleiche Schaubild Nr. 1)

Die BRD-Imperialisten stehen an der Spitze der westlichen Imperialisten. Dies zeigt ein Vergleich der

Schaubild Nr. 1: Die gearbeiteten Schichten pro Arbeitstag auf der Basis der Tarifstunden in den Baumwollwebereien der EG-Mitgliedsstaaten 1955 – 1972



Spinnkapazitäten in der Europäischen Gemeinschaft (vergleiche Schaubild Nr. 2). Sie sind sowohl führend im Export als auch führend im Import von Textilien. Die westdeutschen Textilkapitalisten sind aus der Überproduktionskrise 1973 bis 1975 (vergleiche Schaubild Nr. 3), die der Erscheinung nach eine Verstopfung der Märkte war, durch einen Vorsprung in den Rationalisierungen und durch verschärfte Auspressung von Mehrarbeit herausgekommen. Sie haben auf dieser

Schaubild Nr. 2: Die nationalen Spinnkapazitäten der 3- und 4-Zylinderspinnereien in den EG-Mitgliedsstaaten 1968–1972

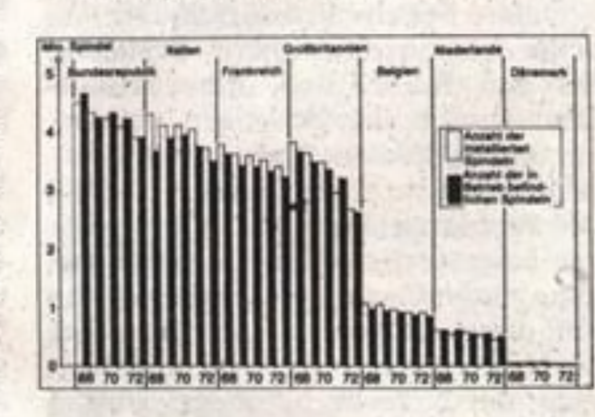


Schaubild Nr. 3: Die Produktion im Maschinenbau, Elektrotechnik und im Textilgewerbe*



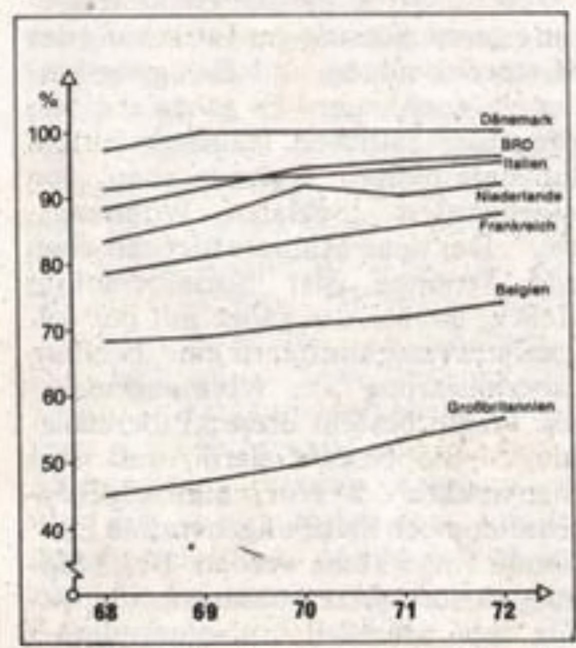
* monatlich erhoben bei Industriebetrieben mit 20 und mehr Beschäftigten. Das Wägungsschema schließt auch das Handwerk ein. (Quelle: Statistische Monatsberichte der Deutschen Bundesbank)

Grundlage Extraprofit gegenüber den anderen Kapitalisten erzielen können, der sie zum Kapitalexport befähigte. Auch wenn die Länder der Dritten Welt der Überschwemmung ihrer Länder mit den imperialistischen Textilprodukten entgegengetreten sind und den Aufbau eigener nationaler Industrien befördert haben sowie für höhere Preise für ihre Rohstoffe wie Baumwolle, Jute usw. eingetreten sind, haben doch die Textilimperialisten in einigen Ländern der Dritten Welt Produktionsstätten aufbauen können, in denen sie die billige Arbeitskraft ausbeuten. In Afrika – wie im Sudan und Kenia – errichten sie sogenannte internationale Gemeinschaftsunternehmen. Die Cotton Textile Mills im Sudan soll im Jahr 1978 mit einer Jahreskapazität von 2,6 Millionen Yards Baumwolle beginnen.

Unter der Parole von „der lohnintensiven zur kapitalintensiven“ Branche propagieren die Textilimperialisten ihren Vorsprung in der Steigerung der Ausbeutung.

Die Textilindustrie als ältester Zweig der großen Industrie ist zugleich die größte Konsumgüterindustrie. War früher die Rohstoffbasis weitgehend Baumwolle, Wolle, Jute und Hanf, so ist heute die Produktion von Chemiefasern zu 30% Grundlage der Textilindustrie. Dies hat auch zu einer Umstrukturierung durch Erhöhung der Maschinerie und Anwendung neuer Produktionsmethoden geführt. Der mechanische Webstuhl wurde durch den vollautomatischen Webstuhl ersetzt. So sind heute weitgehend die schützenlosen Websysteme, die mit elektronischen Steuerungen arbeiten, durchgesetzt. Die BRD steht in der Durchsetzung der Automation innerhalb der Europäischen Gemeinschaft an der Spitze (vergleiche Schaubild Nr. 4). Durchgesetzt wurde diese Umstrukturierung durch Niederkonkurrieren der anderen Kapitalisten und Massenentlassungen. Die Zahl der Textilbetriebe sank von 3615 im Jahr 1970 auf 2765 im Jahr 1976. Über 200000 Arbeiter wurden im gleichen Zeitraum entlassen und nicht ersetzt. Gleichzeitig wurde der Umsatz von 24,3 auf 29,4 Milliarden DM gesteigert. Die Arbeitsproduktivität der Textilarbeiter – die durchschnittlich in der Industrie in den Jahren 1970 bis 1976 um 27% zugenommen hat – stieg in der Textilindustrie um 57%. Die Grundlage für diese gewaltige Steigerung der Ausbeutung war vollständige Durchsetzung des Akkordsystems sowie der kontinuierlichen Schichtarbeit an sieben Tagen in der Woche und zu jeder Tages- und Nachtzeit nach 1973. Bekannt ist, daß in der Textilindustrie die niedrigsten Löhne für den Verkauf der Ware Arbeitskraft bezahlt werden.

Schaubild Nr. 4: Der Automationsgrad in den Baumwollwebereien der EG-Mitgliedsstaaten 1968–1972

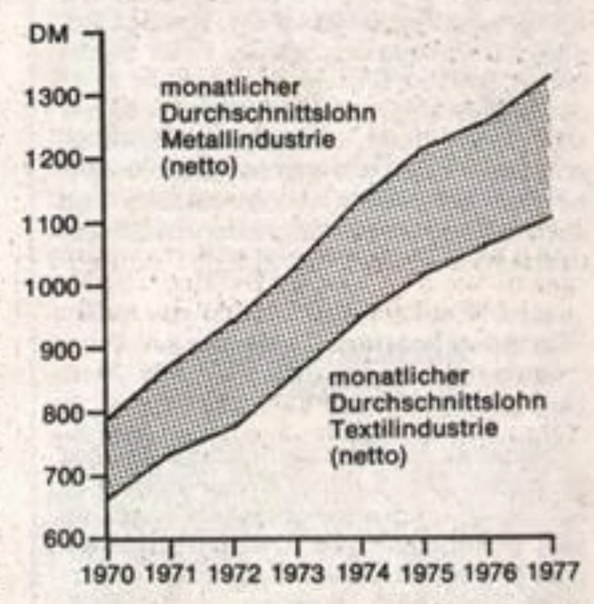


Das Schaubild zeigt, daß die BRD-Imperialisten an der Spitze in der Durchsetzung der Automation stehen. Die Tatsache, daß Dänemark höher liegt, erklärt sich daraus, daß Dänemark über die bei weitem geringste Webkapazität verfügt (1972 gleich 600 Webmaschinen), die sich aber ausschließlich aus Anbau- und Vollautomaten zusammensetzt.

Diese niedrigen Löhne waren Grundlage zur Durchsetzung der Akkord- und Überstunden-, Nacht- und Schichtarbeit, nach der bürgerlichen Statistik beträgt die wöchentliche Arbeitszeit in der Textilindustrie 42 bis 43 Stunden, dazu kommen regelmäßig zwischen 3 und 4 Überstunden. Die Anwendung der modernen Maschinerie war gleichzeitig Hebel, um über Abgruppierungen die Löhne weiter zu senken. Der jetzt geltende Lohntarif sieht in seinem § 4 einen Schutz vor Abgruppierungen bei Neueinführung von moderner Maschinerie in niedrigere Lohngruppen nur während der einjährigen Laufzeit dieses Tarifvertrages vor. Für die Regelungen der Arbeitsbedingungen verweist der Lohntarif für die gewerblichen Arbeitnehmer der nordrheinischen Bekleidungsindustrie vom 24.5.1977, den wir als Beispiel nehmen, auf den Manteltarifvertrag (§ 2 „Für Akkord und fließende Fertigung gelten die Bestimmungen des Manteltarifvertrages“). Nun ist der Manteltarifvertrag seit 1960 gekündigt, sämtliche Regelungen der Akkord- und Überstundenarbeit, die Zulagen für Schicht- und Sonntagsarbeit sind damit seit 18 Jahren außer Kraft gesetzt. Den Textilkapitalisten ist es gelungen, seitdem den Abschluß eines neuen Manteltarifvertrages, der von der Gewerkschaft Textil und Bekleidung dieses Jahr gefordert wird, zu verhindern.

Die Textilarbeiter können sich nicht mit einer „Gesamtforderung“ von 7%, was auf 4 bis 5% hinauslaufen wird, zufriedengeben. Die Arbeiterklasse steht im Kampf gegen die dauernden Lohnsenkungen. Ist es den Metallkapitalisten in der Metallindustrie gelungen, die Löhne der Metallarbeiter zu senken, so zeigt der Vergleich der durchschnittlichen Löhne in der Metall- und Textilindustrie, daß die bereits 1970 bestehende Spanne zwischen den Löhnen der Metallarbeiter und denen der Textilarbeiter bis 1978 sich nahezu verdoppelt hat. (Vergleiche Schaubild Nr. 5)

Schaubild Nr. 5: Monatlicher Durchschnittslohn (netto) in der Metall- und der Textilindustrie



„Sicherung der Arbeitsplätze“ durch Lohnverzicht – wie es die Sozialdemokratie in den Gewerkschaften propagiert, wird es nicht geben, das widerspricht vollständig der Erfahrung der Textilarbeiter, der Erfahrung der unerträglichen Ausbeutung und Arbeitshetze auf der Grundlage der Massenentlassungen in den letzten Jahren. Es gibt aber allen Grund, es den Seehafenarbeitern gleichzutun und eine siebenprozentige Lohnerhöhung durchzusetzen, wie es auch allen Grund gibt, die weitere Lust der Textilkapitalisten nach der Ausdehnung der Nacht- und Schichtarbeit einzuschränken und das Verbot von Nacht- und Schichtarbeit sowie die Verkürzung der Arbeitszeit auf 35 Stunden wöchentlich bei vollem Lohnausgleich einzufordern. – (Z-Red.)

Die unteren Lohngruppen sollen aufgefüllt werden

AEG strafft Produktionspalette und setzt neue Maschinerie ein

1975 übernahm die Dresdener Bank mit Ponto und nach dessen abruptem Ableben mit Herrn Cipa die direkte Führung des Konzerns. Mitte 1977 wurde der Konzern vollständig umstrukturiert mit dem Ziel, ein schlagkräftiges Instrument für die Expansionsziele des westdeutschen Finanzkapitals zu schaffen. Alle Bereiche des Konzerns wurden zusammen mit den Mehrheitsbeteiligungen in vier Unternehmensbereiche zusammengefaßt und das Produktionsprogramm wesentlich gestrafft. Zum Beispiel wurde in Westberlin die Ackerstraße dichtgemacht. „Einstellung unrentabler Teilgebiete des Produktionsprogramms Kleinmotoren“, kommentierten die Kapitalisten. In Vechta wurde geschlossen, um „die Reduzierung der Fertigung bestimmter Kondensatortypen“ durchzusetzen.

Im Zentralbereich des Konzerns, der direkt dem Zentralvorstand unterstellt ist, wurde eine Abteilung Produktion mit den Unterabteilungen Produktionsplanung und Automatisierung, Fertigungstechnik, Arbeitstechnik, Qualitätssicherung und Rationalisierungsverfahren eingerichtet.

Schon Anfang der 70er Jahre hatte AEG ausgefeilte Bahnsteuerungen (numerische Steuerungen) für Drehmaschinen, Verdrahtungsmaschinen für elektronische Baugruppen entwikkelt, zwei Jahre später wurden sie ergänzt durch einen Prozeßrechner, über den es möglich ist, eine große Anzahl numerisch gesteuerter Werkzeugmaschinen zu kontrollieren und zu steuern. Ein zweiter Punkt, wo die AEG-Kapitalisten große Anstrengungen machen, um in der internationalen Konkurrenz an der Spitze zu bleiben, ist die rechnergestützte Entwicklung und Produktion von MOS-Bausteinen. Erst die Entwicklung dieser integrierten Schaltungen, mikroskopisch klein, hat den Einsatz der Elektronik zur Steuerung von Werkzeugmaschinen, Prüfgeräten usw. so billig gemacht, daß der Einsatz für die Kapitalisten profitabel ist. In der Anwendung der neuen Technik in der eigenen Produktion sind die AEG-Kapitalisten jedoch zurückgeblieben. Die niedrigen Löhne in der Elektroindustrie bilden dafür eine Schranke. Um konkurrenzfähig zu bleiben, haben die Kapitalisten zunächst den Druck auf den Lohn enorm verschärft: so haben sie zum Beispiel in der Wellendreherei der Kleinmaschinenfabrik seit mehr als drei Jahren durchgesetzt, daß die tariflichen Lohnerhöhungen auf die Akkordprozente angerechnet wurden, haben betriebliche Zulagen gestrichen, so daß der Effektivlohn von vielen Arbeitern seit drei Jahren nicht nur nicht gestiegen, sondern sogar gekürzt wurde.

Anhand der Entwicklung der Sachanlageinvestitionen (d.h. des Teils des Kapitals, das in Maschinen, Gebäuden ausgelegt ist) und der Forschungsausgaben kann man gut sehen, daß die AEG-Kapitalisten gegenwärtig dabei sind, das nötige Kapital zu sammeln, um in großem Umfang die neuen Methoden der Ausbeutung einzusetzen, während sie nur das Nötigste ausgeben, um alte Maschinen durch neue zu ersetzen. So gaben sie 1970 531 Mio. DM für Sachanlageinvestitionen aus, wovon 64% aus Abschreibungen finanziert wurden. 1976 waren es 420 Mio. DM, wovon 94% aus Abschreibungen finanziert wurden. Die Ausgaben für Forschung und Entwicklung stiegen von 1970 585 Mio. DM auf 858 Mio. DM 1978.

Die Sachanlageinvestitionen sind, wie der Geschäftsbericht feststellt, „in erster Linie für die Modernisierung und Umstrukturierung der eigenen Fertigungsstätten verwendet worden.“ In der Wellendreherei der Kleinmaschinenfabrik sieht das so aus, daß ein großer Teil der alten Kopierdrehmaschinen, die durchschnittlich ca. 15 Jahre alt sind, noch im Einsatz ist. Für die mittleren Serien (bis zu 1000 Stück) wurden vier NC-Drehmaschinen angeschafft, wodurch mindestens zwei Arbeiter eingespart wurden, da je zwei NC-Maschinen von einem Arbeiter bedient werden müssen. An den alten Kopiermaschinen werden Arbeiten z.T. in Lohngruppe 4 und 3 vergeben, an den NC-Maschinen ausschließlich in Lohngruppe 3.

In Hamburg, AEG N 4 (Schiffsausrüstungen) wurden für die mechanische Fertigung in den letzten drei Jahren insgesamt sieben numerisch gesteuerte Fräswerke angeschafft. An drei dieser Maschinen arbeiten ein Einrichter in Lohngruppe 7 und mehrere Arbeiter in Lohngruppe 4 und 5.

Ein Meister dieser Abteilung schätzt, daß eine dieser Maschinen etwa 10 Facharbeiter (Feinmechaniker und Werkzeugmacher) ersetzt, die zum größten Teil in der Lohngruppe des Einrichters eingestuft werden müßten.

Im Zusammenhang mit den numerisch gesteuerten Fräswerken wurden rechnergesteuerte Vorrichtungen zur Kontrolle der Masse mit einer Genauigkeit von zehntausendstel Millimeter für die Revision angeschafft. Die straffe Durchrationalisierung in der mechanischen Fertigung von AEG N4 war nötig für die Kapitalisten im Zusammenhang mit Aufträgen für die Ausrüstung der Fregatten F122 und Panzerpeilgeräten.

Über den Einsatz von numerisch gesteuerten Werkzeugmaschinen wollen die Kapitalisten die unteren Lohngruppen, in denen in der Elektroindustrie ein hoher Prozentsatz von Arbeitern eingestuft ist, weiter auffüllen. – (Zelle AEG, Westberlin)

Elektronische Alarmanlagen – die Bourgeoisie fürchtet um ihr Eigentum

Die Angst vor Diebstahl oder Zerstörung seines Eigentums hält den Bourgeois in ständiger Sorge, denn ohne dieses ist es aus mit seiner Parasitenexistenz. Mit der Verschärfung der Klassenkämpfe in den letzten Jahren hat sich auch die Bedrohung des kapitalistischen Eigentums verschärft, was u.a. in den steigenden Zahlen von Eigentumsdelikten sichtbar wird. Verstärkt suchen die Kapitalisten nach Sicherungsanlagen für ihre Produktionsanlagen, Produktions- und Unternehmensdaten und für die Wertgegenstände in ihren Villen.

Eine ganze Branche der elektronischen Industrie lebt von der Angst der Kapitalisten und preist in einschlägigen Zeitschriften den neuesten „Sicherheitshit“ an. Die meisten dieser Anlagen für Wohn- und Geschäftsräume arbeiten mit Ultraschall. Ein Sender stößt einen kurzen unhörbaren Ton aus. Die Schallwelle bricht sich an den Gegenständen im Raum und wird von einem Mikrofon aufgenommen. Jede Bewegung eines Gegenstands im Raum führt zu einer Veränderung der vom Mikrofon aufgenommenen Schallwellen, was den Alarm auslöst. Die Anlage kann natürlich nicht zwischen Mensch und anderen Gegenständen unterscheiden, sodaß sich bewegende Vorhänge leicht Fehlalarm geben, wie man der Anzeige entnehmen kann.

Schwieriger wird für die Kapitalisten die Sicherung des Fabrikgeländes. Zwar haben alle größeren Betriebe Wächter und Werkschutz, aber der Kapitalist weiß genau, daß es für den lohnabhängigen Wächter keinen Grund gibt, das Eigentum des Kapitalisten zu schützen. Besonders nachts möchte er die Fabrik zusätzlich sichern. Die Elektronikindustrie bietet ihm Nachtsichtfernsehkameras an, das Stück für 20000 DM. Das sind Fernsehaufnahme-Kamera-Röhren mit einem davor gesetzten Bildverstärker, der das einfallende Licht 100 bis 1000 fach verstärkt. Mit diesen Kameras sieht man selbst in einer Neumondnacht noch ausreichend gut auf dem Bildschirm, was draußen vor sich geht. Diese Geräte wurden für militärische Zwecke entwickelt.

SENSATIONELLE NEUHEIT DER SICHERHEITSTECHNIK

HITBOX electronic's
Alarm-Anlagen Apparatebau
Postanschrift: Stresemannstr. 3, 6450 Hanau 1
Telefon 06183/1880 und 1966
DM 185,-

Anzeige aus der Fachzeitschrift „Elektronik“

Eine volle Überwachung des Fabrikgeländes kostet den Kapitalisten gut 200000 DM. Dazu kommt noch, daß zusätzlich Wachpersonal da sein muß, um die Bildschirme zu beobachten.

Automatische Alarmanlage, wie das oben beschriebene Ultraschallgerät, sind fürs Freie weniger geeignet. Zum einen ist die Reichweite begrenzt. Zum anderen würde leicht ein Vogel oder ein Blatt Papier im Wind Fehlalarm auslösen. Diese Anlagen müssen so empfindlich sein, weil sie auf Änderung des Schallfeldes ansprechen, sonst könnte ein Mensch, auch wenn er viel größer ist, durch äußerst langsame Bewegung unter der Alarmschwelle bleiben. Aber auch mit den automatischen Alarmanlagen, selbst, wenn sie einwandfrei arbeiten, ist der Kapitalist nicht aus der Sorge heraus. Er braucht Leute, die nachschauen, also Lohnabhängige, von denen er zu Recht befürchtet, daß sie sich mit den übrigen Lohnabhängigen und den Volksmassen zusammentun, die soziale Revolution machen und alles Privateigentum aufheben.

Protest gegen Gefängnis für Schulschwänzer

Marxloh. „Schulschwänzer erhält 6 Monate Gefängnis" stand in der „Westdeutschen Allgemeinen Zeitung" (WAZ) vom 21.4.1978. Die Schüler der Klasse 8/9 der Sonderschule Henriettenstraße in Marxloh, deren Lehrerin den Artikel in der Klasse vorlas, um den Schülern zu drohen, haben daraufhin eine Resolution an das Jugendgericht Wiesbaden und an den Kultusminister von Hessen geschickt:

„Wir sind empört über das Urteil des Wiesbadener Jugendgerichts. Viele von uns haben selbst schon geschwänzt, denn hier lernen wir sowieso nicht das, was uns wirklich nützt. Wir sollen dazu erzogen werden, niemals aufzumucken, damit wir später, wenn wir eine Arbeit finden, ebenso den Duckmäuser spielen. Durch die Noten soll erreicht werden, daß wir uns gegenseitig bekämpfen, anstatt uns gemeinsam für unsere Rechte einzusetzen. Deshalb ist es um so wichtiger, daß wir zusammenhalten, gerade, wenn der Staat zu solchen Maßnahmen wie bei dem Schüler Peter greift, um uns zu unterdrükken und einzuschüchtern. Wir verstehen die Situation des Schülers Peter sehr gut und senden ihm unsere solidarischen Grüße. Wir werden ihn unterstützen. Wir fordern das Jugendgericht Wiesbaden auf, das Urteil gegen den Schüler Peter aufzuheben. Weiter fordern wir, daß die Sonderschulen abgeschafft werden, denn wir sind nicht dumm, aber auf den Sonderschulen werden wir dumm gemacht. Wir werden den Brief veröffentlichen und auch mit anderen Schülern darüber diskutieren."

Zuchthausordnung für Berufsschulen

Neuulm. Ein Metzgerlehrling hat uns berichtet, daß in seiner Klasse bereits 10 Schüler einen Bußgeldbescheid über 100 DM bekommen haben wegen dreimaligem unentschuldigtem Fehlen im Unterricht. Ein Schüler hat bereits den 4. Bußgeldbescheid über 100 DM bekommen.

Die Schulunterdrückung, die der Zuchthausordnung gleichkommt, wird wie folgt organisiert: Bei der kleinsten Unruhe oder Unaufmerksamkeit bekommt man einen Strich, bei 4 Strichen werden schließlich die Eltern und die Firma benachrichtigt. Fehlt man einmal unentschuldigt, werden sofort die Eltern und die Firma benachrichtigt. Fehlt man dreimal unentschuldigt, bekommt man einen Bußgeldbescheid über 100 DM reingedrückt. Fällt man öfters unangenehm auf, wird die Handwerkskammer zusätzlich benachrichtigt. Neulich wollte ein Berufsschüler 2 Stunden früher vom Unterricht weg, damit er noch rechtzeitig seinen Zug nach Würzburg bekommt, um übers Wochenende seine Eltern zu besuchen. Der Lehrer ließ ihn nur unter der Bedingung weg, daß er vom Landratsamt Würzburg eine Bestätigung mitbringt, daß er dort gewesen sei. Dies hat der Metzgerlehrling nicht gemacht. Daraufhin hat ihm der Lehrer die 2 Stunden als halben Tag unentschuldigten Fehlens eingetragen.

hausordnung gleichkommt, wird wie folgt organisiert: Bei der kleinsten Unruhe oder Unaufmerksamkeit bekommt man einen Strich, bei 4 Strichen werden schließlich die Eltern und die Firma benachrichtigt. Fehlt man einmal unentschuldigt, werden sofort die Eltern und die Firma benachrichtigt. Fehlt man dreimal unentschuldigt, bekommt man einen Bußgeldbescheid über 100 DM reingedrückt. Fällt man öfters unangenehm auf, wird die Handwerkskammer zusätzlich benachrichtigt. Neulich wollte ein Berufsschüler 2 Stunden früher vom Unterricht weg, damit er noch rechtzeitig seinen Zug nach Würzburg bekommt, um übers Wochenende seine Eltern zu besuchen. Der Lehrer ließ ihn nur unter der Bedingung weg, daß er vom Landratsamt Würzburg eine Bestätigung mitbringt, daß er dort gewesen sei. Dies hat der Metzgerlehrling nicht gemacht. Daraufhin hat ihm der Lehrer die 2 Stunden als halben Tag unentschuldigten Fehlens eingetragen.

Befragung zur Teilzeitbeschäftigung beamteter Lehrer.

Nordhorn. In der Frensdorfer Schule in Nordhorn sollen die Lehrer sich zur beabsichtigten Teilzeitbeschäftigung äußern. Am 3.5. erhielten die Kollegen einen umfangreichen Fragebogen zur Teilzeitbeschäftigung des Instituts für regionale Bildungsplanung, Arbeitsgruppe Standortforschung GmbH, Hannover. Dort heißt es: „Gesellschafts- und arbeitsmarktpolitische Entwicklungen der letzten Jahre haben Bund und Länder veranlaßt, die Teilzeitbeschäftigungsmöglichkeiten für Beamte neu zu überdenken. Um Aufschluß über die Bereitschaft der Beamten im Schuldienst zu Teilzeitbeschäftigung zu erhalten, und um statistisch fundierte Daten für die Beratungen zur Änderung des Beamtenrechtsrahmengesetzes einbringen zu können, führt der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft in Zusammenarbeit mit dem Institut für regionale Bildungsplanung eine Repräsentativumfrage zur Teilzeitbeschäftigung von Lehrern durch ... Von den Ergebnissen dieser Untersuchung werden wichtige Erkenntnisse für eine Neugestaltung der Möglichkeit teilzeitweiser Beschäftigung von Lehrern erwartet. Wir bitten Sie deshalb, diese Untersuchung durch Ihre Teilnahme tatkräftig zu unterstützen." Und so sehen dann z.B. die Fragen aus: „Stellen Sie sich bitte vor, es existieren keinerlei einschränkende, an Ihre familiäre Situation geknüpfte Bedingungen. Sie können also jederzeit einen Antrag auf Teilzeitbeschäftigung stellen. Diesem wird entsprochen, wenn keine dienstlichen Interessen entgegenstehen und das Aufgabengebiet Ihres Amtes es zuläßt. Würden Sie unter diesen Umständen einen Antrag auf Teilzeitbeschäftigung stellen?" Es steht fest, daß die Teilzeitarbeit im öffentlichen Dienst ausgedehnt werden soll. Mithilfe dieser Fragebogen soll erforscht werden, wie die Spaltungslinien für die Bourgeoisie am günstigsten zu ziehen sind und wie groß der Widerstand gegen die Teilzeitarbeit sein wird. Die erste Reaktion der Kollegen war folgende: Weniger Stunden bei vollem Gehalt, das wäre gut. Aber Teilzeitbeschäftigung heißt Teilzeitgehalt und Teilzeitrente oder -pension. Dann würde man gezwungen sein, sich auf Kursen in der Volkshochschule oder ähnlichem das fehlende Geld zu verdienen.

Wohnungsbauminister Haack hält Einstand: Mieterhöhungen von 30 – 50 DM

Am 26. April hat die Bundesregierung „erste Schritte zur Lockerung der Mietpreisbindung und Belegungsbindung" beschlossen. Es geht dabei um den aus staatlichen Haushaltsmitteln subventionierten Wohnungsbau, den sogenannten „Sozialen Wohnungsbau". Der neue Minister für Städtebau und Wohnen, der Sozialdemokrat Haack, nannte das ganze auf der folgenden Pressekonferenz eine „weitere Liberalisierung" des Wohnungsmarktes. Worin besteht diese „Liberalisierung?" Sie besteht darin, daß dem Mietwucher der Wohnungsbaugesellschaften noch mehr ungehemmte Freiräume eingeräumt werden. Beschränkungen für Mieterhöhungen, die bisher im staatlich subventionierten Wohnungsbau bestanden, sollen beseitigt werden.

Seit 1971 war die Festsetzung der Miete zehn Jahre lang (zuvor fünf Jahre) an die Grenzen des „Sozialen Wohnungsbaus" gebunden. Nunmehr soll diese Bindung schon vor Ablauf der zehnjährigen Frist aufgehoben werden können, wenn das Darlehen aus öffentlichen Mitteln vorzeitig zurückgezahlt wird und der Mieter der Wohnung wechselt. Die Regierungsabsicht: Dadurch soll der „hohe Bestand preisgebundener Sozialwohnungen verringert werden". Gesetzmäßig läuft das auf eine Mieterhöhung hinaus. Denn nach unten sind die „Sozialwohnungen" ja nicht preisgebunden.

Auch die zweite der beschlossenen Maßnahmen mit dem Namen „Mietentzerrung" ist eine Mieterhöhungsmaßnahme. Die Förderung des „Sozialen Wohnungsbaus" besteht in der Bereitstellung von Darlehen, die geringer zu verzinsen sind als gewöhnliche Hypotheken oder Darlehen. Unterschiedliche Zinssätze bedeuten unterschiedliche Mieten, sattsam bekannt durch die Mietsprünge beim Auslaufen eines günstigeren Darlehens. Und die älteren Darlehen sind den Bourgeois nunmehr zu günstig. Die Mieten sollen als Finanzquelle für den Staatshaushalt genutzt werden. Daher sollen die Landesregierungen ermächtigt werden, die Zinsen auf Darlehen für Wohnungen, die zwischen 1963 und 1970 bezugsfertig geworden sind, nachträglich auf bis zu vier Prozent zu erhöhen. Die bürgerliche Presse kommentiert: „Auf diese Weise soll das Mietniveau der älteren Sozialwohnungen etwas an die höheren Mieten der neueren Sozialwohnungen aufgebessert werden." (Frankfurter Allgemeine Zeitung 27.4.) Und der Minister Haack betont, daß diese „Mietaufbesserung" „mehr an Gerechtigkeit" bringen werde. Ob es wohl mehr Dummheit oder Unverfrorenheit ist, die den Minister zu solch einfallsloser Argumentation hinreißt? Für eine Wohnung von 80 Quadratmetern bedeute die Zinserhöhung eine Mieterhöhung zwischen 30 und 50 DM, hat er seinen „Argumenten" hinterhergeschickt. Und je Förderjahrgang sollen es 30 Mio. DM sein, die so den Arbeitern und Angestellten in Wohnungen des „sozialen Wohnungsbaus" zusätzlich aus der Tasche gezogen werden.

Wie man den Regierungsmitteilungen entnimmt, soll es sich bei diesen Maßnahmen nur um einen ersten Schritt handeln. Auch hier hat der Bericht des Sachverständigenrats die Linie vorgezeichnet. Bedauernd hatte er festgestellt: „Dabei zeigte sich allerdings erneut, daß der Mietwohnungsbau viel von seiner früheren Attraktivität eingebüßt hat."

Kosten für die Miete gehören zu den Kosten, denen kein Arbeiterhaushalt entgehen kann. Sie sind Tribut an den Grundbesitzer für das Recht, seinen Grund und Boden zum Zwecke des Wohnens benutzen zu dürfen. Die Arbeiter konkurrieren hierin beständig mit den Kapitalisten, die ebenfalls Grund und Boden benötigen, um darauf ihre Fabrikhallen und Büros zu errichten. Für sie ist der Boden ein Mittel der Profiterzielung und der Grundeigentümer verlangt für die Genehmigung zur Nutzung seines Bodens einen Teil dieses Profits als Rente. Je höher die Extraprofite, die ein Kapitalist dank der Nutzung besonders günstig gelegenen Bodens erzielt, umso höher die Rente, mit der der Grundbesitzer die Extraprofite an sich zu ziehen sucht. Im Preis des Bodens spiegelt sich dies wider. Je höher die Rente, die sich aus dem Boden erzielen läßt, umso höher der Preis des Bodens. 1975 wurde baureifes Land in „Geschäftsgebiet" für 632 DM je Quadratmeter verkauft, in „Geschäftsgebiet mit Wohngebiet" für 117 DM, in Wohngebiet für 50 DM und in Dorfgebiet für 28 DM. Obwohl der Arbeiter eine Wohnung mietet, weil er sie zur Reproduktion seiner Arbeitskraft braucht, gilt er für den Grundeigentümer wie für den hausbesitzenden Kapitalisten entsprechend dem Kapitalisten, für den Baugrund und Gebäude Mittel der Profiterzielung sind. Der Wohnungsbaukonzern verlangt Rente und außerdem Profit auf das im Gebäude investierte Kapital. Er hätte sein Geld ja auch in Aktien anlegen können, um dann Dividende zu ziehen. Und bevor der Arbeiter dem Wohnungsbaukapitalisten nicht zahlt, als bekäme dieser Dividende, bekommt er kein Dach über dem Kopf. Es ist ausschließlich das Grundeigentum und die Tatsache, daß jede Investition in Wohnungen als Kapital gilt, die die Mieten in die Höhe treibt und der Arbeiterfamilie den Lohn plündert.

1975 betrugen die Einnahmen aus Wohnungsvermietung in Westdeutschland insgesamt 72,94 Mrd. DM. Abzüglich aller Vorleistungen und der buchhalterischen Abschreibungen für Abnutzung (die in der Regel weit über der wirklichen Abnutzung liegen) sind an Profit und Rente 33,72 Mrd. DM verblieben. Zwar schließen diese Summen den „Mietwert für Eigentümerwohnungen" mit ein, aber sie geben einen ausreichenden Eindruck vom Grad der Ausplünderung. Da für den Wohnungsbau große Massen an langfristig verfügbarem Kapital notwendig sind und dieses bei den Banken konzentriert ist, stekken diese den Großteil der Wohnungsmieten als Zins für ihre Kredite ein. Die „Liberalisierungs"-Politik der Bundesregierung schafft diesen Geldsäcken freie Bahn in ihrer Jagd auf den Arbeitslohn. – (Z.-Red.)

80000 Menschen demonstrierten in London gegen Faschismus und Reaktion

80000 nahmen am 30. April in London an einer Demonstration und Massenversammlung gegen die Reaktion und die faschistische Nationale Front teil. Die Veranstalter hatten Demonstration und Massenversammlung als „Karneval gegen die Nazis" und „Rock gegen den Rassismus" aufgezogen. Die große Mehrheit der Teilnehmer waren junge Arbeiter, zum kleinsten Teil organisiert und mobilisiert durch die reformistischen, revisionistischen und trotzkistischen Parteien, die die Führung in der veranstaltenden Anti-Nazi-Liga haben. Sie kamen ein-

Reaktion versuchen zu verhindern, daß diese siegreiche Tradition fortgesetzt wird. Die britischen Imperialisten kämpfen um die Vorherrschaft in Europa. Es ist ihnen in den letzten Jahren gelungen, die Kämpfe der Arbeiter zu zersplittern und die Löhne zu senken.



Mit Einwanderungsgesetzen und Rassenbeziehungsgesetzen, mit Arbeitsbeschaffungsprogrammen und der imperialistischen Bildungsreform haben sie große Fortschritte in der Spaltung und Verelendung der arbeitenden Massen gemacht. Das gibt einen guten

80000 Menschen demonstrierten in London gegen Faschismus und Reaktion

80000 nahmen am 30. April in London an einer Demonstration und Massenversammlung gegen die Reaktion und die faschistische Nationale Front teil. Die Veranstalter hatten Demonstration und Massenversammlung als „Karneval gegen die Nazis" und „Rock gegen den Rassismus" aufgezogen. Die große Mehrheit der Teilnehmer waren junge Arbeiter, zum kleinsten Teil organisiert und mobilisiert durch die reformistischen, revisionistischen und trotzkistischen Parteien, die die Führung in der veranstaltenden Anti-Nazi-Liga haben. Sie kamen ein-zeln, als Schulgruppen, als Straßenbanden und Punk-Gruppen. Die Größe dieser ersten Versammlung dieser Art ist Ausdruck des Hasses der Arbeiterjugend gegen Faschismus und Reaktion. Sozialdemokraten, Revisionisten und Trotzkisten wollten sie in ein Festival der Klassenversöhnung umwandeln. Die revisionistische Tageszeitung „Morning Star": „Es war egal, welche Farbe deine Haare hatten oder wieviele Sicherheitsnadeln in deiner Hose waren. Jeder genoß den ganzen Tag das friedliche Ereignis, das die Herren Webster und Tyndall (die Führer der Nationalen Front, d. Red.) tief deprimiert haben muß."

Die sozialdemokratische Unterhausabgeordnete Audrey Wise sagte: „Das Leben ist zu kurz, um sich gegenseitig zu bekämpfen. Die Anti-Nazi-Liga glaubt an eine Politik des Lebens, der Freude und der Musik. Die Nationale Front glaubt an eine Politik des Hasses."

In den dreißiger Jahren versuchten die faschistischen Banden („Schwarzhemden") der British · Union of Fashists (B.U.F.) unter der Führung des ehemaligen Labourministers Sir Oswald Mosley mit Überfällen auf Arbeiterviertel, auf Organisationen der Arbeiterklasse, auf jüdische Viertel, die sie in Form von militärischen Aufmärschen und Angriffen nach dem Vorbild der SA organisierten, die Volksmassen zu demütigen und zu unterdrücken und so die Zerschlagung der organisierten Arbeiterbewegung vorzubereiten. Die entscheidende politische und militärische Niederlage brachten 50000 Arbeiter den Schwarzhemden am 4. Oktober 1936 bei, als sie an der Cable Street in Ost-London mit Barrikaden, Steinen und Fäusten gegen das bis dahin größte Polizeiaufgebot in der Stadt einen Aufmarsch von 4000 Faschisten auseinanderjagten.

Die bürgerlichen Führer der heutigen Bewegung gegen Faschismus und Reaktion versuchen zu verhindern, daß diese siegreiche Tradition fortgesetzt wird. Die britischen Imperialisten kämpfen um die Vorherrschaft in Europa. Es ist ihnen in den letzten Jahren gelungen, die Kämpfe der Arbeiter zu zersplittern und die Löhne zu senken.

Mit Einwanderungsgesetzen und Rassenbeziehungsgesetzen, mit Arbeitsbeschaffungsprogrammen und der imperialistischen Bildungsreform haben sie große Fortschritte in der Spaltung und Verelendung der arbeitenden Massen gemacht. Das gibt einen guten Boden für das Wirken der etwa 7000 Mann starken Banden der Nationalen Front. Sie verfolgen die alte faschistische Taktik der systematischen Provokation mit Überfällen und militärischen Aufmärschen. Das schafft Raum für die planmäßige Unterdrückung des Demonstrations- und Versammlungsrechts für die Arbeiterklasse und für die polizeimäßige Verfolgung vor allem der Gruppen von jungen schwarzen und weißen Arbeitern, die sich im Kampf gegen diese Angriffe organisieren und beginnen, bewußt den britischen Imperialismus zu bekämpfen.

In Levisham in Südost-London gelang es einer Aktionseinheit im Mai 1977, den Faschisten und der sie begleitenden Polizei die erste einer Reihe von Niederlagen beizubringen. Die revisionistische KP Großbritanniens schreibt dazu, das habe der bürgerlichen Presse die Möglichkeit gegeben, „den Tag als gewaltsamen Kampf zwischen zwei Arten von ‚Extremismus' darzustellen". Die Revisionisten wollen die Arbeitermassen zu Komplizen des imperialistischen Staatsapparates machen: „Alle Bürger müssen dazu gewonnen werden, daß sie die Verfolgung (rassistischer Hetze) nach dem Rassenbeziehungsgesetz von 1976 fordern."



Buchstäblich in jedem Berufszweig sind in den letzten Wochen antifaschistische Ausschüsse entstanden. Diese Bewegung wird sich in ihren Kämpfen der jetzigen Führung entledigen müssen, um sich zu einer einheitlichen starken Bewegung gegen die imperialistische Reaktion zu entwickeln. – (Korrespondentenbericht London)

Die Sozialdemokraten und die Geschichtsfälschung

Die Hannoveraner Jungsozialisten sind derzeit über die Ehrenbürgerschaft von Adolf Hitler in der Stadt Hannover völlig entrüstet, wie den bürgerlichen Zeitungen zu entnehmen war.

Um was geht es? Adolf Hitler ist seit dem 1. April 1933 Ehrenbürger der Stadt Hannover. Die Jungsozialisten sind der Meinung, diese Ehrenbürgerschaft soll aberkannt werden. SPD-Oberbürgermeister Schmalstieg ist über dieses Vorgehen der Jusos erzürnt: „Es ist ein Skandal, die Stadt mit einem solchen Vorstoß in Mißkredit zu bringen." Die Frage ist aber, wer hier in Mißkredit gebracht wird? Auf jeden Fall die Sozialdemokraten, deshalb wollen auch die Jungsozialisten die Ehrenbürgerschaft Hitlers schnell ausradieren, als ob dadurch was geändert wird.

Als am 30. Januar Hindenburg Hitler zum Reichskanzler berief, mobilisierten die Faschisten für die späten Abendstunden zu einer Siegeskundgebung in Hannover zum Welfenplatz. 5000 Anhänger der NSDAP versammelten sich hier. SPD-Polizeipräsident Barth verbot sämtliche Aktionen gegen die Faschisten. Die Polizei schützte sogar die Demonstration der Faschisten, die sich auch auf auswärtige Kräfte stützen mußten, um diese Aktion überhaupt durchzuführen. Die Faschisten konnten ihre Aktion ungestört durchführen. Zum Schluß überfielen die Faschisten protestierende Arbeiter. Will dies die Sozialdemokratie verwischen oder die andere Variante nicht zur Sprache bringen? Genauso ist es!

Die Geschichte der Arbeiterbewegung läßt sich aber nicht auswischen, dies weiß die Arbeiterklasse und wissen auch die Arbeiter in Hannover. Und daß die sozialdemokratische Gewerkschaftsführung in Hannover gemeinsam mit den Nazis zum 1. Mai 1933 einen Maiaufruf verabschiedet hat zum „Aufbruch der Nation", ist auch geschichtliche Tat. Auch sie läßt sich nicht verwischen.

Was soll als das Manövrieren? Die Geschichte der Arbeiterbewegung und auch örtlicher Kämpfe sind kaum niedergeschrieben und historisch schwer aufzuarbeiten. Die bürgerliche Klasse will die letzten Funken dieser Geschichte ausradieren. Diesen Versuch haben aber viele durchschaut und sich der Geschichte besonnen: „In jeder revolutionären Krise treten die Reformisten und Revisionisten offen an die Seite der Bourgeoisie. Von der Predigt der Klassenzusammenarbeit und Klassenversöhnung schreiten sie fort zur direkten Hilfe für die Bourgeoisie bei der blutigen Unterdrückung der revolutionären Teile des Proletariats und des Volkes." (Programm des KBW, S. 20)

Bemühungen der belgischen Bourgeoisie, das Abtreibungsverbot erneut durchzusetzen

In wenigen Wochen wird in Brüssel gegen acht Ärzte eines Krankenhauses der Prozeß wegen Abtreibung eröffnet werden. Mitangeklagt ist die Mutter eines 15-jährigen Mädchens, das abgetrieben haben soll. Um keinen Zweifel daran zu lassen, was die Angeklagten erwartet, haben die Strafverfolgungsbehörden mit der Anklageschrift erneut auf ein Urteil aus dem Jahre 1975 verwiesen, nach dem die Abtreibung als Verbrechen behandelt und bestraft wird. Dieser anstehende Prozeß ist nur einer von vielen. Die Zeitung „Amada“ der Organisation „Alle Macht den Arbeitern“ berichtet am 8. März über Prozesse gegen 18 Ärzte und Krankenhausbeschäftigte; sie berichtet ferner (1.3.78) über den Fall eines 16-jährigen Mädchens, das wegen einer in den Niederlanden durchgeführten Abtreibung derzeit in Antwerpen im Gefängnis sitzt und damit rechnen muß, bis zum 21. Lebensjahr in einem „Erziehungsheim“ eingesperrt zu werden.

Doch zeigt gerade auch dieser bevorstehende Prozeß, daß die belgische Bourgeoisie große Schwierigkeiten hat, die Unterdrückung mit dem Verbot der Abtreibung in der von ihr gewollten Schärfe zu betreiben. Schätzungen sprechen von rund 40000 Abtreibungen jährlich (bei einer Bevölkerung von knapp 10 Millionen) und greifen eher noch zu niedrig. Die meisten der betroffenen Frauen fahren, sofern sie das Geld dazu aufbringen können, in die Niederlande. Aber auch in Belgien sind trotz der Strafverfolgung immer mehr Ärzte offen bereit, Abtreibungen durchzuführen. Das Schwert des Abtreibungsverbotes, das die Bourgeoisie bisher selbst in den Fällen geschwungen hat, in der die Austragung der Schwangerschaft Gesundheit und Leben der Frau bedrohte, drohte ihr also stumpf zu werden.

Mehr noch: es droht ihr völlig zu entgleiten. Denn wie die soziale Lage der Volksmassen den Zwang zur Abtreibung unvermeidlich hervorbringt und die Zahl der Abtreibungen mit der Verelendung steigt, so ruft die Unterdrückung durch das Abtreibungsverbot unvermeidlich heftigsten Widerstand hervor. In den letzten Jahren hat sich eine starke Bewegung gegen das Abtreibungsverbot entwickelt; allerorten sind Komitees entstanden; am 6. März demonstrierten, nach zahlreichen vorausgegangenen örtlichen Aktionen, in Gent rund 4000 Menschen aus ganz Belgien unter der Forderung: „Weg mit dem Abtreibungsparagraphen im Strafrecht!“ Der bevorstehende Prozeß findet breiten Widerhall unter den Volksmassen und die Bourgeois bereiten sich auf größten Widerstand vor.

Diese Lage läßt die Bourgeoisie nicht ruhen. Während sie vor allem in Gestalt einiger „sozialistischer“ Frauen der Belgischen Sozialistischen Partei (BSP) sich in der Bewegung an die Spitze zu setzen und ihre Stoßrichtung auf die „Liberalisierung des Abtreibungsverbotes“ zu drehen versucht, liegen dem Parlament zur baldigen Behandlung gleich zwei Gesetzentwürfe zur Änderung des Abtreibungsverbotes vor: der eine, vorgeschlagen von der BSP und der „Front der Francophonen“ (FDF), sieht die Fristenlösung, der andere die Einschränkung des Verbotes bei schwerwiegender gesundheitlicher und eventuell psychischer Gefährdung vor. Einig sind sich die belgischen Bourgeois, daß das Abtreibungsverbot, die Unterdrückung und Bespitzelung der Volksmassen grundsätzlich aufrechterhalten werden müssen. Nur *wie* am besten?

Die „Linken“ von BSP und FDF sind dafür, der Bewegung scheinbar ein Stück nachzugeben, um sie zum Nachgeben, zum Abrücken von der Forderung nach der völligen Beseitigung des Abtreibungsverbotes, zu bewegen. Sie mögen für ihre Fristenregelung ins Feld führen, daß sie der beste Weg ist, die aus der Kontrolle geratenen Abtreibungen wieder unter die Kontrolle der Staatsanwälte und Richter zu bringen. Die schwarzen Reaktionäre halten es unter dem Ruf nach „Schutz des Lebens, auch im Mutterleib“ eher mit der offenen, unverhüllten, brutalen Unterdrückung. Sie haben in der vergangenen Woche in den Senatskommissionen „Volksgesundheit“ und Justiz der Fristenlösung eine deutliche Abstimmungsabfuhr erteilt. Jetzt beratschlagen sie, um nur ja alle Spaltungsmöglichkeiten auszunutzen, über den Spielraum bei den „Indikationen“, darüber, wie durch einige Änderungen ein lückenloses Netz von Bespitzelung und Schikane über die Volksmassen gezogen werden kann. Die „linken“ bürgerlichen Parteien fürchten derweil, daß die vorzeitige parlamentarische Beerdigung der Fristenregelung und das gleichzeitige Durchziehen der bevorstehenden Prozesse der Bewegung gegen das Abtreibungsverbot neue Kräfte zuführt. Sie haben deshalb vorgeschlagen, angesichts der „ungeklärten Situation“ die Strafverfolgung auszusetzen, das heißt bis zur endgültigen Verabschiedung der Gesetzesänderung etwas unauffälliger zu betreiben. – (Korrespondentenbericht Brüssel)

Papier mit Geschmack

In der letzten Woche hat der britische Tabakkonzern Imperial Tobacco die Einstellung der Marken Embassy Premier mit NSM (Neuer Rauchstoff) und Players No. 6 mit NSM angekündigt. Beide Marken waren erst im Juli 1977 auf den Markt gebracht worden. Sie gelten als „gesünder“. Denn der Tabak ist zu 25% durch eine Holzfasersubstanz (Zellulose) ersetzt, das „New Smoking Material“ (NSM). Andere Tabakmonopole drosseln die Produktion der Zigaretten mit Tabakersatz, die sie entweder auch mit Zellulose oder Kunststoffprodukten aufgefüllt hatten.

60 Millionen DM hatte Imperial Tobacco allein für die NSM-Fabrik investiert. 16 Millionen DM haben die Tabakmonopole für die Werbung ausgegeben. Genutzt hat es nicht. Die Massen ziehen weiter den Genuß des Tabaks der angeblich so gesundheitsfördernden Zellulose vor. Das gleiche in Westdeutschland und der Schweiz, wo seit 3 Jahren ebenfalls Zigaretten mit bis zu 40% Ersatzstoff verkauft werden.

Der Anschlag auf die Reproduktion der Arbeiter war sorgfältig geplant. 1973 setzte die Regierung eine Kommission ein, die – „streng wissenschaftlich“ – nach 3 Jahren die gesünderen Auswirkungen des Ersatzes herausgefunden haben wollte. Bereits vorher hatte die Tabakindustrie für die Bourgeoisie herausgefunden, daß die Ersatzstoffe wesentlich billiger zu produzieren sind als Tabak. Und daß die Imperialisten durch diese Produkte eventuell den Tabakpreis drücken können.

Zellulose ist vor allem ein Halbprodukt in der Papierherstellung. Es handelt sich um die Ersetzung von Tabak durch Papier mit Geschmack. Die Papierschnitzel sind mit bloßem Auge zu erkennen, wenn man die Zigarette öffnet. Für die Bourgeoisie bedeutet die Durchsetzung dieses Ersatzes hervorragende Aussichten auf weitere Lohnsenkung, weil die Kosten für die Reproduktion der Arbeiter gesenkt werden. Am besten gar nicht rauchen, und wenn, dann solche „leichten“ Chemieprodukte, tönt es einhellig aus den Gesundheitsministerien. Gesund soll angeblich der leben, der Malzkaffee statt Bohnenkaffee, Magermilch statt Milch, Margarine statt Butter, Papier statt Tabak zu sich nimmt. Das einzige, was gesundet, sind die Profite der Kapitalisten. Daß sie jetzt mit dem Ersatztabak durchfallen, hat seine Ursache in der Erfahrung der Massen, daß keineswegs eine angebliche „Genußsucht“, sondern die Ausbeutung durch die Kapitalisten und die Folgen der Profitwirtschaft wie die Vergiftung der Luft verantwortlich sind für den frühen Tod des Lohnarbeiters. – (Korrespondentenbericht London)

Die Rentner müssen in der Gewerkschaft organisiert werden!

Die Politik des Verbandes der Kriegs- und Wehrdienstopfer, Behinderten und Sozialrentner nützt dem Kampf der Arbeiterbewegung nicht

Im Rahmen einer breiten „Aufklärungskampagne“ hat der *Verband der Kriegs- und Wehrdienstopfer, Behinderten und Sozialrentner* (VdK) – mit 1,2 Millionen Mitgliedern der größte „Sozialverband“ – am 24. April in Bonn eine Großkundgebung veranstaltet. Am Abend vermeldet der ZDF-Berichterstatter im Fernsehen:

„Als die Bundestagsabgeordneten Glombig, SPD, und Eimer, FDP, sprachen, wurden sie immer wieder von lautstarken Protesten unterbrochen. Tumultartige Szenen gab es bei der Rede von Bundesarbeitsminister Ehrenberg. ... (Ehrenberg:) ‚Ich muß allerdings gestehen, eine Weile hatte ich bei der Reaktion auf die Ausführungen des Kollegen Glombig und des Kollegen Eimer den Eindruck, auf einer AStA-Veranstaltung zu sein und nicht beim VdK.‘ (Großer Tumult, Pfiffe) Nach diesem Satz konnte sich der Minister minutenlang kein Gehör mehr verschaffen.“ (ZDF, 24.4., 19 Uhr)



Ehrenberg, sichtlich unbehaglich, auf der VdK-Kundgebung am 24.4. in Bonn, nach ZDF-Fernsehfilmbericht.

Was Ehrenberg auf dieser Kundgebung zuteil wurde und seine Miene sichtlich zerfließen ließ, war nicht das Verdienst des VdK-Vorstandes, sondern der unüberhörbare Protest der verrenteten Arbeiter und Angestellten gegen die Rentenpolitik der Bundesregierung. Daß sie sich im Rahmen einer VdK-Veranstaltung so nachdrücklich äußert, ist ein Problem, das zu untersuchen nützlich ist.

„Mit dem DGB einig“ ist sich der VdK in der Ablehnung der Maßnahmen des 21. Rentenanpassungsgesetzes, vor allem der Aufhebung der Bruttolohnbezogenheit der Renten. Mehr noch als der DGB fordert er die „Aktualisierung“ der Beziehung zwischen Löhnen und Renten, d.h. die Anpassung der Renten entsprechend den Löhnen. Hierin liegt auch der wesentliche Grund für die Unterstützung, die der Verband gegenwärtig von zahlreichen Rentnern erhält. Sie sind nicht nur empört über die Politik der Regierung, sie wissen auch, daß sie den Zusammenschluß gegen solche Maßnahmen brauchen. Genau das war auch die Grundlage für die Bildung des Verbandes im Jahre 1950, als er aus einer Reihe von Selbsthilfeorganisationen der Kriegsbeschädigten und ihrer Hinterbliebenen entstanden ist. Diese hatten allen Grund, sich gegen die Bourgeoisie zusammenzuschließen. Sie hatten ihre Knochen im imperialistischen Krieg für die Interessen einer Ausbeuterklasse hinhalten müssen, die die Gelder ihrer Solidarkassen in Kapital für die Kriegskasse zwangsverwandelt hatte. Schwer verwundet und damit für die Ausbeutung im kapitalistischen Produktionsprozeß „unbrauchbar“ saßen diese Arbeiter vor den Trümmern, ohne materielle Unterstützung; ihr Gespartes, falls vorhanden, war in der Währungsreform vernichtet worden. In dieser Lage konnte es der Bourgeoisie nicht gleichgültig sein, die Kriegsopferverbände sich selbst zu überlassen. Die Erfahrungen unzähliger Arbeiter und Angestellter (1950 waren es noch 4,4 Millionen Kriegsbeschädigte und deren unmittelbare Familienangehörige) im imperialistischen Krieg und anschließend während der gewaltsamen Niederschlagung des Widerstands der Arbeiterklasse gegen die Restauration des Kapitalismus waren geeignet, sie für den revolutionären Standpunkt der Arbeiterklasse zu gewinnen. Deshalb setzte die westdeutsche Bourgeoisie alles daran, die Bewegung unter bürgerlich-reaktionäre Führung zu bringen. Heute noch rühmt sich der VdK, an der Durchsetzung des *Bundesversorgungsgesetzes* 1950 maßgeblich beteiligt gewesen zu sein. Durch dieses Gesetz wurde die Kriegsopferversorgung aus der Sozialversicherung ausgekoppelt und zum direkten Bestandteil des Bundeshaushalts. Die elende Lage der Kriegsbeschädigten, ihre Isolierung von den Kämpfen der Arbeiter gab der Politik des VdK ständig neuen Nährboden.

Von Anfang an bestand diese in der Abspaltung der Kriegsrentner von der Arbeiterklasse, in der Vertretung der „besonderen“ Interessen der „Kriegsopfer“, in der Verkehrung ihrer Interessen in die der westdeutschen Monopolbourgeoisie. Die Propaganda für die „deutschen Ostgebiete“ stand jahrelang im Zentrum der chauvinistischen Kampagnen des VdK. Im Bundesversorgungsgesetz ist die Zahlung von Kriegsopferrenten an „Deutsche in den Ostgebieten“ geregelt worden und war beständig Anlaß für die Aufrechterhaltung und Wiedererweckung großmannssüchtiger Ideologie der westdeutschen Bourgeoisie. Seit 1970 ist die Anpassung der Kriegsopferrenten, die bis dahin elend gering waren, an die allgemeinen Anpassungsgesetze der Sozialrenten nach dem Prinzip der „Rentendynamisierung“ durchgesetzt. Seither hat sich auch die Zusammensetzung des VdK geändert. Es können heute nicht nur Kriegsbeschädigte, sondern Behinderte und Sozialrentner insgesamt dem VdK beitreten; für einen Mitgliedsbeitrag von 4 DM im Monat werden sie durch die Verbandszeitung „Die Fackel“ über die Politik der Regierung informiert sowie über Veranstaltungen des VdK, die in unregelmäßigen Abständen per Briefwurf angekündigt werden. Beschlußfassung in unteren Gremien gibt es nicht. Der Schwerpunkt der Tätigkeit liegt in der Arbeit von hunderten ehrenamtlichen Mitarbeitern, die auf der Ebene der Orts- und Bezirksgruppen Hilfsaktionen organisieren, kranke, alte und behinderte Mitglieder betreuen und gemeinsame Abende des „gemütlichen Beisammenseins“ veranstalten.

Der Charakter der Selbsthilfeorganisation ist unter Führung der Bourgeoisie in ein Instrument der Vernutzung unbezahlter Arbeitskraft geworden, die Isolierung und Abspaltung erschwert die Einbeziehung der Rentner in die Kämpfe der Arbeiterklasse und ermöglicht die Propagierung chauvinistischer Ideologie, die heute mehr auf die „Förderung der europäischen Einigung“ umgeschwenkt ist. Dabei stützt sich der Vorstand des VdK, hauptseitig aus den „Deutschen Ostgebieten“ stammend, auf die über 600 Partnerschaften mit anderen westeuropäischen Kriegsopferverbänden. Diese Tradition werde gepflegt, „um zu den ehemaligen Kriegsgegnern Brücken der Verständigung zu schlagen.“ Ist die imperialistische Konkurrenz die Grundlage, auf der sich die Arbeiterklasse „zusammenschließen“ soll, hat die Bourgeoisie ideologisch das Ruder in der Hand.

Die ökonomischen und politischen Interessen der westdeutschen Monopolbourgeoisie sind nicht nur in puncto Vorherrschaft in der EG beim VdK gut aufgehoben. Der Vorstandsvorsitzende Karl Weishäupl, Staatssekretär a.D., Mitglied des Bayerischen Landtags seit 1950, leitet als einer der Vorstände die Bayerische Wohnungs- und Siedlungsbau GmbH, weshalb er auch die Wohnungsbaupolitik der Bundesregierung vorbehaltlos unterstützt. Das geht, weil der VdK sich als „parteipolitisch unabhängig“ gibt, was den Vorteil hat, daß die Gemeinsamkeit der bürgerlichen Parteien in bezug auf die Vertretung der Interessen der Bourgeoisie gewahrt werden kann, es aber nach außen hin die Möglichkeit gibt, den Widerstand gegen diese Politik vor allem unter den Rentnern in die Irre zu führen. So sehen auch die „Sanierungsvorschläge“ des VdK für die Rentenversicherung aus. Weishäupl bezeichnet Ehrenbergs Pläne als „sozial unausgewogen“ und „ungerecht“, fordert die „gerechte Verteilung der Opfer auf alle Gruppen“ und hält fest:

„Es muß allen eine klare Absage erteilt werden, die meinen, mit Nullwachstum auszukommen ... Der Inlandsmarkt und der Export brauchen Auftrieb.“

Und wie dieser Auftrieb für die Kapitalisten durch Verwandlung von Lohngeldern in Kapital organisiert werden soll, weiß er auch: Über Beitragserhöhungen für die Arbeiter und Angestellten in die Rentenversicherung ab 1979 und die Erhebung eines Krankenversicherungsbeitrags für die Rentner von 2% 1979, 3% 1980 und 4% 1981 und 1982 sollen 25,6 Mrd. DM in die Kriegskasse der Bourgeoisie fließen. Eine Variante, für die sich Ehrenberg sicherlich auch erwärmen kann. Ludwig Höhnle, Vorsitzender des Landesverbandes Baden-Württemberg des VdK und Leiter des Bundesausschusses der Kriegsbeschädigten- und Hinterbliebenenfürsorge im Ehrenbergministerium, kann ihn in dieser Richtung sachverständig beraten.

Kapitalistisch orientierten Sachverstand beweist der VdK auch in der Frage der Hilfe für die Behinderten. „Der VdK hat sich vorbehaltlos hinter das Aktionsprogramm der Bundesregierung zur Förderung der Rehabilitation gestellt und sich nicht nur auf die Mitwirkung bei der Gestaltung der erforderlichen gesetzlichen Grundlagen beschränkt, sondern darüber hinaus durch die Schaffung von Rehabilitationseinrichtungen zu seiner Verwirklichung beigetragen“, erklärt Karl Weishäupl. Der VdK ist unter anderem beteiligt an der Nutzbarmachung Körperbehinderter für den Ausbeutungsprozeß im Rahmen eines Berufsförderungswerkes in Nürnberg für 450 Behinderte. „Beschützende Werkstätten“ sind die schönen Umschreibungen für solcherart „Menschlichkeit“. „Faßt man alles zusammen, was der VdK ... bei der Ausformung des sozialen Rechts und für die Festigung des inneren Friedens geleistet hat – ohne für diese Arbeit auch nur einen Pfennig aus öffentlichen Mitteln zu beanspruchen – dann kann man sicher den Schluß ziehen, daß die Kriegsopferverbände erfunden werden müßten, wenn es sie nicht schon gäbe,“ resümiert Weishäupl die Bilanz.

Und Joachim Faustmann, Chefredakteur der „Fackel“, beschwört in der Mai-Nummer, die am Kampftag der Internationalen Arbeiterklasse erschienen ist, den Heiligen Geist des Pfingstfestes für die Sanierung der Rentenversicherung:

„Von der großen geistigen Kraft, ‚die den Erdkreis erfüllt‘, ist im politischen Alltag der Menschen wenig zu vernehmen. ... Ist in der Politik unserer Tage diese Bereitschaft vollends verloren gegangen?“

Der Heilige Geist wird nicht helfen; der VdK ist offensichtlich genausowenig nützlich für die Arbeiterklasse, deren Teil die Rentner sind. Es ist schmerzlich, daß die Abspaltung der Rentner von der Arbeiterklasse nicht zuletzt auf die Rechnung der Sozialdemokraten in der Gewerkschaftsführung geht, die dazu führt, daß manch einer der elementaren Klassenorganisation den Rücken kehrt als auch daran gehindert wird, einzutreten, wenn er nicht bereits vorher Mitglied war. Falsch ist beides und das wird man auch unter den Mitgliedern des VdK erklären. Die Bedingungen, von der Gewerkschaft zu fordern, daß sie alle Rentner ohne Vorbedingungen organisiert, sind günstig; man muß die Äußerungen der Sozialdemokraten, die gegen die Rentenpolitik der Regierung anzugehen sich bereit zeigen, beim Wort nehmen. – (Z-Red.)

Strafverteidigertag 1978

Hannover. Vom 28. bis 31.4.78 trafen sich in Hamburg über 300 Rechtsanwälte zum 2. Strafverteidigertag. Eingeladen hatten die drei norddeutschen Strafverteidigervereinigungen Westberlin, Hamburg, Niedersachsen. Das sind regionale Zusammenschlüsse von Rechtsanwälten, die sich im Kampf gegen die zunehmende Reaktion, insbesondere im Bereich der Strafjustiz, gebildet haben. Sie sind Gegengründungen gegen die Zwangskörperschaften der Anwaltskammern und den traditionellen Anwaltsverein, beides Instrumente der Bourgeoisie, die Rechtsanwälte vermittels des Standesrechts in beamtenähnlichem Status zu gleichberechtigten Unterdrückungsorganen neben Richtern und Staatsanwälten zu pressen, was in § 1 Bundesrechtsanwaltsordnung bezeichnet wird als: „Der Rechtsanwalt ist ein unabhängiges Organ der Rechtspflege.“ Einigkeit bestand auf dem Strafverteidigertag in der Ablehnung der Verschärfung der Unterdrückung der Angeklagten und Anwälte durch die Strafprozeßrechtsänderungen seit 1975.

In Arbeitspapieren wurden Forderungen nach zusätzlichen Rechten der Angeklagten, ihr Interesse im Prozeß zu vertreten, erhoben, z.B. uneingeschränktes jederzeitiges Erklärungsrecht, Abschaffung besonderer Unterdrückungsmittel gegen Anwälte und Angeklagte im Prozeß durch Standes- und Ordnungsrecht, Erleichterungen der Zeugeneinführung. Forderungen nach Unterstützung bestimmter Kämpfe, z.B. gegen das Energieprogramm, gegen die Grohnde-Prozesse, konnten nicht durchgesetzt werden.

Die Anwaltschaft als Teil des staatlichen Unterdrückungsapparates ist zersetzt. Schon die Feudalen hatten ihre Probleme mit den Advokaten, sie haben sie deshalb bisweilen zwangsverbeamtet.

Dahin will auch die Bourgeoisie, wenn sie Zwangsverteidiger einsetzt, wie zunächst in den RAF-Prozessen, jetzt in den Grohnde-Prozessen. In Westberlin haben jetzt fünf Zwangsverteidiger ihre Mitwirkung aufgekündigt, ausdrücklich bei Gefahr der Belastung mit den Prozeßkosten und Standesmaßnahmen. Die Strafverteidiger haben das begrüßt und ihnen die Unterstützung zugesagt, ebenso den fortschrittlichen Rechtsanwälten, die sich in Stuttgart-Stammheim dem Hosendurchsuchungserlaß nicht unterworfen haben und jetzt mit Prozeßkostenforderungen in Höhe von zigtausend Mark bedroht werden.

„Bataillonsweise nach Afrika“

Hannover. Am 10.5. soll im niedersächsischen Landtag das niedersächsische Hochschulgesetz verabschiedet werden. Die Konferenz niedersächsischer Studentenschaften (KNS) hat dagegen zum 10.5. zur landesweiten Demonstration in Hannover aufgerufen. Der AStA der Fachhochschule für Elektrotechnik und Maschinenbau hat Aktionstage vom 8. bis 10.5. beschlossen, an denen jeweils vormittags eine Vollversammlung und dann Stände in der Stadt durchgeführt werden sollen. Auf den Antrag des AStA der Fachhochschule auf Vorführung eines Films am Dienstagmorgen hat Rektor Graupner sinngemäß geantwortet: „... Aber bitte kein Film über den Befreiungskampf in Zimbabwe. Es muß etwas sein, was im Zusammenhang mit der Hochschule steht.“ Mit der Zerschlagung der ASten und der Koalitionen der Studenten und dem Verbot des politischen Mandats durch das niedersächsische Hochschulgesetz (NHG) geht es der Bourgeoisie darum, die Studentenmassen auf das imperialistische Expansionsprogramm abzurichten.

In der Fragestunde des niedersächsischen Landtags vom 15.2.78 stellen die Abgeordneten Mahrenholz und Wernstedt fest, daß sich der zuständige Staatssekretär angesichts der von der Landesregierung geplanten Überfüllung der niedersächsischen Hochschulen mit 120000 Studenten bis 1985 zu den „Berufschancen für Hochschulabsolventen in Entwicklungsländern“ wie folgt äußerte: „Wir können unsere jungen Akademiker bataillonsweise nach Afrika schicken, aber sie wollen nicht hin.“ Frage der SPD-Abgeordneten: „Welche beruflichen Chancen haben junge Akademiker in welchen Ländern Afrikas, und in welchen akademischen Berufen ist eine ‚bataillonsweise‘ Verwendung möglich?“ Antwort: Berufliche Chancen hätten junge Akademiker praktisch in allen Entwicklungsländern und damit natürlich auch überall in Afrika. Voraussetzung sei selbstverständlich die Bereitschaft des einzelnen. (TU-Intern, 4/78)

Ärztekammer fordert Verlängerung des Praktischen Jahrs

Münster. Die Ärztekammer Westfalen-Lippe ist um die medizinische Ausbildung besorgt, denn „angesichts der ständig wachsenden Zahl der Medizinstudenten“ gebe es „eine zunehmende Qualitätsverschlechterung der ärztlichen Aus- und Weiterbildung ... Verschärft wird die Situation nach Meinung der Ärztekammer dadurch, daß sich nach der derzeitigen Rechtslage ein Arzt bereits unmittelbar nach Abschluß der universitären Ausbildung ohne Weiterbildung in eigener Praxis niederlassen kann.“ Die Ärztekammer fordert eine Ausdehnung des Praktischen Jahrs auf 15 Monate und die Streichung der schriftlichen Prüfung nach dem dritten Studienabschnitt zugunsten einer erweiterten mündlichen Prüfung, d.h. mehr Arbeit ohne Bezahlung und verschärfte Abhängigkeit von den Professoren, die nach dem dritten Abschnitt prüfen.

Studenten kämpfen gegen Prüfungsverschärfungen

Göttingen. 1. 24.2.78: Verabschiedung einer neuen Diplomprüfungsordnung (DPO) am Fachbereich Mathematik. Mehrfach werden Fachbereichsratssitzungen vorher gesprengt. Inhalt der DPO ist die Abschottung des Studiums nach oben: „Das Studium ist so zu gestalten, daß es in 8 Semestern abgeschlossen werden kann“, und eine Begrenzung der Diplomarbeit auf sechs Monate. Gerade 6,9% von den Mathematikstudenten, die sich zum Diplom melden, schließen gegenwärtig ihr Studium innerhalb von neun Semestern ab. Am Fachbereich Physik sind gegenwärtig 25,1% der Diplomstudenten im 12. oder höheren Semester. Im Wintersemester 77/78 sind 28% im Vordiplom durchgefallen, was den Höchststand seit Anfang 1975 bedeutet (damals 14%).

2. 20.2.78: Unter Polizeischutz wird die neue Diplomprüfungsordnung Landwirtschaft verabschiedet. Mit der neuen DPO wird das ganze Prüfungswesen an der Fakultät durchrationalisiert, um zu gewährleisten, daß die „Überlast“ herausselektiert werden kann. (Vereinheitlichung der Prüfungen und Senkung des Notendurchschnitts).

3. Verschärfung der Prüfungen im Pädagogik-Staatsexamen November/Dezember 1977 (im Streik!). Wegen Angriff in der mündlichen Prüfung auf die „Leistungsdifferenzierung in der Orientierungsstufe“ und auf das Berufsgrundbildungsjahr gab Professor Hillebrecht drei Studenten hintereinander eine Fünf. „Ohne Auslese kann ich mir überhaupt nichts vorstellen.“ (Hillebrecht)

Praktikanten sollten auf das Grundgesetz verpflichtet werden

Frankfurt. Für die Studenten an der Fachhochschule im Studienfach Sozialarbeit wird es immer schwerer, geeignete Stellen für die insgesamt viermonatige Praktikantenzeit zu bekommen. So nehmen in diesem Semester 15 Studenten an dem Projekt „Ferienfreizeitbetreuung“ vom Kreisjugendamt Wetteraukreis teil. Von diesen Studenten wurde jetzt erstmalig die Verpflichtung auf die „freiheitlich-demokratische Grundordnung“ verlangt. Das haben die 15 Studenten einstimmig abgelehnt. Auch die weiteren freien Mitarbeiter des Jugendamts haben die Erklärung bis auf drei nicht abgegeben. Das Jugendamt versucht jetzt neue Betreuer anzuwerben.

Nach der Zerschlagung der Verfaßten Studentenschaften: Unerträgliche Seminarunterdrückung und Willkür der Professoren

Die Studentenbewegung muß sich erneut sammeln und neue Kräfte herausbilden

Der Streik der Studentenbewegung im letzten Wintersemester gegen die Angriffe auf das BAFöG und für das Koalitionsrecht hatte sein Ziel nicht erreicht und nicht einmal einen Teilerfolg gegen den bürgerlichen Staat erkämpfen können. So erscheinen auf den ersten Blick die Kämpfe der Studenten in Westdeutschland und Westberlin nur in ihrer Zersplitterung und somit als direktes Ergebnis dieses Streiks als Rückzugsgefechte. Zersplitterung ist schon vorhanden, aber tatsächlich entwickeln sich gegenwärtig im ganzen Land in den Seminaren scharfe Auseinandersetzungen mit den Professoren und Vertretern des bürgerlichen Staates gegen politische Unterdrückung, Prüfungsordnungen, Entrechtung. Das Entscheidende ist, daß sich diese Kämpfe *überall*, in jeder Universität und jedem Fachbereich entwickeln. Durch die Vielzahl der einzelnen Auseinandersetzungen werden die Startlöcher gegraben für die erneute Sammlung der Studentenbewegung und der Herausbildung neuer Kräfte gegen den bürgerlichen Staat.

Die Bedeutung dieser Seminarauseinandersetzungen wird gegenwärtig oftmals als gering eingeschätzt. Sie sind jedoch nicht einfach nur Nachhutsgefechte eines darniedergegangenen Streiks, sondern kündigen kommende Kämpfe an. Daß diese Auseinandersetzungen tatsächlich überall stattfinden, ist direktes Ergebnis der Absichten des bürgerlichen Staates, der Studentenbewegung durch Steigerung der politischen Unterdrückung jetzt den „entscheidenden Schlag“ zu versetzen, um für Jahre an den Hochschulen „Ruhe“ zu schaffen für die Heranziehung von willigen Beamten für die Dienste beim imperialistischen Kapital und bei den Kriegsvorbereitungen des westdeutschen Imperialismus.

Die Bedingungen dafür, daß sie ihre Absichten jetzt durchsetzen kann, sieht die herrschende Klasse in der Tatsache, daß sie in den letzten Jahren verschiedene Maßnahmen an den Hochschulen hat einleiten und durchführen können, die die politische Unterdrückung der Studentenmassen und die materielle Abhängigkeit der Studentenmassen noch erhöht haben.

Aktuell sehen die Bourgeoisstrategen die Lage als günstig an, weil der Streik im letzten Wintersemester nicht wenigstens zu einem Teilerfolg der Studenten gegenüber dem bürgerlichen Staat geführt hat, das BAFöG für immer mehr Studenten immer *weniger* wird, und die Arbeitslosigkeit zu einem drückenden Problem für die Studentenbewegung geworden ist, welches Spaltung und Konkurrenz unter den Studenten schürt und dem bürgerlichen Staat verschiedene Instrumente in die Hand gibt, seine Absichten zu verwirklichen. Ein weiterer Grund für die Steigerung der politischen Unterdrückung durch den bürgerlichen Staat liegt in der Tatsache der Spaltung der Studentenbewegung durch Reformismus und Revisionismus sowie opportunistische Strömungen und in der Schwäche der Revolutionäre. Die Maßnahmen der Bourgeoisie, die sie jetzt als Ausgangsbedingungen nimmt, lassen sich in drei Punkten zusammenfassen:

a) Sie hat Gesetze geschaffen, um die politische Betätigung an den Hochschulen durch die Studentenmassen niederzuhalten. Der Unterschied zur Lage in einem Betrieb ist in dieser Beziehung mittlerweile schon sehr gering. Im Betrieb heißt es „Störung des Betriebsfriedens“, wenn sich die Arbeiter zusammenschließen, an der Hochschule heißt es „Störung der Aufgaben der Hochschule“. Eine wesentliche Grundlage für diese Entwicklung war die Beseitigung der Verfaßten Studentenschaft in den letzten Jahren in den einzelnen Bundesländern, die der Studentenbewegung zum Teil schon frühzeitig ein wichtiges Mittel zur Organisierung ihrer Kämpfe aus der Hand geschlagen hat. (Vergleiche dazu: Materialien zur VDS-Mitgliederversammlung, 22.2.1978)

b) Parallel zu dieser Entwicklung wurde im öffentlichen Dienst, so auch im Lehrkörper und unter den Arbeitern und Angestellten der Universität die kapitalistische Rationalisierung betrieben. Die Professoren hat das erheblich gestärkt. Sie haben jetzt in den verschiedenen Vertretungsgremien durch ihre Mehrheit eine stärkere Position der Dienstaufsicht. Zum Beispiel bedeutet die Rationalisierung für die Angestellten, abgesehen von der Verringerung ihrer Planstellen, den Entzug des Prüfungsrechts. An immer mehr Instituten haben bloß noch die Professoren Prüfungskompetenz, womit die Lehrbeauftragten und Tutoren direkt unter die Fuchtel der entsprechenden Lehrherren genommen wurden.

c) Der bürgerliche Staat hat in den letzten Jahren die „Reorganisation der Ausbildung“ mit Hilfe der Studien- und Prüfungsordnungen durchgeführt, deren Zuspitzung jetzt die Einführung der Regelstudienzeit ist. Dieses Regelstudium, verbunden mit Prüfungen und Klausuren zur Aussiebung, ist ein besonders übles Instrument der Bourgeoisie, die Studentenmassen zu spalten und ihre Kampfkraft zu brechen.

Den Absichten der herrschenden Klasse, daß „nur die Besten den Abschluß schaffen“ sollen, entspricht die Einführung dieses Regelstudiums. Es dient der Bourgeoisie dazu, einen Kadernachwuchs heranzuziehen, der Expansion und Kriegsvorbereitung als williger Beamtenapparat auch trägt.

Durchgesetzt hat die Bourgeoisie diese Maßnahmen gegen den heftigen Widerstand der Studentenbewegung, die über verschiedene Jahre hinweg, z.B. bei der Einführung neuer Studien- und Prüfungsbedingungen Anfang der siebziger Jahre, zunächst das Schlimmste verhindert hat, dann aber die Kraft aufgrund von Spaltung nicht hinreichte, die Maßnahmen der herrschenden Klasse zu zerschlagen.

So versucht die Bourgeoisie gegenwärtig, gegenüber der Studentenbewegung durch die Verschärfung der politischen Unterdrückung – in einer Lage, wo die Studenten einen Streik verloren haben und die VDS-Mitgliederversammlung in bezug auf die Zusammenfassung der Erfahrungen dieses Kampfes ergebnislos verlaufen ist und die Studenten zu einem Rückzug gezwungen waren – die Initiative in der Hand zu behalten und der Studentenbewegung einen Schlag zu versetzen.

In Baden-Württemberg zeigt sich das exemplarisch. Die Novelle zum Hochschulgesetz war bereits im Sommer in parlamentarischen Verhandlungen. Im Wintersemester wurde der Streik von seiten der Studentenbewegung zwar noch angekündigt, aber bereits in einer solchen Form, daß eine Durchsetzung der Forderungen der Studenten nur schwer zu erwarten war. Entsprechend hat die Landesregierung Baden-Württemberg sofort im Oktober ein Gesetz hinterhergeschoben, in der die Rückverlegung des Datums, zu dem die Regelstudienzeit wirksam sein sollte, beschlossen werden sollte. Tatsächlich war die Bewegung an den Hochschulen Baden-Württembergs dann auch nicht in der Lage, dieses durch den Streik zu verhindern, sondern sie war derart gespalten, daß der Vorstoß der Landesregierung auf der gesetzlichen Ebene gegenüber der Studentenbewegung gelang.

In dieser Lage verkriechen sich die Opportunisten verschiedenster Schattierungen des Reformismus und Revisionismus in die Ecken. „Semester der Diskussion“ heißt es da bei den einen, „demokratische Gegenhochschule“ bei den anderen.

Die Lage in den einzelnen Seminaren an den Hochschulen ist aber keineswegs so, als ob der Versuch der Bourgeoisie, der Studentenbewegung jetzt einen endgültigen Schlag zu versetzen, gelingen würde. Die Studentenbewegung hat die Möglichkeit, sich erneut zu sammeln und neue Kräfte im Kampf gegen den bürgerlichen Staat und die Reaktion herauszubilden. Die Auseinandersetzungen in den einzelnen Seminaren sind ausgesprochen scharf, und es gibt -zig Zusammenschlüsse einzelner Seminare gegen Professoren, gegen die reaktionären Prüfungs- und Studienordnungen, gegen Zwangsklausuren und Noten.

Die Ursachen dafür liegen in den Wirkungen der kapitalistischen Überproduktionskrise auf die Hochschulen, die dort zu einer Krisis der bürgerlichen Ideologie führt. Die leeren Hoffnungen der Politiker des Finanzkapitals auf „sich selbst tragenden Aufschwung“ und dergleichen ist die eine Seite, die andere Seite ist die, daß die Lehrinhalte laufend in Widerspruch zur Wirklichkeit geraten und somit Metaphysik und Idealismus für die Studentenmassen immer offensichtlicher werden. Das fordert heraus zum Angriff auf die bürgerliche Wissenschaft, und dies ist eine der Ursachen, warum es zu scharfen Seminarauseinandersetzungen kommen muß und kommt.

Eine weitere Ursache liegt in dem Versuch des bürgerlichen Staates, diese Auseinandersetzungen durch politische Unterdrückung, durch Zwangsrelegationen, durch Festlegungen von Seminaren auf die freiheitlich demokratische Grundordnung zu zerschlagen. Dies führt zu Gegenmaßnahmen in den einzelnen Fachschaften und erklärt, daß diese Kämpfe überall stattfinden. Hinzu kommt die Liquidierung der Studentenkörperschaften an den einzelnen Hochschulen und die Versuche, auch die Fachschaftsvertretungen in den Griff zu bekommen.

Man muß festhalten: Keineswegs handelt es sich bei diesen Auseinandersetzungen bloß um Abwehrgefechte, die sich aus der Tatsache des verlorenen Streiks notwendig ergeben, um das Schlimmste zu verhindern. Sie enthalten ebenso bereits die Seite des Angriffs, der Ankündigung neuer Kämpfe der Studentenbewegung.

Sie sind zersplittert, das ist richtig, aber in diesen Kämpfen stellt sich die Frage der politischen Führung, und man darf die Tatsache der Zersplitterung nicht zum Anlaß nehmen, die Auseinandersetzungen in den Lehrveranstaltungen zu unterschätzen in der Bedeutung für die Sammlung der Studentenbewegung und der Herausbildung neuer Kräfte.

Die verschiedenen Auseinandersetzungen werfen notwendig die Forderungen nach dem Koalitionsrecht der Studentenschaften auf, der Kampf gegen die politische Unterdrückung durch den bürgerlichen Staat führt zur Festigung der Forderung nach Einspruchsrechten. Die Aufgabe ist, die Organisierung und Führung dieser Kämpfe sicherzustellen. Damit muß man anfangen, anstatt auf die Zersplitterung zu starren, damit sich in den Seminaren nicht die Professoren und die Vertreter der Hochschulen durchsetzen, sondern die Studenten. Wichtig ist die Unterrichtung der Studentenmassen über die Vielzahl dieser Kämpfe, die *überall* stattfinden, und über ihre Forderungen. Auf der Linie des Koalitionsrechts bilden sich gegenwärtig schon Forderungen heraus, die man diskutieren muß, wie zum Beispiel die Forderung nach „Abschaffung der Klausuren“, die „Festlegung der Literatur in den Prüfungen auf drei in allen Lehrveranstaltungen behandelte Titel je nach Sachgebiet“.

Der Zusammenschluß gegen den bürgerlichen Staat in den Seminaren und Fachbereichen ist ein entscheidendes Kettenglied im Kampf gegen den bürgerlichen Staat und seinem Versuch, der Studentenbewegung einen entscheidenden Schlag zu versetzen.

Der Streit mit Sozialdemokraten in einer halbleeren Fachschaftssitzung ist manchmal weniger nutzbringend, als die Aufmerksamkeit ganz auf die Unterstützung der Kämpfe am jeweiligen Institut zu richten. Das ist schon ein wichtiger Schritt im Kampf gegen den Einfluß der Reformisten und Revisionisten, die angesichts der Versuche der Bourgeoisie, die Studentenbewegung zu zerschlagen, die Unterwerfung unter die Bourgeoisie propagieren. – (Z-Red.)

Mit dem Studentenwerksgesetz verschärft der Senat den Druck auf die Studenten

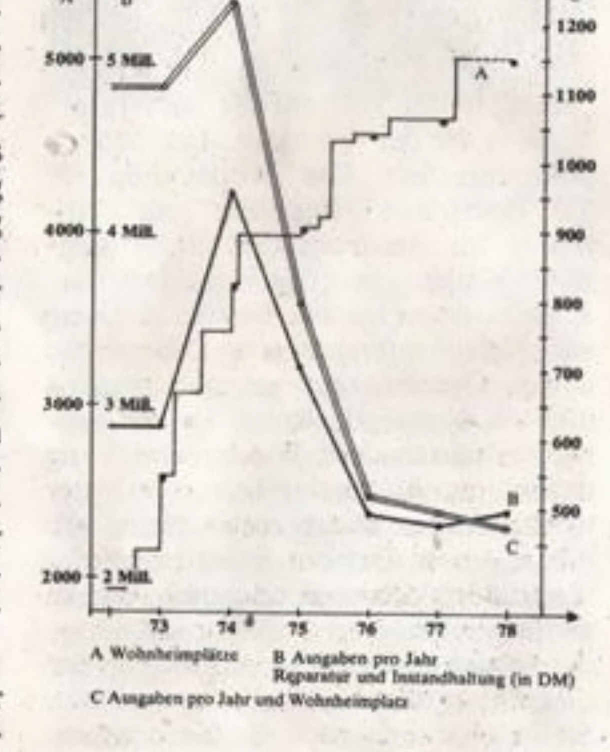
Im Zusammenhang mit der 2. und 3. Lesung des BAFöG-Gesetzes im Juni 1971 wurde die Bundesregierung ermächtigt, bei den Ländern darauf hinzuwirken, die örtlichen Studentenwerke in die Rechtsform öffentlich rechtlicher Anstalten zu überführen, also vollständige Verfügung über die BAFöG-Auszahlungen sowie sämtliche Angelegenheiten der Mensen, Wohnheime und Kindertagesstätten zu erwirken.

Voraussetzung zur Durchsetzung dieser Maßnahme war das vollständige Verbot von Koalitionsrechten der Studenten. So war es dem Senat in Westberlin gelungen, an allen Hochschulen und Fachhochschulen mit Ausnahme der PH die ASten zu zerschlagen. Im Gesetz über die Universitäten des Landes Berlin wurden die Studentenschaften auf die Kooperation mit den imperialistischen Hochschulen verpflichtet. Aufgaben und Rechtsstellung des Studentenwerks wurde per Gesetz geregelt. Bis dahin wurde das per „Rahmenordnung“ gemacht, und die Selbstverwaltungen verfügten über das Recht auf Einspruch in alle Belange in der jeweiligen Einrichtung. Das wurde drastisch eingeschränkt.

Deutlich werden die Absichten der Reaktion, wenn man die Rahmenordnung für die Wohnheime von 1970 und die „Wohnheimplatzvergaberichtlinien“ von 1976 miteinander vergleicht. So bedurften nach der Rahmenordnung die Verträge zwischen dem Studentenwerk und den einzelnen Studenten der Zustimmung der studentischen Selbstverwaltung. Abschluß des Mietvertrages und seine Kündigung erfolgten ausschließlich auf Vorschlag der studentischen Vertretung. Ebenfalls wurden die Tutoren von der Selbstverwaltung gewählt und das Studentwerk verpflichtete sich, ihre Ernennung gegenüber dem Berliner Senat zu vertreten. Nach den Richtlinien 1976 ist der Student und die studentische Selbstverwaltung bei Kündigungen zu hören. Bei Widerspruch der studentischen Selbstverwaltung entscheidet der Vorstand des Studentenwerkes.

Das Recht der Studenten, daß der Kostenaufwand für die Selbstverwaltung zu etwa 80% vom Staat bezahlt wurde, wurde ebenfalls aberkannt. Aus dem Finanzbericht eines der größten Wohnheime, dem Siegmundshof, geht hervor, daß für den Berichtszeitraum vom Septemer 1973 bis April 1974 immerhin noch beinahe 27000 DM vom Senat hingelegt werden mußten.

Das neue Studentenwerksgesetz schlug schnell auf die Reproduktion der Studenten durch. In den Haushalten des mit dem Studentenwerksgesetzes neugegründeten „Studentenwerk Berlin“ taucht die Verrottung der Wohnheime als Halbierung der Ausgaben für Instandhaltung und Reparaturen auf (siehe Schaubild). Pro Wohnheimplatz berechnet sinken diese Ausgaben von 1235 DM 1974 auf 474 DM 1978. Als hygienisch einwandfrei sieht dann das Studentenwerk selbst im September 1977 nur noch die Appartementwohnungen an. Der Rest ist für „robustere Naturen“. – (KHG Westberlin)



Besatzersiedlungen – Horte der imperialistischen Söldnertruppe

Die Besatzersoldaten und ihre Familien sind zumeist innerhalb der Kasernenanlagen oder in besonderen Siedlungen untergebracht, möglichst abgeschirmt von den westdeutschen Arbeitern und Volksmassen. „Das englische Lager gleicht einer kleinen englischen Stadt, die ebensogut in Gibraltar, Hongkong, Singapur oder Schottland liegen könnte", schreibt W. Wolter in einem Buch über das englische Lager in Munster.

Häufige Schlägereien zwischen Angehörigen der britischen Besatzungstruppen sowie Lehrlingen, Jugendlichen und Wehrpflichtigen sind in den Garnisonsstädten an der Tagesordnung. In Bremerhaven kommt es zwischen Lehrlingen aus dem Lehrlingswohnheim und den in direkter Nachbarschaft liegenden Besatzertruppen regelmäßig zu Schlägereien. In den englischen „Lagern" steht der Alkoholkonsum hoch im Kurs, begünstigt durch zollfreie Ware, die Wohnungen für die Familien werden spottbillig umd mit vollständiger, standardisierter Einrichtung bereitgestellt, um die Soldaten zu locken, sich hier länger niederzulassen. Dennoch, und das sind die jahrzehntelangen Erfahrungen der britischen Imperialisten in der Unterdrückung anderer Völker, werden die Soldaten zum großen Teil ca. alle vier Jahre ausgewechselt. Gleich nach dem Krieg war es sogar so, daß die „Fraternisierung" (außerdienstliche Gespräche) zwischen Soldaten und einheimischer Bevölkerung mit scharfer Bestrafung geahndet wurde.

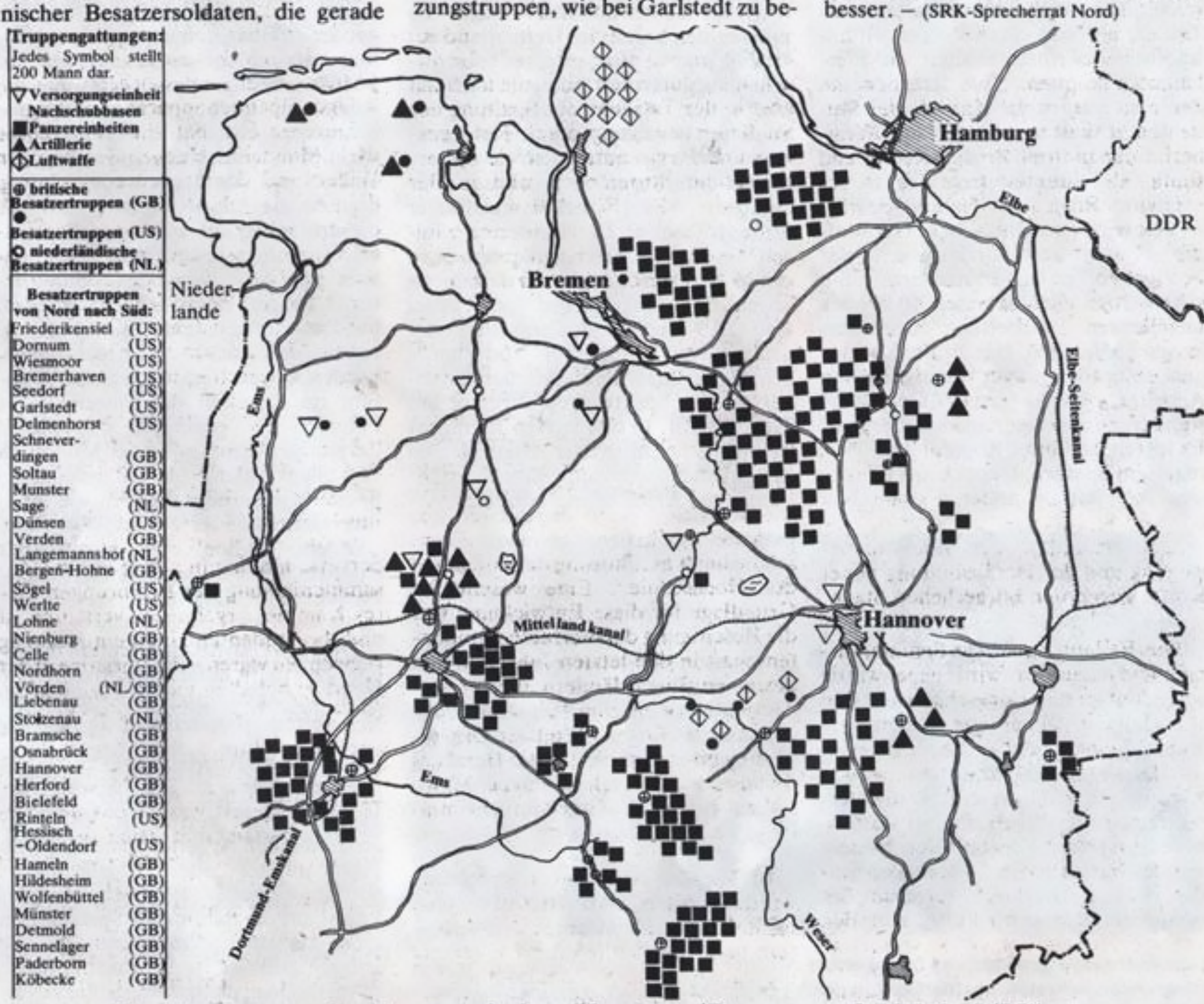
In der Zeitschrift „Heer" 2/1975 heißt es in einem Bericht über die Schwierigkeiten zwischen den Besatzertruppen und den „Deutschen": „... Viele Soldaten verlassen in der Freizeit ihre Kaserne nicht mehr ... Aus der Sicht eines Sergeants, der Garnisonen in Japan, Vietnam und England kennenlernte: ‚Wir leben in Klein-Amerika. Da gibt es abgesehen von der Landschaft kaum einen Unterschied zu einer Garnison in den Vereinigten Staaten.' ... Im Gespräch mit Angehörigen der US-Streitkräfte ist die Frage zu hören, ob denn die deutsche Bevölkerung ihre Anwesenheit überhaupt wünsche."

Der Artikelschreiber weiß gleich im nächsten Satz die Antwort: „Die große Mehrheit in der deutschen Bevölkerung ist sich der Notwendigkeit der gemeinsamen Verteidigung bewußt und begrüßt die Anwesenheit ameri-

gemeinsamen Verteidigung bewußt und begrüßt die Anwesenheit ameri-

kanischer Soldaten in der Bundesrepublik." Wie stark in Wirklichkeit die Besatzertruppen verhaßt sind, und nicht nur bei den Bauern in der Nähe von Truppenübungsplätzen und Standorten der Besatzertruppen, zeigt die Wirkung auf die Besatzer und ihre Familien selbst. In einem Bericht des „Stern" vom 28.5.75 „Was sollen wir noch hier?" über die Frauen amerikanischer Besatzersoldaten, die gerade ihren „Job" verloren hatten: „... und nun sitzen alle Ladys ... mit Geldsorgen zu Hause und langweilen sich und maulen. Sie haben Ansbach satt, Deutschland auch, ganz Europa haben sie satt, sie wollen heim."

Selbst die westdeutschen Imperialisten müssen einiges zugestehen, um die „Notwendigkeit" weiterer Besatzungstruppen, wie bei Garlstedt zu begründen: „Die amerikanischen Familien kommen nicht freiwillig, sie würden sicher lieber in ihrer Heimat bleiben. Ihre Ernährer werden vielmehr auf Befehl nach Übersee versetzt", und empfehlen schließlich, „je enger räumlich und bewußtseinsmäßig die Wohnungen und damit der eigentliche Lebensmittelpunkt der Familien mit der Kaserne verbunden sind", desto besser. – (SRK-Sprecherrat Nord)



Besatzertruppen im Raum zwischen Hamburg/Bremen und Bielefeld/Münster

Von der Gesamtstärke der ca. 378000 Mann imperialistischer Besatzungstruppen in Westdeutschland (220000 US-, 56000 britische, 60000 französische, 30000 belgische, 4000 kanadische, 8000 niederländische) liegen in diesem Raum ca. 54000. Hinzu kommen noch ständig in diesem Raum befindliche Truppen der Kanadier, Belgier und weiterer Niederländer, die sich v.a. auf den Truppenübungsplätzen Bergen-Hohne und um Munster bewegen. Hauptsächlich Truppen der alten und in der Unterdrückung fremder Völker erfahrenen Kolonialmacht Großbritannien.

Konzentriert zwischen den Industriezonen Hamburg/Elbe/Bremen/Hannover sowie um Hannover, Osnabrück, Münster soll die Unterdrückung der dort zusammengeballten Industriearbeiterschaft sowie der Aufmarsch gegen die sozialimperialistische Supermacht Sowjetunion gesichert und vorbereitet werden.

Für den erfolgreichen Verlauf der proletarischen Revolution in Westdeutschland ist der Kampf für den Abzug aller fremden Truppen aus Westdeutschland, den Austritt aus der NATO und den Abschluß eines Friedensvertrages mit den Siegermächten des zweiten Weltkriegs unabdingbar.

Für den erfolgreichen Verlauf der proletarischen Revolution in Westdeutschland ist der Kampf für den Abzug aller fremden Truppen aus Westdeutschland, den Austritt aus der NATO und den Abschluß eines Friedensvertrages mit den Siegermächten des zweiten Weltkriegs unabdingbar.

Brückenkopf für Aggression im Libanon

Kaiserslautern. Soldaten des in Kaiserslautern stationierten französischen 5. Kürassierregiments berichten, in der Kaserne gehe um, daß Teile des Regiments als „UNO-Friedenstruppe" in den Libanon verlegt werden sollen. Es sei an die Offiziere und Unteroffiziere die Anweisung ergangen, die Vorschriften für den Seetransport von Truppen genau zu studieren. Einzelne Offiziere sind bereits in den Libanon versetzt worden.

Französische Besatzer rebellieren gegen elende Bedingungen beim Heimtransport

Kaiserslautern. Der Sonderzug, mit dem die in der Pfalz stationierten französischen Soldaten am 28.4. zum Mai-Wochenende nach Frankreich transportiert wurden, war total überfüllt. Als sich herausstellte, daß der Zug auch noch 4 Stunden Verspätung haben würde, zerstörten die Soldaten zwei Eisenbahnwagen vollständig. In Paris wurden sie von Polizei empfangen, die aber nicht einzugreifen wagte, da die Wut der Soldaten zum Kochen gekommen war, weil sie die Anschlußzüge in ihre Heimatorte nicht mehr erreichten. Die französischen Soldatenkomitees fordern Stationierung in der Nähe des Heimatortes, keinesfalls aber außerhalb der Grenzen Frankreichs.

Urteil gegen das SRK Munster: hohe Geldstrafen

Nach zehn Verhandlungstagen verhängte die Staatsschutzkammer beim Landgericht Lüneburg am 5.5.1978 wegen Wehrkraftzersetzung gegen die fünf angeklagten Genossen und ehemaligen Soldaten wegen verantwortlicher Tätigkeit im SRK Munster von April 1976 bis Januar 1977, insbesondere Herausgabe der Zeitung „Der Funke", folgende Geldstrafen: dreimal 150 Tagessätze, zweimal 90, insgesamt 18030 DM. Der Staatsanwalt hatte fünfmal neun Monate Gefängnis auf Bewährung und insgesamt 3600 DM Geldbußen gefordert – beide Male dazu Tausende Gerichtskosten. Verurteilt wurde ohne rechtlich klare Beweise. Die Soldaten-Zeugen hatten dicht gehalten – wohl nicht wegen Gedächtnisschwund, sondern aus Sympathie, gestand das Gericht zu. Verurteilt wurde ausdrücklich schon deshalb, weil die Genossen im Prozeß politisch die Ziele des SRK vertreten hatten und weil an dem ganzen zwielichtig beschlagnahmten Material was dran sein müsse.

Das Urteil ist Ergebnis des Klassenkampfes, der um den Prozeß geführt worden ist.

Das Urteil ist nicht rechtskräftig. Zwei weitere Verfahren stehen in Lüneburg an, die Bourgeoisie will schwere Gefängnisstrafen durchsetzen. Der Zusammenschluß von Arbeitern und Soldaten kann das verhindern.

Neun Monate Haft wegen Wehrkraftzersetzung

Neun Monate Haft wegen Wehrkraftzersetzung

Holstein/Flensburg. Zu neun Monaten Haft ohne Bewährung hat die Staatsschutzkammer des Landgerichtes Flensburg den presserechtlich Verantwortlichen der „Volksmiliz, Zeitung des SRK-Holstein", R. Loetzer, am Dienstag der letzten Woche verurteilt. Das Urteil erging wegen Wehrkraftzersetzung, Verunglimpfung der BRD und Beleidigung der GSG 9-Truppe (Strafantrag hatte hier Maihofer gestellt als Dienstherr der GSG 9). Einziges Beweismittel der Anklage: Vier „Volksmiliz"-Ausgaben, in denen der Name von R. Loetzer im Impressum auftauchte. Sämtliche Beweisanträge der Verteidigung, die die Richtigkeit der Aussagen in der „Volksmiliz" beweisen sollten, wurden von Staatsanwaltschaft und Gericht als „unerheblich" abgelehnt. Noch am Nachmittag nach der Urteilsverkündung führten die SRKs Holstein und Flensburg-Westküste mit Unterstützung des KBW in der Flensburger Innenstadt eine Kundgebung durch, die auf breite Unterstützung stieß (24 KVZ wurden verkauft).

150 Arbeiter für Teilnahme von Soldaten in Uniform am 1. Mai

Bremen. „Resolution. Wir, die Unterzeichnenden, protestieren aufs schärfste dagegen, daß es erneut verboten wurde, daß Soldaten der Lützow-Kaserne (Schwanewede) in Uniform an der 1. Mai-Demonstration teilnehmen.

Wir halten es im Gegenteil für vollkommen richtig, wenn die Kollegen, die der Staat für zig Monate in den Soldatenrock gesteckt hat, gemeinsam an unserer Seite – an einem für die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung so bedeutsamen Tag – marschieren.

Insbesondere aufgrund der z.T. blutigen Erfahrungen der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung mit den bewaffneten Organen der Staatsmacht halten wir es für gefährlich, wenn Teile des Volkes hinter dicken Kasernenmauern abgespalten, rechtlos gehalten werden und z.B. statt ihres alten Lohns lediglich einen kümmerlichen (Hunger-) Sold bekommen.

Am 1. Mai gehören Arbeiter, Angestellte, Soldaten, alle Teile des Volkes gemeinsam auf die Straße im Kampf für ihre gerechten Forderungen!

Wir fordern gegenüber den entsprechenden Offizieren: Keine Disziplinierung gegenüber Soldaten in Uniform am 1. Mai! Gewerkschaftliche und politische Freiheiten in der Armee, Zivil- und öffentlichen Dienst!

(unterzeichnet am 1. Mai in Bremen-Nord von 150 Kollegen)

Die US-Imperialisten verstärken ihre Truppen im Ausland

Drei Jahre nach dem Abzug der geschlagenen Kohorten des US-Imperialismus aus Kampuchea, Vietnam und Laos hat die Carter-Administration damit begonnen, die als Besatzer auf fremdem Territorium stehenden oder im Flottenverband vor den Küsten fremder Länder kreuzenden Truppen massiv zu verstärken. Im Jahr 1977 betrugen diese Verstärkungen 27000 Mann. Damit befindet sich ein knappes Viertel, 490000 von etwa 2 Millionen, der gesamten Streitkräfte der USA im Ausland oder auf See.

	Gesamt-Zahl 1977	Zu- bzw. Abnahme 1977
Europa		
BRD	224300	15800
Großbritannien	20100	–200
Italien	11400	–200
Spanien	9200	0
Türkei	4700	300
Griechenland	3600	300
Island	2900	–200
Belgien	2000	0
Niederlande	2200	200
Portugal	1400	0
Andere	1000	0
6. Flotte	30900	1900
	313700	
Pazifik u. Ferner Osten		
Japan u. Okinawa	48000	2700
Südkorea	40500	100
Philippinen	16000	1400
Guam	8700	–900
Taiwan	1000	–1200
Midways	800	0
Australien	700	0
Andere	300	0
7. Flotte	27500	8600
	143500	
Lateinamerika		
Panama-Kanal-Zone	9300	200
Puerto Rico	3800	–400
Guantanamo (Cuba)	2800	300
	15900	
Andere Gebiete		
Bermudas	1300	–100
Diego Garcia	1100	0
Iran	1000	–100
Marokko	800	–100
Kanada	700	–100
Andere	2500	–400
Andere Seestreitkräfte	9500	–900

Quelle: US News and World Report

Die Aufstellung zeigt, daß die Hälfte aller US-Besatzungstruppen in der BRD stationiert ist. Das zweitgrößte Kontingent befindet sich in Japan. Schwerpunkte der US-Besatzungspolitik sind damit die besiegten imperialistischen Mächte des 2. Weltkrieges.

Genau hier sind 1977 auch die größten Truppenverstärkungen vorgenommen worden, in erster Linie in der BRD. Verstärkt worden sind daneben die 6. Flotte im Mittelmeer und die 7. Flotte im Pazifik.

Die Truppenverstärkungen im Ausland sind begleitet von einem massiven Aufrüstungsprogramm. Für 1978/79 soll der Militäretat um über 10 % auf 116,8 Mrd. Dollar steigen, bis 1983 auf 172,2 Mrd. Die Schwerpunkte liegen auf der weiteren Verstärkung der Truppen in Westeuropa und Westdeutschland und ihrer Ausrüstung mit Tanks, Flugzeugen, Helikoptern und Feldgeschützen; Schaffung der Voraussetzungen, um binnen zehn Tagen fünf Divisionen und 60 Flugzeuggeschwader nach Europa legen zu können (gegenwärtig eine Division und 40 Geschwader); Flottenrüstung von jetzt 460 auf 525 Schiffe bis 1985; und Bau von insgesamt 11000 Marschflugkörpern (Cruise missile) für alle Waffengattungen.

Die Kehrseite dieses aggressiven Programms ist die weitere Reduktion von Militäreinrichtungen in den USA selbst. Bereits unter der Ford-Administration und im Jahr 1977 sind 160 militärische Einrichtungen reduziert oder geschlossen worden. Nach den Plänen des Pentagon sollen ab sofort weitere 107 Basen und Stützpunkte in den USA geschlossen oder eingeschränkt werden, darunter so altrenommierte und große wie Fort Jackson, Fort Bliss und das Ausbildungslager der Marineinfanterie in San Diego. Die Senkung der Unterhaltskosten für das stehende Heer soll „für Ziele mit höherer Priorität verwendet werden, wie die Steigerung der Gefechtskraft und -bereitschaft", so der Verteidigungsminister Brown (International Herald Tribune, 27.4.78). – (Z-Red)

Britische Polizisten für Streikrecht und gewerkschaftliche Organisierung

Die Schottische Polizistenvereinigung tritt für das Streikrecht für Polizisten und den Anschluß der britischen Polizistenvereinigungen an den Gewerkschaftsdachverband TUC ein. Nach einer nichtöffentlichen Delegiertenkonferenz in der vorletzten Woche über einen Bericht zur materiellen Lage der Polizisten und den Arbeitsbedingungen sagte der Vorsitzende der Vereinigung, es sei eine sehr starke Stimmung für das Streikrecht unter den Polizisten da. „Was die Polizisten wollen, sind genau dieselben grundsätzlichen Rechte wie die anderen Arbeiter." Bisher ist Streik oder Aufforderung zum Streik mit Gefängnisstrafe bedroht.

Die Vereinigung der Polizisten in England wird in der nächsten Woche über denselben Bericht beraten. Die starke Bewegung der Polizisten für gewerkschaftliche Rechte und gewerkschaftliche Organisierung hat ihre Wurzel in der Tatsache, daß sie für ihren Lohn kämpfen müssen, wenn sie nicht weitere Lohnsenkung hinnehmen wollen. Die Bewegung stützt sich auf die Arbeiterbewegung und ihren heftigen Kampf, vor allem in Teilen des öffentlichen Dienstes, gegen die Lohnsenkung in den letzten Monaten. Ein Polizist verdient zwischen 2900 Pfund (Anfangsgehalt) und 3900 Pfund (als Konstabler, etwa Wachtmeister) jährlich, das sind zwischen 242 Pfund (967 DM) und 325 Pfund (1300 DM) brutto monatlich. Der statistische Durchschnittslohn der Industriearbeiter beträgt 303 Pfund (1213 DM) im Monat.

In den Polizistenvereinigungen gibt es jetzt eine Auseinandersetzung darum, wie diese gewerkschaftliche Organisierung erfolgen soll. Schließt man sich einer der bestehenden Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes im TUC an? Oder soll man eine britische Polizistengewerkschaft gründen, die dann TUC-Mitglied wird? Die Bourgeoisie will innerhalb dieser Bewegung unbedingt die zweite Möglichkeit durchsetzen. So soll die Einsatzfähigkeit gegen die Arbeiterklasse so weit wie möglich gerettet werden. Der Vorsitzende der schottischen Vereinigung sagte auf die Frage, warum er gegen den Beitritt in eine Öffentliche-Dienst-Gewerkschaft und für einen Sonderbund sei: „Wenn wir Mitglieder einer anderen Gewerkschaft würden, dann ein Arbeitskampf stattfinden würde, und wir wären Mitglieder gerade dieser Gewerkschaft, dann wären wir in einer häßlichen Lage. Wird die Polizei angefordert, während deine Kollegen im Streik stehen, das ist eine sehr peinliche und schwierige Situation. Deshalb ist es besser, wenn wir abseits stehen von den anderen Gewerkschaften und unsere eigene Sache machen." Genau darin aber besteht das Interesse der Arbeiterklasse nicht, sondern darin, daß die Polizisten ihre Arbeitskraft nicht unter ihrem Wert verkaufen und in den Kämpfen um den Lohn die Zersetzung der Einsatzfähigkeit der Polizei für die Interessen der Bourgeoisie Fortschritte macht. – (Korrespondentenbericht London)

EPLF und ELF für Nationalen Volkskongreß

Die von der sozialimperialistischen Supermacht geführte Aggression gegen das eritreanische Volk stößt auf den erbitterten Widerstand des gerechten Volkskrieges. Die eritreanischen Befreiungsorganisationen EPLF und ELF haben einen entscheidenden politischen Schritt im Kampf für das nationale Recht auf Selbstbestimmung beschlossen. Auf Beratungen vom 22. – 24. April sowohl von Vertretungen der Leitungen wie bereits gebildeter gemeinsamer Kommissionen wurde beschlossen, in einem Monat einen „Nationalen Volkskongreß“ einzuberufen. Damit verwirklichen EPLF und ELF ihre gemeinsame Erklärung, die von der „Notwendigkeit der Errichtung *einer* nationaldemokratischen Front in Eritrea“ ausgeht. Die Nationale Einheit „ist gewesen und ist immer noch das Kettenglied und Hauptziel des langandauernden und standhaften Kampfes des eritreanischen Volkes. Es war unvermeidlich, daß dieser lange Kampf unseres Volkes sein edles nationales Ziel verwirklichen würde.“

Angolanische Jugendliche zur Zwangsarbeit nach Kuba

Der Generalsekretär der angolanischen Befreiungsorganisation FNLA, Daniel Chibenda, hat erklärt, daß Anfang April 17000 angolanische Jugendliche mit sowjetischen Truppentransportern nach Kuba abtransportiert worden sind. „Die Jugendlichen werden auf Zuckerrohrplantagen geschickt, wo sie Zwangsarbeit leisten müssen“, sagte Chibenda. In den nächsten Wochen sollen, wie Castro selbst auf einer Pressekonferenz bekanntgab, tausend Schüler aus Äthiopien nach Kuba verbracht werden, damit ihre Arbeitskraft in der Landwirtschaft vernutzt werden kann. Damit fügen die Sozialimperialisten ihren Spaltungsversuchen gegen die Völker der Dritten Welt eine neue, verbrecherische Variante hinzu. Die sozialimperialistische Supermacht, die sich Kuba als Kolonie hält, setzt einerseits Zehntausende Kubaner im Namen der Befreiung als Aggressions- und Besatzertruppen in Afrika ein, andererseits zwingt sie jetzt Tausende junger Arbeiter und Bauern der afrikanischen Völker, die die kubanischen Arbeiter bezüglich Lohn und Arbeitsleistung unter Druck setzen sollen, im Namen des proletarischen Internationalismus unters Sklavenjoch. Als weitere Maßnahme in der Degradierung Kubas zur Kolonie wurde vom RGW beschlossen, von Kuba eine Steigerung seiner Zuckerproduktion zu fordern, weil Kuba so „billig“ ist, sowie dessen Industrie „im Rahmen der langfristigen wissenschaftlich-technischen Entwicklung bis zum Jahr 1990“ auf die Verarbeitung des bei der Zuckerherstellung entstehenden Abfalls zu Papier und Futtermitteln zuzurichten.

zur Kolonie wurde vom RGW beschlossen, von Kuba eine Steigerung seiner Zuckerproduktion zu fordern, weil Kuba so „billig“ ist, sowie dessen Industrie „im Rahmen der langfristigen wissenschaftlich-technischen Entwicklung bis zum Jahr 1990“ auf die Verarbeitung des bei der Zuckerherstellung entstehenden Abfalls zu Papier und Futtermitteln zuzurichten.

Norwegen widersetzt sich sozialimperialistischer Plünderung

Die norwegische Regierung hat am 28. April ein Verbot der Trawlerfischerei in Teilen der Barents-See ab dem 15. Mai erklärt. Das Verbot gilt dem Schutz der Jungfischbestände. Es richtet sich direkt gegen die Fischereiflotte der sozialimperialistischen Supermacht. Am 8. Februar hatten norwegische Marineeinheiten den sowjetischen Trawler „Perekat“ beschlagnahmt, nachdem er unerlaubt in norwegische Gewässer eingefahren und verbotene Doppelschleppnetze mit engen Maschen benutzt hatte, durch die auch Jungfischbestand mit abgefischt wurde. Der Kapitän erhielt eine Geldstrafe von 9800 DM, der Fang im Werte von 26000 DM wurde von den norwegischen Behörden beschlagnahmt. Die Beschlagnahme geschah genau einen Monat nach der Unterzeichnung eines Interimabkommens zwischen Norwegen und der Sowjetunion über die Aufteilung des Festlandsockels und der Fischereihoheit in der Barents-See. Mehr als fünf Verhandlungsrunden hatte es in den letzten Jahren um die Aufteilung der Barents-See gegeben, in denen die Sowjetunion – abweichend von dem internationalen Verfahren – das Seegebiet nicht nach dem Mittellinienprinzip zwischen den Küsten der Staaten, sondern nach einem Sektorenprinzip teilen wollte, bei dem zwischen sowjetisch/norwegischer Grenze an der Küste und dem Nordpol eine Linie parallel zu den Breitengraden gezogen würde. Dies Verfahren würde der Sowjetunion einen wesentlich größeren Teil des bodenschatzhaltigen Meeresbodens und der fischreichen See geben. Das Interimabkommen hat jetzt für ein halbes Jahr die Fischerei nur in einer sogenannten „Grauen Zone“ geregelt, die vor allem in den von Norwegen beanspruchten Gewässern liegt. Die Sozialimperialisten wollen die eigentlichen Verhandlungen jetzt wieder hinauszögern und ein erneutes „Grauzonenabkommen“ schließen, um ihren Anspruch auf dies Gebiet zu festigen. Während der letzten Verhandlungsrunde benutzten sie es als Testgebiet für Übungsfernraketen.

Die Arbeiterklasse in Frankreich festigt ihren Zusammenschluß

Fortschritte im Kampf um Rechte der ausländischen Arbeiter

Wo auf der diesjährigen 1.-Mai-Demonstration in Paris die geschlossenen, kämpferischen Blöcke der ausländischen Arbeiter auftraten, viele mit den großen Plaketten der französischen Gewerkschaften auf der Brust als Teil der Arbeiterklasse in Frankreich, alle unter ihrer Nationalfahne als Teil der unterdrückten Völker, oft mit traditionellen Instrumenten wie Pfeifen und Trommeln, um ihre Sprechchöre zu unterstreichen, da erhielten sie fast überall aus den dichtgedrängten Zuschauerreihen demonstrativen Beifall und aufmunternde Zurufe.

Heute bilden Arbeiter und Gewerbetreibende ausländischer Herkunft mit Frauen und Kindern 8 % der Wohnbevölkerung Frankreichs. Sie stellen 20 % aller Arbeiter, 40 % aller ungelernten Arbeiter, insgesamt knapp 2 Millionen. Das größte Kontingent sind noch immer die algerischen Arbeiter, obwohl seit 1973 die Auswanderung aus Algerien aufgehört hat. Es folgen (in dieser Reihenfolge) Portugiesen, Spanier, Marokkaner, Tunesier, Arbeiter aus anderen arabischen Ländern, aus Schwarzafrika sowie aus den „überseeischen Departements und Territorien“, also den verbliebenen Kolonien Frankreichs.

Die Ausbeutung und Unterdrükkung der Arbeiter vor allem aus den arabischen und afrikanischen Ländern trägt bis heute koloniale Züge. Sie müssen sich bereits im Heimatland auf Gedeih und Verderb an einen französischen Kapitalisten verdingen, und stets bleibt ihre Aufenthaltsgenehmigung an diesen (oder später einen anderen) Arbeitsvertrag gebunden. Darüberhinaus unterliegen sie regelloser polizeilicher Willkür und faschistischer Unterdrückung. Zu Hunderten zählten bereits die algerischen Arbeiter, die in Frankreich während des algerischen Befreiungskrieges von Polizei und OAS-Kommandos ermordet oder schwer verletzt wurden. Todesmutig schlugen damals die algerischen Arbeiter zurück, beantworteten Terror mit Gegenterror. In den letzten Jahren ist die Welle faschistischer Attentate von neuem hochgeschwappt. Geradezu regelmäßige Erschießung einzelner Arbeiter durch die Polizei, Razzien, Folter und Prügeleien in Gefängniszellen, Bombenattentate auf arabische Cafés, Brandanschläge auf Wohnheime ausländischer Arbeiter – diese Blutspur wird wöchentlich länger.



Demonstration algerischer und französischer Arbeiter 1958 vor einem Gefängnis, in dem französische Rekruten inhaftiert sind, die sich geweigert haben, am Algerienkrieg teilzunehmen. Junge Kommunisten in der Armee unterstützten damals, entgegen der revisionistischen Parteiführung der PCF, aktiv den algerischen Befreiungskrieg. Der Soldat Raymond Hannon verriet der FNL den Plan der Kaserne von Orléans bei Algier. Der Soldat Yveton nahm an der Sprengung einer Gasfabrik in Algier durch die FNL teil. Beide wurden zum Tode verurteilt und hingerichtet.

Seit die kapitalistische Krise sich wieder fühlbar gemacht und die Arbeitslosenzahlen in Frankreich auf 1 Million hochgeschnellt sind, hat die Regierung Barre eine chauvinistische Kampagne entfacht. „Es gibt keine wirklichen Beschäftigungsprobleme in einem Land, das doppelt soviel Immigranten wie Arbeitslose hat“, hat sich dieser Bankier auf dem Regierungssessel vernehmen lassen. Sein „Staatssekretär für die Belange der Handarbeiter“ (das gibt es tatsächlich), Stoléru, hat Ende letzten Jahres ein Gesetzeszirkular in Umlauf gesetzt, das die Behörden anweist, ausländischen Arbeitern im Regelfall die Einreise ihrer Familien zu verweigern und sie zu „ermutigen“, sich mit einer Million als Abschlagszahlung für die geleisteten Sozialversicherungsabgaben wieder in ihre Heimatländer zurückzubegeben. „Stolérus Million“, sagt man seither ironisch. Die Million sind *alte* Francs, zu deutsch: 4500 DM.

Die ganze Maßnahme ist rein demagogisch und unterdrückerisch. Die Zahl der ausländischen Arbeiter hat sich seither proportional keineswegs verringert. Ihre Löhne liegen 10 – 20 %, oft noch weit mehr, unter denen der französischen Arbeiter, die die gleiche Arbeit verrichten. 45 % der ausländischen Arbeiter leben in einem Fremdenhotel oder Einzelzimmer, 35 % in Baracken. Einschränkung des Lohns auf die minimale Reproduktion einer einzelnen Arbeitskraft, bis sie aufgebraucht ist, ist das Ziel der Kapitalisten. Dazu dient das „Zirkular Stoléru“.

Der Zusammenschluß der Arbeiter, gerade aus den afrikanischen und arabischen Ländern, ist in den letzten Jahren erheblich vorangekommen. Ein Beispiel dafür ist der Kampf der Arbeiter der „Foyers Sonocotra“, einer großen, vom französischen Staat beherrschten Wohnungsbaugesellschaft, die sich darauf spezialisiert hat, Hochhäuser billigster Bauweise aufzuziehen, mit winzigen Wohnzellen, in denen ausländische Arbeiter für Wuchermieten unter der Fuchtel einer allmächtigen Hausverwaltung zusammengepfercht werden. 35000 ausländische Arbeiter in diesen Wohnheimen, die 24 verschiedenen Nationalitäten angehören, haben sich über demokratisch gewählte Komitees zusammengeschlossen für die Forderung nach Mietsenkung um 100 Francs bei sofortiger kollektiver Kürzung der Monatsmiete um diesen Betrag, für das Recht auf Versammlung und freie politische Betätigung in den Heimen und für die Abwahl solcher Heimverwalter, die von den Bewohnern abgelehnt werden. Dieser Kampf hat vor jetzt schon dreieinhalb Jahren in Paris begonnen und hat inzwischen Heime im ganzen Land erfaßt. Heimkomitees anderer Gesellschaften wie der Sonocotra schließen sich an. 15000 ausländische Arbeiter demonstrierten im April 1976, als die Regierung durch die Deportation von 18 Delegierten diesen Kampf zerschlagen wollte. Nach monatelangem Kampf konnten 14 der Delegierten wieder zurückkehren, was ein großer Sieg war.

Dieser Kampf hat Unterstützung in der ganzen französischen Arbeiterklasse gefunden. Die Forderung nach Rücknahme des Zirkular Stoléru und nach gleichen Rechten und gleichem Lohn für ausländische Arbeiter ist zu einer allgemeinen Forderung der ganzen Gewerkschaftsbewegung geworden. In den Streiks der letzten Monate, so z.B. bei den Pariser Müll- und Kanalarbeitern und beim Metro-Reinigungspersonal, haben die ausländischen Arbeiter eine hervorragende Rolle gespielt. – (Korrespondentenbericht Brüssel)

Die Imperialisten wollen Irland als Niedriglohn-Paradies

Die hartnäckigen Streiks der irischen Arbeiterklasse verhindern neunmonatige Lohnpause

Die EG-Kommission hat es abgelehnt, Zuschüsse für die Modernisierung des einzigen Stahlwerks in der Republik Irland bei Cork zu zahlen. In

zeichnung der Konvention und diese „in derselben umfassenden Weise anzuwenden wie das Vereinigte Königreich“. So soll Irland zur Wahrneh-

verboten. Die Imperialisten schickten nach Absprache eine holländische Trawlerflotte als Provokation. Irland setzte die Besatzung fest. Inzwischen

wurde also eine Arbeitszeitverlängerung von 2,7% durchgesetzt, während gleichzeitig der Lebensstandard sank. Die US-Imperialisten gaben Anfang

Die Imperialisten wollen Irland als Niedriglohn-Paradies

Die hartnäckigen Streiks der irischen Arbeiterklasse verhindern neunmonatige Lohnpause

Die EG-Kommission hat es abgelehnt, Zuschüsse für die Modernisierung des einzigen Stahlwerks in der Republik Irland bei Cork zu zahlen. In der EG werde ohnehin zuviel Stahl produziert. Man könne nicht Geld ausgeben, um den vorhandenen Überschuß noch zu vergrößern.

Für 40 Millionen Pfund will die Irish Steel das Stahlwerk modernisieren. Unter anderem sollen neue Schmelzöfen, eine Stranggußanlage und ein neues Walzwerk gebaut werden. 600 Arbeiter und Angestellte produzieren in dem Stahlwerk 25% des in der Republik Irland verbrauchten Stahls.

Daß Irland nur über ein Stahlwerk verfügt, ist Ergebnis der jahrhundertelangen kolonialen Besetzung und Beraubung des Landes durch die englische Bourgeoisie und die fortdauernde Besetzung des industriell entwickeltsten Teils im Norden. Die Produktion macht weniger als 0,1% der EG-Stahlproduktion aus. Natürlich geht es der EG-Kommission – besser sagen wir den Regierungen Westdeutschlands, Großbritanniens, Frankreichs und der anderen westeuropäischen Imperialisten – nicht um Überkapazitäten schlechthin. Es geht ihnen um die Verhinderung des Ausbaus der Stahlproduktion *in Irland*. Jeder Schritt Irlands zu größerer wirtschaftlicher und politischer Selbständigkeit wird von ihnen mit Argusaugen verfolgt und angegriffen. Das Ziel ist, das Land als Lieferstätte billig produzierter Lebensmittel und von Rohstoffen zu erhalten, vor allem aber das „Lohnparadies“ für die Imperialisten auszubauen, so daß die Ausbeutung irischer Arbeiter noch fettere Extraprofite abwirft.

Der Errichtung dieses Ziels dient politische Schikanierung und Gängelung jeglicher Art. Die Staatssekretärin im englischen *Innen*ministerium gab Ende April während einer Parlamentsdebatte bekannt, es würden „Gespräche stattfinden zwischen der Republik Irland und den anderen acht Mitgliedern der EG, um ein Anti-Terror-Abkommen zu erreichen“. Bisher hat sich Irland strikt geweigert, die „Europäische Anti-Terror-Konvention“ zu unterzeichnen. Die Staatssekretärin forderte von Irland die Unterzeichnung der Konvention und diese „in derselben umfassenden Weise anzuwenden wie das Vereinigte Königreich“. So soll Irland zur Wahrnehmung des Geschäfts der Kolonialmacht gezwungen werden.

Die Zwangsmittel der Imperialisten sind vor allem Kredite an die Regierung und die EG-Landwirtschaftspolitik, die auch großteils aus Kreditzahlungen besteht. Irland ist ein Agrarland. 24,5% der werktätigen Massen waren 1975 in der Landwirtschaft beschäftigt (zum Vergleich: Italien 15,8%, Frankreich 11,3%, Westdeutschland 7,3%, Großbritannien 2,7%). Die Rindvieh- und Rindfleischproduktion machte 1975 45% der Preissumme aller landwirtschaftlichen Produkte aus, die Produktion von Milch weitere 32%, Schweine und Schweinefleisch folgten mit 9,1%, Getreide lag mit 7,3% an vierter Stelle. Die Politik der Imperialisten besteht zum einen darin, sich diese Reichtümer als Rohstofflieferungen zu sichern. Es gibt z.B. eine spezielle EG-„Hilfe“, die es profitabler macht, lebende Rinder nach Großbritannien zu verfrachten, dort zu schlachten, in Konservendosen zu verpacken und diese nach Irland zurückzuexportieren, als diese Rinder in Irland selbst zu verarbeiten. 1977 hat Irland auf diese Art und Weise für 155 Mio. Pfund (620 Mio. DM) Lebendvieh exportiert.

Der Großteil der Kredite und Zuschüsse der EG geht in die irische Landwirtschaft und dient dort der schwungvollen Rationalisierung und damit Verbilligung der Produktion. Die Zahl der Traktoren hat von 1965 bis 1975 von 60000 auf 103000 zugenommen. Die Zahl der Beschäftigten in der Landwirtschaft hat von 1966 bis 1975 von 334000 auf 252000 abgenommen (einschließlich Fischerei). Darum geht es den Imperialisten, neben der billigen landwirtschaftlichen Produktion: die „Freisetzung“ von Arbeitskraft für die Ausbeutung.

Die ganze Zynik der Unterdrücker wird im Kampf Irlands gegen die Raubfischerei deutlich. Im April 1977 wurde allen ausländischen Booten über 33 Meter Länge und 1100 PS die Fischerei bis 100 Meilen vor der Küste verboten. Die Imperialisten schickten nach Absprache eine holländische Trawlerflotte als Provokation. Irland setzte die Besatzung fest. Inzwischen hat der europäische Gerichtshof erkannt, daß es „diskriminierend“ sei, wenn Irland, das keine großen Trawler hat und keineswegs plant, zum Beispiel in der Nordsee zu fischen, den Großschiffen der imperialistischen Länder den Fischfang verbiete. Zweifellos wird dieser Unterdrückungsakt sein Resultat in bankrotten Fischern zeigen, sobald sich die Raubfischerei auswirkt. In keinem anderen EG-Land hat die Fischerei einen so großen Anteil am Bruttosozialprodukt wie in Irland, mit Ausnahme Dänemarks.

Unter der EG-Mitgliedschaft sind die Arbeitslosenzahlen stark gestiegen, von 7,2% im Jahr 1971 auf 12,3% 1976. Das war der höchste Stand seit 1942. Die Imperialisten hielten die Gelegenheit reif für den Generalangriff auf den Lohn der irischen Arbeiter. In einem Kreditvertrag über 150 Mio. Pfund (600 Mio. DM) hatten sie 1975 die irische Bourgeoisie angewiesen, eine neunmonatige Lohnpause für 1976 durchzusetzen. Das sei, so die EG-Kommission, eine „grundsätzliche Bedingung für die fortschreitende Rückkehr zu einer mehr ausgeglichenen internationalen Situation“ Irlands. Die irische Bourgeoisie konnte den Plan nicht vollständig durchsetzen. Zwar wurde eine Lohnleitlinie verabschiedet, die den Lohnraub festschrieb. Das war den Imperialisten aber zu wenig, weil die Lohnpause selbst zu Fall gebracht worden war. Sie tobten und ließen die EG-Kommission erklären, „Irlands Kreditwürdigkeit sei unter genauester Überprüfung.“

Nach den Angaben des britischen Statistischen Amtes hat die Durchschnittslohnerhöhung zwischen Dezember 1975 und Dezember 1976 in der Industrie 19,55% ausgemacht. Für diesen höheren Lohn haben die Arbeiter gleichzeitig statt wie im Dezember 1975 durchschnittlich 43,8 im Dezember 1976 45 Stunden gearbeitet. Der Lebensmittelpreisindex stieg in der gleichen Zeit über 21%, bis Februar 1977 sogar um 25%. In dem einen Jahr wurde also eine Arbeitszeitverlängerung von 2,7% durchgesetzt, während gleichzeitig der Lebensstandard sank. Die US-Imperialisten gaben Anfang 1976 bekannt, sie hätten ihre Direktinvestitionen um 146 Millionen Dollar auf 563 Millionen Dollar erhöht und hätten dazu nur 40 Millionen Dollar aus den USA gebraucht. Der Rest des Kapitals sei aus Profiten und Krediten in Irland aufgebracht worden.

Die US-Imperialisten besitzen 25% der 600 ausländischen Betriebe in der Republik Irland. Die britischen Imperialisten 30%, die westdeutschen 25%. Neben Lebensmittel- und Textilverarbeitung verlagern die Imperialisten fast ausschließlich Montagearbeiten in das Land. Autos, Gabelstapler, Radios, Computer – gerade viel Elektroindustrie. Die niedrigen Löhne verschaffen enorme Extraprofite, an denen sich jetzt auch die Sozialimperialisten nebst Verbündeten beteiligen wollen. Polen läßt Polski-Fiat in Irland montieren. Die Sowjetunion steht im Moment in Verhandlungen mit der irischen Regierung über den Bau eines Zinkschmelzofens für 100 Millionen Pfund (400 Millionen DM). Die Sozialimperialisten wollen die Anlage nur bauen, wenn ihnen die irische Bourgeoisie niedrige Preise für raffiniertes Zink für einen längeren Zeitraum garantiert. In Irland ist das größte Zinn- und Zinklager Westeuropas gefunden worden, mit geschätzten Reserven von 87 Millionen Tonnen.

Die irischen Arbeiter führen im Moment eine Anzahl harter Streiks gegen Lohnsenkung und Intensivierung der Arbeit durch. Herausragend ist der dreimonatige Streik der Fernmeldetechniker gegen einen Rationalisierungsplan und der zweimonatige Streik der Beschäftigten der Air Lingus für höheren Lohn. Die Streiks sind schwere Schläge gegen die Absichten der Imperialisten in der EG, Irland immer weiter zu unterdrücken. Es ist Irland das Modell, wie Schmidt, Callaghan und Giscard d'Estaing die Beziehungen in der „erweiterten EG“ zu Portugal, Spanien und Griechenland gestalten wollen. – (Korrespondentenbericht London)

„Frauenemanzipation“ in der UdSSR

Brutale Vernutzung der weiblichen Arbeitskraft

Die „optimale Vereinigung der Berufsarbeit mit der Arbeit zu Hause und der Erziehung der Kinder“, so definiert die Zeitung der Zwangsgewerkschaft in der UdSSR, „Trud“ die „Frauenemanzipation“ in der UdSSR. Diese „Vereinigung“ ist ein Programm der brutalen Vernutzung der weiblichen Arbeitskraft für die Profitproduktion der sozialimperialistischen Supermacht.

Die Frauen machen in Industrie wie Landwirtschaft über die Hälfte der Arbeitskraft aus, die von der staatsmonopolistischen Bourgeoisie ausgebeutet wird. Sie preßt die weibliche Arbeitskraft in jene Produktionszweige, die durch ungelernte Tätigkeiten verbunden mit hoher Verausgabung von Muskel- und Nervenkraft bei niedrigster Bezahlung gekennzeichnet sind. In der Textilbranche mit mörderischen Ausbeutungsbedingungen stellen die Frauen 96 Prozent aller Beschäftigten, 85 Prozent im Gesundheitswesen, 76 Prozent im Handel und Gaststättengewerbe. In einer Untersuchung über die „Berufsstruktur der sowjetischen Frau“ kommt ein revisionistischer Wissenschaftler zum Ergebnis: in jenen Berufen, wo über 500000 Frauen beschäftigt sind, steht die Arbeit als ungelernter Landarbeiter mit 8,6 Mio. Frauen an der Spitze, gefolgt von 2,2 Mio., die sich als Putzfrauen, Wächter oder Pförtner verdingen müssen.

„Zwei Fünftel der in Massenberufen arbeitenden Frauen entfallen auf ganze vier Gruppen einfachster Arbeit (neben den genannten Krankenwärter, Hilfsschwestern und Kinderfrauen, Hilfs- und Lagerarbeiter). Daraus geht hervor, daß sehr viele Frauen mit unkomplizierter Arbeit beschäftigt sind. Unter den genannten Berufen gibt es auch solche, bei denen die Arbeitsbedingungen den psychophysiologischen Besonderheiten des weiblichen Organismus nicht voll entsprechen (Hilfs- und Nebenarbeiten, die wenig mechanisiert sind). Körperlich schwere Arbeit leisten Frauen zumeist als Hilfsarbeiter, bei Verlade- und Transportarbeiten sowie beim Häuser- und Straßenbau.“ (Sowjetwissenschaft Nr. 7/1977)

Sofern die weibliche Arbeitskraft in der industriellen Produktion ausgebeutet wird, verstärkt neuerdings im Maschinenbau, Radio- und Elektronikindustrie, wo der „technische Fortschritt nur langsam Einzug hält“, wird sie in die untersten Lohngruppen gedrückt, versuchen die neuen Bourgeois, mit der Eingruppierung zu spalten. Im Moskauer Stadtteil Shdanow mit zahlreichen Industriebetrieben waren in den Niedrigstlohngruppen eins und zwei 4,7 mal soviel Arbeiterinnen wie Arbeiter eingruppiert, in den Lohngruppen fünf bis sieben fünfmal soviel Arbeiter wie Arbeiterinnen. In Städten wie Wladimir oder Rostow ist die große Mehrheit der Arbeiterinnen in die Lohngruppen eins bis drei gedrückt; zahlreiche schon zehn bis fünfzehn Jahre. Betrug der statistisch angegebene Durchschnittslohn 1976 151,3 Rubel, so im Handel 112,5 Rubel, im Gesundheitswesen 104,5 Rubel, wobei hier in den Durchschnitt sowohl Gehalt und Gratifikationen des Klinikdirektors wie der Krankenschwester eingehen. Auch die Renten der werktätigen Frauen sind durchschnittlich ein Viertel niedriger.

Im Rahmen des zehnten Fünfjahresplans (1976 – 1980), der eine drastische Verschärfung der Ausbeutung der Arbeiterklasse diktiert, werden für Handel und Gaststättengewerbe Maßnahmen zur Erhöhung der „Effektivität“ der Arbeit, also der verschärften Vernutzung der weiblichen Arbeitskraft vorgenommen.

So kehren die sozialimperialistischen Profitjäger alle Errungenschaften der Oktoberrevolution in der Befreiung der Frau in ihr Gegenteil um. Nicht mehr Teilnahme an der allgemeinen produktiven Arbeit zum Aufbau des Sozialismus, der Leitung der Produktion und der Staatsgeschäfte, sondern Ausbeutung unter den unerträglichsten Bedingungen. Hatte die Sowjetmacht zu diesem Zweck sofort Maßnahmen im Aufbau von Speisehäusern, Kinderkrippen, Vorschulerziehung ergriffen, um die Frau von der Hausarbeit als abstumpfender, unproduktiver Kleinarbeit zu befreien, so sind die Arbeiterinnen heute wiederum in solchem Ausmaß der Haussklaverei unterworfen, daß die sowjetischen Wissenschaftler die zusätzliche Belastung als „zweite Schicht“ bezeichnen. Im Artikel 122 der Verfassung der revolutionären Sowjetmacht war garantiert:

„Der Frau stehen in der UdSSR auf allen Gebieten des wirtschaftlichen, staatlichen, kulturellen, gesellschaftlichen und politischen Lebens die gleichen Rechte wie dem Manne zu. Die Möglichkeit zur Verwirklichung dieser Rechte wird der Frau dadurch gewährleistet, daß sie dem Manne gleichgestellt ist im Recht auf Arbeit, auf Entlohnung der Arbeit, auf Erholung, Sozialversicherung und Bildung, ferner durch staatlichen Schutz der Interessen von Mutter und Kind durch staatliche Hilfe für kinderreiche und alleinstehende Mütter, durch Gewährung eines vollbezahlten Schwangerschaftsurlaubs, durch das umfassende Netz von Entbindungsheimen, Kinderkrippen und -gärten.“



Das Ideal der neuen Zaren: der Filmstar Galina Jazkaja in einem Film, wo sie als Rechtsanwältin, die *„aus einer ungemein farbenprächtigen Welt kommt“*, eine Arbeiterin verteidigt. In der „Literaturnaja Gazeta“ ist zu lesen: „Ich will nicht verbergen, daß ich mich manchmal an das erinnere, was ich über die Pensionate für ‚vornehme Mädchen‘ gelesen habe. Natürlich ist der Geist dieser geschlossenen Einrichtungen für uns völlig unannehmbar, aber dort lernte man, sowohl schön zu gehen als auch elegant zu tanzen als auch sich gut in Gesellschaft zu benehmen. Das zu lernen, wäre offensichtlich auch jetzt nicht schlecht.“

In ihrer neuen Verfassung von 1976 haben die sozialimperialistischen Machthaber alle diese Rechte beseitigt.

Das spiegelt die Tatsache wider, daß in der UdSSR den werktätigen Frauen erneut drückende Lasten auferlegt werden. Die Kinderaufzucht ist wieder zur Belastung geworden: von 30 Millionen Kindern im Vorschulalter fanden 1975 gerade 11 Millionen einen Vorschulplatz (wie Stalin feststellte, hat die sozialistische UdSSR binnen vierer Jahre „das Anwachsen der Zahl der von der Vorschulerziehung erfaßten Kinder von 838000 im Jahre 1929 auf 5917000 im Jahre 1933“ erreicht). Notwendige Folgen wie Erkrankungen oder Verwahrlosung schieben die revisionistischen Ideologen den Arbeitermassen in die Schuhe; es fehle an „Seelenvitamin“ für die Kinder. Elementare Arbeiterrechte wie Freistellung der Frau von der Arbeit vor und nach der Geburt stehen noch auf dem Papier, werden aber von den Betriebsleitern der staatskapitalistischen Betriebe mit den Füßen getreten. Beispielhaft dafür das 1974 verabschiedete Gesetz, nach dem die Frau nach Geburt des Kindes das Recht habe, ein Jahr lang bei Arbeitsplatzgarantie nicht zu arbeiten: in diesem Jahr wird bloß kein Lohn gezahlt, so daß das Recht für die Lohnabhängigen leere Phrase ist. Ausgebaut wurden die „Frauen- und Kinderberatungsstellen“. Etwas anderes als die berüchtigten Beratungsstellen nach dem reformierten Paragraph 218 in der BRD ist das nicht; das soziale Elend der Massen, das zur Abtreibung zwingt, nutzt die sozialimperialistische Staatsmacht zur Verstärkung der Unterdrückung und Einnistung in die Angelegenheiten der Volksmassen: „Hin und wieder ist der Entschluß zur Schwangerschaftsunterbrechung zufallsbedingt und entbehrt einer ernsthaften Grundlage. Deshalb geht der Zuweisung an eine Klinik stets eine Aussprache des Arztes mit der Patientin voraus.“ (UdSSR – Fragen und Antworten) – (Z-Red.)

Carters Pläne einer Krankenversicherungsreform

Das „Netz der sozialen Sicherheit“ wird gespannt

1977 sind in den USA schätzungsweise 200 Milliarden Dollar für medizinische Behandlung ausgegeben worden, das sind nicht weniger als 10 % des gesamten Bruttosozialprodukts. Dabei rangieren die USA heute in der Kindersterblichkeit, der Lebenserwartung, der Volksgesundheit überhaupt, noch weit *hinter* einer ganzen Reihe anderer *kapitalistischer* Länder, wie der BRD, in denen es bekanntlich auch nicht eben idyllisch zugeht. 38 Millionen Menschen sind in den USA nach offiziellen Schätzungen von jeder gesundheitlichen Versorgung ausgeschlossen, weil sie sie nicht *bezahlen* können.

Wenn die hohen Aufwendungen für medizinische Behandlung und Präparate in den USA also etwas ausdrükken, dann die hohen *Profite*, die von den Krankenhausgesellschaften, den Pharmamonopolen, den Versicherungsgesellschaften, den Bourgeois in Weiß gemacht werden; die *Verschlechterung der Volksgesundheit* infolge schlechter Ernährung, ungesunder Wohnungen, wachsender Überarbeitung in Fabrik und Büro und nervlicher Belastung durch die steigende Unsicherheit der Lebenslage der Arbeiter, übrigen Lohnabhängigen und Farmer; schließlich die zum Himmel stinkende *Dekadenz und Verfaulung* der herrschenden Bourgoisklasse, die sich eine ganze Armee von Leibärzten, Psychiatern, Scharlatanen hält, samt den kostspieligsten medizinischen Einrichtungen, die es wohl überhaupt in der Welt gibt, um sich zu pflegen.

Carter hat es zu Beginn seiner Amtszeit gleich als eines der Hauptanliegen seiner Regierung bezeichnet, die galoppierenden Kosten im Gesundheitswesen zu dämpfen, die Finanzen der staatlichen Sozialversicherung zu sanieren und gleichzeitig eine allgemeine, obligatorische Krankenversicherung einzuführen.

Eine solche allgemeine Krankenversicherung gibt es bis heute in den USA nicht. Erst in den letzten 10 Jahren haben sich die Arbeiter und Lohnabhängigen in den meisten Industrien und Betrieben von den Kapitalisten die Zahlung von Krankenversicherungsbeiträgen erkämpft. Die Bahnbrecher in diesem Kampf waren die Bergarbeiter. So ging ja auch der letzte große, mehr als 100 Tage dauernde Streik der Kohlebergarbeiter wesentlich um diese erkämpften Rechte, die stets von den Kapitalisten wieder angegriffen werden.

Wenn die Kapitalisten zahlen, dann entweder in Betriebskrankenkassen, über die sie einen Teil der Lohngelder wieder in Kapital zurückverwandeln; oder als Beiträge für Versicherungen, die die Arbeiter bei privaten Krankenkassen abschließen. Diese Krankenkassen gehören den großen Bankmonopolen und zählen zu ihren profitabelsten Geschäftszweigen. Die Arbeiter müssen auch hier zuzahlen, und selbst dann werden nicht alle Leistungen gedeckt, sondern müssen sich die Patienten in unterschiedlichem Grad selbst an den Kosten beteiligen. Nur ein Drittel der Bevölkerung der USA hat Versicherungen, die die Kosten für medizinische Behandlungen voll dekken. Nur ein Sechstel hat eine Versicherung für Zahnbehandlung. Lange Krankheiten sind in vielen Fällen eine Katastrophe für eine ganze Familie, wobei dies bis weit in die besser bezahlten Angestellten-Berufe und die kleinen und mittleren Privateigentümer hinein der Fall ist.

Die Krankenversicherung für Rentner, das sog. Medicare-Programm, ist Bestandteil der Rentenversicherung. Diese Versicherung ist zwangsweise und staatlich. Die Beiträge werden mit den Beiträgen zur Rentenversicherung zusammen als „Sozialversicherungssteuer“ vom Lohn oder Gehalt abgezogen. Die Sozialversicherungssteuer ist nach der Lohnsteuer die zweitgrößte Steuer überhaupt, die 28 % aller Einnahmen der Bundesregierung im Budget 1978/79 erbracht hat.

Auch Medicare bestreitet dabei durchaus nicht alle Kosten für die ärztliche Behandlung der Rentner. Sondern die Behandlung in Krankenhäusern oder Pflegeheimen ist auf 90 bzw. 100 Tage beschränkt. Die Rentner müssen vorab 144 Dollar auf den Tisch legen. 144 Dollar – das ist mehr als die Hälfte der Durchschnittsrente! Bei längeren Aufenthalten müssen die Rentner die Kosten zum größten Teil selbst tragen. Sie können sich dann bei der Wohlfahrt melden und „Medicaid“ beantragen. Aber darauf verzichten viele, aus Angst vor den gefürchteten bürokratischen Schikanen, die das mit sich bringt. – Für die sonstige medizinische Behandlung beim Arzt, für Medikamente etc. müssen die Rentner noch eine Zusatzversicherung beim Staat abschließen und Extra-Beiträge zahlen, die nicht hoch sind, aber um so gehässiger. Auch dann werden nur 80 % der Kosten bezahlt, nach Vorauszahlung von 60 Dollar vor der Arztbehandlung.

Carters Reformpläne, denen die Experten gegenwärtig noch den letzten Schliff geben, sind inzwischen mit verschiedenen Hinweisen angekündigt worden, aus denen man die Stoßrichtung des Unternehmens erkennen kann: So beklagte sich der Minister für Gesundheit, Wohlfahrt und Erziehung, Califano (Carters Ehrenberg) bei der Vorlage des Bundesbudgets, daß ein immer wachsender Teil, nämlich 30 %, für die Rentner ausgegeben werde. Der Staatshaushalt werde „immer grauer“, wie er sich ausdrückte. (International Herald Tribune, 24.2.78) – Und ein „Top-Berater“ Carters enthüllte die Grundzüge der Krankenversicherungsreform: es gehe nicht um eine Einheitsversicherung dabei, sondern vor allem um einen einheitlichen gesetzlichen Versicherungszwang. „Umfragen haben ergeben, daß 60 % aller Amerikaner bereit sind, für einen umfassenden Versicherungsschutz mehr Steuern zu zahlen.“ Gerade ein vereinheitlichtes Versicherungssystem mit ausgedehnterer Staatskontrolle sei aber die Voraussetzung für eine wirksame Kostendämpfung im Gesundheitswesen. (US News & World Report, 24.4.78)

Man möchte meinen, die US-Imperialisten hätten von ihren westdeutschen Blutsbrüdern abgeschaut. Im Winter hat Carter bereits unter Hinweis auf die hohen Ausgaben für Renten die Sozialversicherungssteuern von 5,85 %, die jeweils vom Lohnabhängigen und vom Kapitalisten zu zahlen sind, auf 6,05 % für 1978, 6,65 % für 1981 und stufenweise auf 7,65 % bis 1990 erhöht. Damit sollen binnen 10 Jahren 227 Mrd. Dollar *zusätzlich* hereingebracht werden – „die größte Steuererhöhung in Friedenszeiten“, wie das „Wall Street Journal“ die Anlage dieses Kriegsschatzes seinerzeit fein umschrieb.

Die Einführung einer allgemeinen und zwangsweisen Krankenversicherung wird neue immense Summen teils in die Kassen der privaten Versicherungen und Banken, teils des Staates schwemmen. Um sich eine Vorstellung zu machen: vom Juli 1966 bis Juni 1977 sind allein durch die bisherigen Sozialversicherungssteuern mehr als 750 Milliarden Dollar eingenommen worden. Ein beträchtlicher Teil dieser Summe muß fortlaufend aufgeschatzt worden sein (leider haben wir eine detaillierte Bilanz nicht zur Hand) und als billig zu habendes, angriffslustiges Zusatzkapital an die Kapitalisten ausgeliehen worden sein. Jedenfalls weist die Statistik über Einnahmen und Ausgaben der Rentenversicherung und der Krankenversicherung für Rentner jährliche Zinsrückflüsse von etwa 5 % aus.

Die unmittelbare Verbindung von Kranken- und Renten-Versicherung in den Händen der Regierung, auf Grundlage eines Rentnerelends, das sich selbst mit dem in der BRD kaum vergleichen läßt; weiter ein System der Selbstbeteiligung, das es ermöglicht, durch einen einheitlichen Versicherungszwang hunderte Milliarden zu scheffeln und dennoch Millionen Menschen von jeder medizinischen Versorgung ausgeschlossen zu halten; schließlich eine Medizin, die gegenüber den Alten und Armen schon längst den Beweis geliefert hat, daß sie nicht unbedingt lebensverlängernd, sondern ebensogut in der umgekehrten Richtung wirken kann – das alles eröffnet der herrschenden Monopolbourgeoisie glänzende Perspektiven zur Sanierung der Sozialversicherungskassen und ihrer Verwandlung in eine sprudelnde Kapitalquelle. – (Z-Red)

Japanischer Generalstabschef fordert Atombombe

Am 23.4. hat sich der Generalstabschef der japanischen Streitkräfte, General Hiroomi Kurusa, für eine atomare Bewaffnung Japans ausgesprochen. Dies ist der neueste Vorstoß der seit Monaten laufenden Kampagne der japanischen imperialistischen Bourgeoisie für die Ausrüstung mit Atomwaffen. Zum Atomsperrvertrag, den die japanischen Imperialisten unterschrieben haben, erklärte der Chef der politischen Abteilung im Selbstverteidigungsamt, „... besteht die Möglichkeit, daß Japan einmal nicht mehr zu den Unterzeichnern des Sperrvertrags gehört.“ (Die Presse, 16.3.78) Im März ließ die Regierung nun das erste amtliche Bekenntnis los, daß die japanische Verfassung den Unterhalt von militärischem „Verteidigungs“potential nicht verbiete und von daher auch gegen eine Aufrüstung mit atomaren Waffen nichts einzuwenden sei. Vorbereitungen dazu wurden bereits im Herbst 77 durch den mit den USA abgeschlossenen Atomvertrag getroffen, nach dem Japan berechtigt ist, verbrauchte Uranbrennstoffe für die Dauer von zunächst 2 Jahren in der Wiederaufbereitungsanlage Tokai Mura aufzuarbeiten und zu lagern. Die Anlage soll der japanischen Bourgeoisie dazu dienen, durch 100 %ige Ausnutzung des vorhandenen Urans die strategische Schlagkraft auch bei kurzfristigen Unterbrechungen des Urannachschubs zu erhalten. Gleichzeitig schafft die Anlage die Voraussetzung dafür, durch das bei der Verarbeitung der ausgebrannten Brennstäbe erzeugte Plutonium Atomwaffen herzustellen. In den 2 Jahren sollen Wege gefunden werden, „die Nutzung der Kernenergie ... mit der Nichtverbreitung von Kernwaffen in Einklang zu bringen“, z.B. durch Herstellung eines Gemischs von Plutoniumnitrat und Uranoxyd, das als Brennstoff verwendbar wäre, aber nicht zur Herstellung von Atomwaffen. Ein japanischer Wissenschaftler bemerkte lakonisch dazu: „Was gemischt werden kann, kann auch wieder getrennt werden.“

Bei dem Versuch, imperialistische Großmacht zu werden, gibt es Fesseln, die Ergebnis des Kampfes der Völker gegen den japanischen Faschismus und dessen Niederlage sind. Diese Niederlage haben die US-Imperialisten dazu genutzt, einen imperialistischen Konkurrenten zeitweilig auszuschalten. Im Artikel 9 der japanischen Verfassung heißt es: „... verzichtet das japanische Volk für alle Zeiten auf den Krieg als ein souveränes Recht der Nation und die Androhung oder Ausübung von Gewalt als Mittel zur Regelung internationaler Streitigkeiten. Zur Erreichung des Zwecks des Absatz 1 werden Land-, See- und Luftstreitkräfte sowie andere Kriegsmittel nicht unterhalten. Ein Kriegsführungsrecht des Staates wird nicht anerkannt.“ Die japanische Bourgeoisie sah nach der Kapitulation keinen anderen Weg, als durch Unterwerfung unter die US-Imperialisten, die Japan als Bollwerk gegen die Völker Asiens und die Sowjetunion einsetzen wollten, die Vorbedingungen der Restauration ihrer eigenen imperialistischen Macht zu schaffen. So gingen japanische Verfassungsrechtler fieberhaft daran, nach Möglichkeiten zu suchen, das Verbot der Neuaufstellung der alten Wehrmacht zu umgehen und besannen sich schließlich darauf, daß das Recht auf militärische „Selbstverteidigung“ im Artikel 9 nicht ausdrücklich verboten sei. 1950 wurde unter dem Mantel der „Nationalen Polizeireserve“, später der „Selbstverteidigungsstreitkräfte“, die imperialistische Remilitarisierung begonnen. 1951 diktierten die US-Imperialisten der japanischen Regierung einen „Sicherheitsvertrag“ – wogegen die Bourgeoisie aus Furcht vor den Massen auch nichts hatte –, in dem festgehalten ist: „Japan gewährt und die Vereinigten Staaten übernehmen ... das Recht, in und um Japan Land-, Luft- und Seestreitkräfte der Vereinigten Staaten zu stationieren. Die amerikanischen Streitkräfte können dafür eingesetzt werden, den internationalen Frieden und die internationale Sicherheit im Fernen Osten sowie die Sicherheit Japans gegenüber äußeren Angriffen zu wahren; sie können ferner auf ausdrückliches Verlangen der japanischen Regierung zur Unterdrückung von großangelegten Unruhen und Ruhestörungen in Japan selbst herangezogen werden, falls solche Störungen des inneren Friedens auf Betreiben oder durch Intervention einer außenstehenden Macht verursacht werden.“ Dementsprechend stimmte die japanische Bourgeoisie auch gleichzeitig zu, daß die USA die amerikanischen Stützpunkte als Operations- und Nachschubbasis für ihre Agression in Korea verwenden könne.

Obwohl Japan damit an der Leine des US-Imperialismus hängt, will es sich doch davon losreißen und in das Ringen der Supermächte um die Aufteilung der Welt selbständig eingreifen. Eines fehlt eben noch: Atomwaffen. Deshalb die Hektik um die Wiederaufbereitungsanlage.

Eines werden die japanischen Imperialisten nicht brechen können: den hartnäkkigen Kampf, den die japanischen Volksmassen seit der Restauration des japanischen Imperialismus gegen den Militarismus, den Besitz von Atomwaffen, den amerikanisch-japanischen „Sicherheitsvertrag“ und für den Abzug aller fremden Truppen und die Auflösung aller Militärstützpunkte führen. – (Z-Red.)

IWF: Imperialisten wollen Kreditschraube anziehen

Am 29. und 30.4. hat in Mexico City der Internationale Währungsfonds getagt. Auf dieser Konferenz sind die Widersprüche zwischen den Imperialisten, die diesen Fonds kontrollieren, und den Ländern der Dritten Welt erneut schroff hervorgetreten, aber auch die Widersprüche zwischen der US-amerikanischen Supermacht und den anderen westlichen Imperialisten.

Die Länder der Dritten Welt haben auf dieser Konferenz erneut die Forderung nach Erhöhung der Quoten und der Sonderziehungsrechte (SZR) erhoben, weil von der Höhe der Quoten die Höhe der Kredite abhängt und von den Sonderziehungsrechten die Möglichkeit, bei einem anderen Mitgliedsland des Währungsfonds einen Währungskredit zu ziehen. Außerdem fordern sie Zinssubventionen für Kredite, die unter der festgelegten Höhe liegen, die sich aus der Quote ergibt.

Die US-Imperialisten , die seit der Lösung des Werts der Sonderziehungsrechte vom Gold über diese Form des Währungskredits letztlich die wertvollen Rohstoffe der Länder der Dritten Welt gegen die fauligen Dollars getauscht haben, wollen jetzt den nächsten Schritt, die Erhöhung des Zinssatzes für die Sonderziehungsrechte durchsetzen.

Die US-Imperialisten, die bisher stets gegen eine Erhöhung der SZR aufgetreten sind, haben auf der Konferenz in Mexico jetzt durch ihren Finanzminister Blumenthal einen hinterhältigen Vorschlag gemacht. Der Vorschlag der US-Imperialisten lautet:

Der IWF soll über 3 bis 5 Jahre eine „bescheidene Menge" von neuen Sonderziehungsrechten ausgeben, geknüpft an die Bedingung, daß bei der kommenden 7. Quotenerhöhung ein Teil der Quoten in Sonderziehungsrechten einzuzahlen sind. Für die Länder der Dritten Welt und andere Schuldnerländer würde das bedeuten, daß sie auf Grund der Erhöhung der Sonderziehungsrechte zunächst bei anderen Ländern Währungskredite ziehen könnten, die neuen Sonderziehungsrechte später aber, bei der Erhöhung der Quoten wieder in den Fonds einzahlen müßten, wodurch sie weniger SZR besitzen würden als ihrer Zuteilung entspricht und die Zinszahlungen an die imperialistischen Räuber, vermittelt über den IWF, noch zunehmen würden. In seinem Vorschlag hat der US-Imperialismus dann auch gleich eine Erhöhung der Zinsen für die SZR vorgesehen.

Wie weit die US-Imperialisten ihren Dollarbetrug schon getrieben haben, ist auf der Konferenz von den imperialistischen Finanzhaien zufrieden festgestellt worden: „Die Minister nahmen von einigen günstigen Entwicklungen Kenntnis, so etwa vom starken Überschußabbau der OPEC-Staaten von 10 auf 23 Milliarden Dollar," (Neue Zürcher Zeitung) was ihnen aber keineswegs ausreicht. „Die Ungleichgewichte unter den Industrieländern ... haben die Anpassung der ölproduzierenden Entwicklungsländer in den letzten Jahren unnötig erschwert." (Handelsblatt, 2.5.) „Anpassen" wollen die Imperialisten die bis jetzt noch positiven Handelsbilanzen der OPEC-Staaten an die defizitären Bilanzen der bei den Imperialisten verschuldeten Länder der Dritten Welt und verhindern. daß die erdölex-
ten Welt und verhindern, daß die erdölex-
portierenden Länder die Widersprüche zwischen den Imperialisten nutzen, um weiteren Raubbau an den nationalen Ressourcen dieser Länder zu treiben.

Diesen Plänen der US-Imperialisten seien die westdeutschen Imperialisten wohlgesonnen, vermerken die westdeutschen Finanzblätter, zumal sie eingestehen mußten, daß der Vorschlag der BRD-Imperialisten, die Kredite an bestimmte Bedingungen zu knüpfen, nicht durchzusetzen ist.

Auch dem rascheren Ausbau des Erpressungsinstrumentariums, das die Imperialisten mit der letzten Änderung des Übereinkommens über den Internationalen Währungsfonds, die am 1. April in Kraft getreten ist, durchsetzen konnten, wie der Überwachung der Kapitalaufnahmen und des Devisenhandels, den der US-imperialistische Finanzminister Blumenthal auf der Konferenz forderte, stimmen die BRD-Imperialisten zu, zumal sie mit 5,52% der Stimmen den drittgrößten Stimmenanteil im IWF besitzen und somit an dieser Kontrolle teilhaben. Weniger wohlgesonnen stehen sie allerdings zu den Plänen der US-Imperialisten, der DM eine noch stärkere Rolle als Reserve und Investitionswährung innerhalb des europäischen Währungsverbundes zu geben, weil sie zu Recht vermuten, daß sie dadurch über kurz oder lang zu einer Aufwertung der DM gezwungen würden und dadurch der Exportoffensive der westdeutschen Imperialisten Schaden zugefügt würde. Gegenüber diesen Plänen des US-Imperialismus hat Matthöfer erklärt, daß sich die Bundesregierung vom Ausland nicht drängen lasse. Die Bundesregierung sei nicht für hektische Betriebsamkeit, aber für Wachstum sei sie natürlich. Welche Sorte Wachstum er meint, kann man an dem Kanada-Kredit sehen, den die Deutsche Bank letzte Woche vergeben hat. Mit 1,5 Mrd. DM hat das westdeutsche Finanzkapital „ganz ohne internationales Kreditkonsortium" direkt die kanadischen Währungsreserven kreditiert, das Land, das traditionell vom Dollar abhängt, wie die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" spitz vermerkt. – (Mi-Red.)

Peru setzt sich gegen die „IWF-Kur" zur Wehr

Deutsch-Südamerikanische Bank begeistert über Zunahme des westdeutschen Kapitalexports

Wenn die Imperialisten melden, daß wieder einmal ein Land der Dritten Welt einer „Kur" des Internationalen Währungsfonds (IWF) unterzogen werde, kann man sicher sein, daß sie dabei sind, einen großangelegten Raubzug durchzuführen. Seit über einem Jahr hat der IWF Peru in seinem Würgegriff. Perus Auslandsschulden hatten sich von 1,2 Milliarden Dollar 1970 auf 4,2 Milliarden im September 1977 nahezu vervierfacht. Insbesondere die kurzfristigen Schulden waren stark angewachsen. Die Devisenreserven waren Ende 1977 gerade noch ein Drittel so hoch wie die 911 Millionen Dollar Zins und Tilgung, die 1978 an die imperialistischen Staaten insgesamt zu zahlen sein werden. Der peruanische Staat hatte im März gerade noch 80 Millionen Dollar in seinen Kassen.

Bereits Anfang April '77 hatte der IWF ein ganzes Paket von Maßnahmen gefordert als Voraussetzung für die Vergabe eines Kredits: Reduzierung der Inflationsrate von 40 auf 15%, drastische Haushaltskürzungen, Steuererhöhungen, Krediteinschränkungen, weitere Abgaben des Sol (peruanische Währung, z. Zt. entsprechen 135 Sol einem Dollar), keine weiteren Auslandsverschuldungen. Die bürgerliche Regierung unter General Morales Bermudez unterwarf sich schließlich nach heftigen Auseinandersetzungen auch in den Reihen der peruanischen Bourgeoisie den IWF-Bedingungen, hob die letzten Reste der Preissubventionen für Grundnahrungsmittel auf, erhöhte den Benzinpreis um 50%, begrenzte die Lohnerhöhungen auf maximal 15% und sagte eine Reduzierung des Haushaltsdefizits von 80 Mrd. auf 35 Mrd. Soles und eine Abwertung des Sol in Höhe der Inflationsrate zu. Die unmittelbare Folge war eine Preiserhöhung bei den Lebensmitteln und den Transporttarifen zwischen 15 und 70% allein im Juni.

Die Antwort der Arbeiterklasse, von Bauern, Fischern, Studenten, Schülern und Lehrern war ein Generalstreik am 19. Juli, auf den sich 26 Gewerkschaften geeinigt hatten. Sie verlangten Lohnerhöhungen zum Ausgleich der Inflation, stellten politische Forderungen nach „unbegrenzter Geltung aller demokratischen Rechte" wie Aufhebung des Ausnahmezustandes, unbeschränktes Streikrecht, Versammlungs-, Presse-, Meinungs-, Organisations- und Demonstrationsfreiheit. Das Bündnis der Arbeiterklasse mit den Bauern kam in der Forderung nach Aufhebung der Agrarschuld zum Ausdruck, der Zusammenschluß mit allen für ihre Freiheit kämpfenden Völkern, insbesondere in Lateinamerika, war fester Bestandteil der Aktionen. Die Militärregierung unterdrückte den Streik mit der Armee, die in die Menge schoß, Hunderte einkerkerte oder sie des Landes verwies. Die Regierung ermächtigte die Kapitalisten einen Tag später, jeden führend am Streik Beteiligten zu entlassen. Mindestens 4000 Arbeiter wurden entlassen. Diese Kämpfe im Juli haben rund 200 Tote gefordert.



Kundgebung der Gewerkschaften am 25.11.1977 in Lima für Lohnerhöhung, Wiedereinstellung der entlassenen Arbeiter und Angestellten, Freiheit für alle politischen Gefangenen und gegen die Ausnahmegesetze. Im Kampf gegen die Regierung, die die Maßnahmen des Internationalen Währungsfonds durchsetzen will, kommt der Zusammenschluß der Volksmassen unter Führung der Arbeiterklasse wegen des Fehlens einer marxistisch-leninistischen Partei der Arbeiterklasse nur langsam voran. Aber selbst diese noch oft zersplitterten Kämpfe verhindern die volle Durchsetzung des IWF-Programms.
terten Kämpfe verhindern die volle Durchsetzung des IWF-Programms.



Landbesetzung in Anta (Cusco) im Dezember 1977. Die Bauern fordern: „Für Land, nationale Befreiung, Volksdemokratie und Sozialismus!"

Die peruanischen Militärs waren danach nicht mehr in der Lage, das IWF-Programm voll durchzusetzen. Ein US-Finanzkapitalist empörte sich darüber im Januar 1978 in der „Business Week": „Wir sind hinters Licht geführt worden. Peru versprach eine Reihe von Maßnahmen (zur Sanierung der Finanzen), die jedoch nicht durchgeführt wurden." Und „Blick durch die Wirtschaft", ein Anhängsel der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung", schrieb am 14.4.78: „In nordamerikanischen Bankkreisen ist man ‚irritiert' über den peruanischen Fehlschlag, das hohe staatliche Haushaltsdefizit zu verringern, und über die anhaltenden jährlichen Ausgaben des Landes für militärische Ausrüstungen in Höhe von über 350 Millionen Dollar." Die US-Imperialisten sind „irritiert", weil Peru auch in dieser Lage an der militärischen Verteidigung seines Territoriums festhält und sich Waffen besorgt. Daß die peruanische Regierung dies beim sozialimperialistischen Konkurrenten tut, erfüllt sie mit tiefer Sorge. Die Sowjetunion ihrerseits hofft so, ihren Rückstand gegenüber dem US-Imperialismus wettzumachen und nach Kuba einen weiteren Fuß nach Lateinamerika setzen zu können, auch über die am 10. April abgeschlossenen „Umschuldungsverhandlungen" in Moskau, in denen Peru einen Zahlungsaufschub von 80% der bis 1980 zu zahlenden Zinsen und Tilgungen erreichte. „Unter diesen Umständen dürfte es für Peru schwierig sein, das Vertrauen der nordamerikanischen Finanzwelt wiederzugewinnen ... Ohne dieses Vertrauen wiederzuerlangen, kann Peru auch nicht damit rechnen, kreditwürdig zu werden."(Blick durch die Wirtschaft, 14.4.78)

Die peruanischen Volksmassen wissen, was „Kreditwürdigkeit" bei den Imperialisten für sie bedeutet. Der Militärregierung gelang es nur bis zum Herbst, die Kämpfe zu unterdrücken. Im September besetzten 8000 Familien aus 17 Communidades (Dorfgemeinschaften) die 2800 Hektar umfassende Kooperative, die tatsächlich nichts anderes ist als staatlich verwalteter Großgrundbesitz, und forderten: „Für Land, nationale Befreiung, Volksdemokratie und Sozialismus!" Im gleichen Monat streikten alle
Im gleichen Monat streikten alle
25000 Beschäftigten der staatlichen Sozialversicherung, setzten Lohnerhöhungen und die Rücknahme der Entlassungen von 3500 Angestellten durch. Im November folgte ein Generalstreik in Cusco und eine 30000 Mann starke Demonstration des Gewerkschaftsverbandes CGTB gegen die Auswirkungen der „IWF-Kur". Hartnäckig hielten die peruanischen Volksmassen an ihren Forderungen fest, so die 5000 Stahlarbeiter von Siderperu/Chimbote während eines 52-tägigen Streiks im Dezember und Januar, die Arbeiter und Bauern im Februar 1978 während zweier 48-stündiger Generalstreiks und die Arbeiter der Fischindustrie im März. Im April streikten die Arbeiter in Arequipa, einer der größten Städte Perus, für die Aufhebung des Gesetzes, das den Kapitalisten Entlassungen erleichterte, und forderten den Rücktritt des Innenministers. Die Minenarbeiter von Pacocha und Colquijirca streikten für die Auszahlung der Löhne, und die Landarbeiter der staatlichen Kooperative Tambo Real beschlagnahmten Agrarprodukte, da sie vom bankrotten Staat keine Löhne mehr erhielten. Seit mehreren Wochen gibt es in vielen Städten Perus Hungerstreiks mit dem Ziel der Wiedereinstellung entlassener Arbeiter. Alle diese Kämpfe wurden mit großer Zähigkeit geführt, die Streiks waren alle illegal. Es waren Abwehrkämpfe gegen die Maßnahmen der Regierung, die das IWF-Programm durchsetzen wollte, und noch nicht unter der einheitlichen Führung einer revolutionären Partei der Arbeiterklasse. Aber selbst diese noch zersplitterten Kämpfe lassen die Imperialisten ahnen, was die Stunde geschlagen hat.

Beschwichtigend auf ihre Kundschaft gemünzt schreibt die Deutsch-Südamerikanische Bank in ihrem



Die Karte macht deutlich, daß die Transportwege Perus ganz gemäß den Bedürfnissen der Imperialisten nach Ausplünderung und Ausbeutung des Landes gebaut wurden. Allwetterstraßen und Eisenbahnen führen in die Gebiete, aus denen Kupfer, Wismut, Silber, Vanadium, Baumwolle, Zucker und Fischmehl in die Häfen abtransportiert werden.



„Kurzbericht über Lateinamerika" im Februar 1978: „Die innenpolitische Ruhe wurde in letzter Zeit durch einige überwiegend kürzere Streiks in verschiedenen Kupferbergwerken und im Stahlwerk Chimbote, die auf steigende Lebenshaltungskosten zurückgeführt werden, leicht gestört." Die Finanziers der Deutsch-Südamerikanischen Bank, einer Filiale der Dresdner Bank, wollen den blühenden westdeutschen
wollen den blühenden westdeutschen
Kapitalexport nicht „unnötig" stören. Sie brüsten sich damit, daß die Bundesrepublik mit den 50 Milliarden Kapitalexport „Anschluß an die Spitzengruppe der Industriestaaten gefunden" habe, 7 Millarden davon entfielen bis Mitte 1977 auf Lateinamerika, wobei die westdeutschen Imperialisten ihren eigenen Anteil sehr viel höher einschätzen, da im Gegensatz zu den imperialistischen Konkurrenten die westdeutsche Statistik nur die Direktinvestitionen erfaßt und nicht auch die im Lande erzielten und reinvestierten Gewinne. „Die deutsche Wirtschaft hat in Lateinamerika nahezu in allen Wirtschaftszweigen investiert", setzt die besagte Bank ihr Schlachtbulletin fort. Bezüglich der einzelnen Länder haben die westdeutschen Finanzbourgeois sich aber auf besondere Bereiche konzentriert: in Chile mit 66% und in Kolumbien mit 46% auf Chemie und Pharmazie, in Mexiko mit 49% auf den Straßenfahrzeugbau, in Peru mit 72% auf die Erdölgewinnung, in Venezuela mit 33% auf die elektrotechnische Industrie. Den Gipfelpunkt der parasitären Investitionen bilden die fast ausschließlich in Holdinggesellschaften in Panama und Curaçao angelegten Kapitale. „Hier zeigt sich deutlich, daß die Direktinvestitionen um so breiter streuen, je größer der Markt und je differenzierter die Wirtschaft entwickelt ist", kommentiert die Bank ihre Erfolge in der Ausbeutung und der Verhinderung der selbständigen Entwicklung der Länder Lateinamerikas. Um diesen Erfolg abzusichern, haben sie sich im peruanischen Ministerium für Bergbau und Energie wie auch in anderen Ministerien mit „acht Experten" festgesetzt (nach: Cooperacion, hrsg. von der westdeutschen Botschaft in Lima). Der Haß des peruanischen Volkes auf die westdeutschen Imperialisten steht dem Haß auf die US-Imperialisten in nichts nach. – (Z-Red.)

Zielstrebige Vorbereitung der Intervention in Zimbabwe

Sigmaringer Verwaltungsgericht bestätigt Verbot der Sammlung unter Berufung auf die „Innere Lösung"

Dås Verwaltungsgericht in *Sigmaringen* hat jetzt entschieden, daß Sammlungsverbot und Beschlagnahmung der ZANU-Gelder, die von der westdeutschen Arbeiterklasse aufgebracht wurden und der Ausrüstung einer vollmotorisierten Kompanie der ZANLA dienen, rechtens seien, die Sammlung selber hingegen „mit großer Wahrscheinlichkeit grundgesetzwidrig". Das Sigmaringer Richterpack sieht größere abendländische Werte durch die Unterstützung der ZANU gefährdet. Die Begründung für diesen Spruch lautet:

„Die derzeitige politische Situation im Gebiet des zukünftigen Zimbabwe ist aber gerade dadurch gekennzeichnet, daß versucht wird, militärische Lösungen, insbesondere auch der Schwarz-Afrikaner untereinander, auszuschließen (vgl. das Interview mit Ian Smith im Spiegel vom 24.4.1978 – S. 158). Auf dieser Linie liegt auch der Entschluß der gemischtrassigen rhodesischen Übergangsregierung, das Verbot der ZANU und ZAPU aufzuheben. (vgl. Frankfurter Rundschau vom 27.4.1978, S.2) Angesichts einer solchen politischen Situation liegt es auf der Hand, daß ein weiteres Aufrüsten (wie es die verbotene Sammlung des Antragstellers beabsichtigt) den politischen Konflikt, vor allem zu den ‚gemäßigten Schwarz-Afrikanern' eher verschärft und die Versuche einer Lösung des Rhodesien-Problems auf friedlichem Wege erschwert. Es spricht somit vieles dafür, daß der Antragsteller eine friedensstörende Handlung i. S. des Art. 26 GG vorgenommen hat."

Das ganze Urteil baut auf der Anerkennung der „Inneren Lösung" auf, dieser imperialistischen Schöpfung zur Aufrechterhaltung der Kolonialherrschaft, an der F.J. Strauß „hinter den Kulissen" mitgewirkt hat. Der UNO-Sicherheitsrat hat diese „innere Lösung" als Fortsetzung des Kolonialregimes *zurückgewiesen* und *verurteilt*. Das ist ein Erfolg des Kampfes der Völker der Dritten Welt, dessen Grundlage der bewaffnete Befreiungskampf ist. Das Urteil zeigt die finstere Entschlossenheit, mit der der BRD-Imperialismus sich über diesen UNO-Beschluß hinwegzusetzen gedenkt in Verfolgung seiner imperialistischen Ziele im südlichen Afrika. Das zeigt die Hemmungslosigkeit, mit der er die offene Einmischung vorbereitet.

Der „friedliche Weg", den das Sigmaringer Richterpack beschwört, ist die Fortsetzung der 90-jährigen Kolonialherrschaft des Imperialismus in Zimbabwe, in der sie dem Volk von Zimbabwe Land und Freiheit geraubt und die schwarzen Arbeitermassen bis aufs Blut ausgebeutet haben. Die „friedliche Lösung" ist nichts anderes als die Unterdrückung des bewaffneten Befreiungskampfes, zu dem sich das Volk erhoben hat, um Land und Freiheit, die die Kolonialisten geraubt haben, zurückzuerobern.



Demonstration in Frankfurt am 1. Mai 1978 für die Anerkennung der Patriotischen Front durch die Bundesregierung

Die „Innere Lösung" dient den Imperialisten dazu, jede Intervention als inneren Zwist zwischen Gemäßigten und Radikalen darzustellen und letzten Endes die offene imperialistische Intervention als Mittel, das aus dem inneren Zwist hervorgegangene Blutbad zu beenden. Um dies alles entsprechend hinzubiegen, verwandelt das Sigmaringer Richterpack Ian Smith (den es zustimmend als Kronzeugen aufruft) in „die Situation in Zimbabwe", die durch den Versuch gekennzeichnet sei, „militärische Lösungen auszuschließen". Was Ian Smith und seine imperialistischen Hintermänner vermeiden wollen, ist die vollständige politische, ideologische und militärische Niederlage ihrer Kolonialmacht.

In einem Interview, das Genosse Ushewokunze der KVZ am 28.4. gegeben hat, erklärte er:

„Die Innere Lösung versucht, ein neokoloniales System in Zimbabwe zu installieren. Um dies zu zerschlagen, hat die ZANU als Bestandteil der Patriotischen Front den Befreiungskampf intensiviert mit dem Ergebnis, daß drei Viertel des Landes nun unter dem Einfluß der Befreiungskämpfer stehen, und daß die Massen fest hinter dem Befreiungskampf stehen. Wir greifen jetzt die entscheidenden Ziele des Feindes an und haben die Verbindungswege fast völlig unterbrochen. Die politische Bewußtheit der Massen hat äußerst günstige Bedingungen dafür geschaffen, daß 1978 das Jahr des Volkes und deswegen ein entscheidendes Jahr wird. Der Feind ist inzwischen umzingelt und versucht angestrengt, wieder in die Initiative zu kommen. 90% der Massen, bestehend aus 64% in den Landgebieten und 26% in den Farmstädten der weißen Minderheiten unterstützen jetzt unseren bewaffneten Befreiungskampf. Der Krieg ist jetzt zum Volkskrieg geworden im wahrsten Sinne des Wortes. Das Volk von Zimbabwe ist jetzt vollständig entschlossen, die politische Macht zu erobern, und politische Macht bedeutet für uns die Kontrolle über Armee und Polizei, die Kontrolle über die Justiz, die Kontrolle über alle öffentlichen Angelegenheiten und schließlich auch die Kontrolle über das Parlament. Wir sind uns darüber im Klaren, daß Parlament nicht gleichbedeutend ist mit Macht."

Ein neues Manöver, um die militärische Niederlage aufzuhalten, ist die Behauptung, Ian Smith beabsichtige, das Verbot von ZANU und ZAPU aufzuheben, wie die „Frankfurter Rundschau" am 27.4. verbreitet und die das Sigmaringer Richterpack aufgeschlabbert hatte.

Am 5. Mai schreibt die „Frankfurter Rundschau", daß der entsprechende Beschluß des Smith-Regimes folgendes beinhaltet: „Wir garantieren ihnen Sicherheit, wenn sie in Frieden kommen. Die Zeit ist nun gekommen, den Kampfhandlungen ein Ende zu bereiten." Das ist in Wirklichkeit nichts anderes als die Aufforderung an die Befreiungsstreitkräfte, die Waffen niederzulegen und zu kapitulieren. Ebenso wie die Reise von Owen und Vance ist sie darauf berechnet, die Patriotische Front zu spalten und Nkomo in die Innere Lösung zu integrieren. Dieser hat erklärt, daß der Guerillakampf bis zum Sturz des Smith-Regimes fortgesetzt werde. Obwohl abgrundtief lächerlich, ist dieses Manöver jedoch eine weitere Maßnahme, um Interventionsvorwände zu schaffen.

An anderer Stelle erklären die Sigmaringer Richter, die Vereinbarung zwischen dem KBW und der ZANU, daß alles gespendete Geld Eigentum der ZANU sei, sei „nichtig". So hätten sie es gerne. Noch lieber wäre ihnen, sie könnten die Verbindung zwischen dem kämpfenden Volk von Zimbabwe und der Arbeiterklasse und den Volksmassen in Westdeutschland zerschneiden. Deshalb hat die Bundesregierung der Delegation des ZK der ZANU verboten, in die BRD einzureisen und auf den Kundgebungen des KBW zu sprechen.

Nachdem sie alles daran gesetzt hatte, sowohl die Einreise zu verhindern, als auch den Grund dafür, die Teilnahme an den Kundgebungen und die Propagierung der Sammlungen zur Ausrüstung einer vollmotorisierten Kompanie der ZANLA, hinter dem Berg zu halten, mußten sie schließlich den Zweck herausrücken. „Der von den beiden ZANU-Mitgliedern selbst angegebene Reisezweck (Teilnahme an Veranstaltungen des Kommunistischen Bundes Westdeutschland) widerspreche den Grundsätzen der Bonner Afrikapolitik", erklärte das Auswärtige Amt gegenüber der Nachrichtenagentur Reuter (Frankfurter Rundschau vom 3.5.78). Um so wichtiger ist es, die Kampagne zur Ausrüstung einer vollmotorisierten Kompanie der ZANLA und zur Anerkennung der Patriotischen Front durch die Bundesregierung fortzusetzen und bis zur UNO-Vollversammlung die Million vollzumachen. – (Z.-Red.)

„Besuch bei ländlichen Afrikanern"

Nach einer Meldung der „Times" vom 4.5. haben Truppen des rhodesischen Siedlerregimes kürzlich in einer Aktion mehr als hundert zimbabwesche Bauern ermordet, die sich weigerten, in „geschützte Dörfer" umgesiedelt zu werden – Konzentrationslager für die Volksmassen, um die Befreiungskämpfer zu isolieren. Zwei Monate nach ihrer Unterzeichnung entpuppt sich die „interne Lösung" zwischen Smith und den afrikanischen Marionetten unter der Schirmherrschaft von US- und britischem Imperialismus jeden Tag deutlicher als Manöver zur Aufrechterhaltung der imperialistischen Gewaltherrschaft über Zimbabwe. Der Krach innerhalb der Regierung der „internen Lösung" zeigt: Die Volksmassen von Zimbabwe lassen sich nicht von ihrer Forderung nach vollständiger Unabhängigkeit abbringen, die Siege der Befreiungsstreitkräfte lassen sich durch die Manöver der Imperialisten und den Terror ihrer Söldner nicht aufhalten.

Die Völker der Welt wissen und unterstützen, daß das Volk von Zimbabwe sich selbst befreit und am bewaffneten Kampf festhält. Der bei dem rhodesischen Siedlerregime akkreditierte Korrespondent der britischen „Times" ist zu diesem für die Imperialisten niederschmetternden Ergebnis gekommen, als er im Zimbwa Reservat, 60 Meilen von Salisbury erkundete, wie weit das Manöver mit der „internen Lösung" verfangen hat und ob die Massen den Rattenfängern von Salisbury folgen.

Unter der Überschrift: „*Besuch bei ländlichen Afrikanern*" schreibt er am 22. April, das Gebiet habe „*zwei berühmte Söhne in jüngerer Zeit hervorgebracht.*" „*Einer von ihnen ist Robert Mugabe, Führer des ZANU-Flügels der Guerillaorganisation Patriotische Front . . . Der andere ist James Chikerema, ein früherer Guerillaführer, auf dessen Kopf bis vor kurzem ein Preis ausgesetzt war, der aber jetzt ein Minister in der rhodesischen Übergangsregierung ist und einer der Hauptgefolgsleute eines der Architekten dieser Regierung, Bischof Abel Muzorewa . . . Herr Chikerema ist kürzlich in sein Heimatgebiet zurückgekehrt. Er hat eine Farm im Werte von ungefähr 20 000 Pfund gekauft und man kann ihn manchmal sehen, wie er mit einem neu gekauften Range Rover auf seinen Ländereien herumfährt . . .Herr Mugabe hält sich außerhalb des Landes auf und führt seine Guerillaarmeen . . .Seine lange Abwesenheit scheint sein Ansehen aber eher gesteigert zu haben. Die Bewohner, mit denen ich bei meinem Besuch in dem Gebiet sprach, reagierten spontan und herzlich, wenn ich seinen Namen erwähnte . . .*

Ich habe in meinen Gesprächen mit ungefähr dreißig Leuten, Lehrern, Priestern, Kaufleuten, Arbeitslosen nur einen getroffen, der die Übergangsregierung unterstützte. . . . Sie waren fast vollständig einer Meinung in ihren Wünschen bezüglich der
Meinung in ihren Wünschen bezüglich der
Zukunft Rhodesiens, sie wollten ein Ende des Krieges und ‚echte' Unabhängigkeit . . .Ein Lehrer, der sich wie alle anderen, mit denen ich sprach, weigerte, aus Furcht vor Repressalien seinen Namen zu nennen, sagte: ‚Ich habe früher Muzorewa unterstützt, weil ich dachte, er stünde mit Mugabe in Verbindung und könnte uns echte Unabhängigkeit bringen. Aber jetzt denke ich, er ist genauso schlimm wie Smith.' Er mißtraute Pfarrer Sithole und hielt Häuptling Chirau für einen ‚Handlanger' . . .

Die ländlichen Afrikaner sind bemerkenswert gut informiert über das, was um Rhodesiens Grenzen vorgeht, besser als viele Weiße. Sie hören BBC und das örtliche Radio und um acht schalten sie die ‚Stimme des freien Zimbabwe' ein, die von Maputo sendet . . . ‚Es sind nicht die Guerillas, die uns terrorisieren, sondern die Truppen' sagte einer . . .Er und die anderen sprachen von den Guerillas als von den ‚Jungs' oder ‚vana mukoma' (unsere Brüder) und es kann keinen Zweifel geben, daß jeder Guerilla in diesem Gebiet die stillschweigende Unterstützung der örtlichen Einwohner genießen würde . . .

Der einzige Anhänger der Übergangsregierung, den ich traf, gab zu, daß er persönliches Interesse am Überleben der Übergangsregierung habe: Es war der Sohn von Herrn Chikerema."

Der einzige Ausweg für die Imperialisten aus dieser Lage ist die offene bewaffnete Intervention. Sie sind längst direkt tief in die blutigen Unterdrückungsversuche durch die Smith-Söldner verwickelt. In der gleichen Ausgabe der Times wurde ausführlich der Tod von Lord Richard Cecil gewürdigt, der von Kämpfern der ZANLA in einem Gefecht erschossen wurde. Lord Richard war der Urenkel des Kolonialisten Marquess of Salisbury, nach dem die Hauptstadt des Siedlerregimes benannt ist. Der Hauptmann eines britischen Garderegiments hielt sich in Zimbabwe als „Freier Journalist" auf. „*Lord Richard machte keine Geheimnisse aus seinen Sympathien mit der Sache der Weißen in Rhodesien.*" *Obwohl angeblich Journalist, „war er bereit, die rhodesische Armeeuniform zu tragen und ein Gewehr und es zu benutzen . . . Er selbst würde dem Nachruf ‚Im Kampf gefallen' zustimmen, den er verdient hat.*"

Bereits jetzt beklagen die Imperialisten die Verluste, die sie der Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe kostet. Jeder Versuch, den Befreiungskampf aufzuhalten, muß mit einer vernichtenden Niederlage der Imperialisten enden. – (Korrespondentenbericht London)

SWAPO bringt „westlichen Namibiaplan" zum Platzen

Der Überfall auf Angola zeigt die wahren Interessen der Imperialisten

Die Imperialisten stehen im südlichen Afrika mit dem Rücken an der Wand. Ihre weißen Klassenstaaten, „Rhodesien", „Südwestafrika" und „Südafrika" wanken unter den Schlägen des bewaffneten Befreiungskampfes der Völker im südlichen Afrika. Die massive und bedingungslose Unterstützung der Befreiungskriege durch die Völker Afrikas und der Welt zwingt die Imperialisten, ihre Interventionsabsichten auf Schleichwegen vorsichtig auf der diplomatischen Ebene vorzubereiten. Das Gewand des neutralen Friedensengels haben sich die Imperialisten übergezogen, um ihre aggressiven Eroberungspläne zu verhüllen.

Am 23.4.78 haben die fünf westlichen Mitglieder des UNO-Sicherheitsrates, USA, Großbritannien, BRD, Frankreich und Kanada, in London einen neuen „Friedensplan" für Namibia ausgeheckt. Der Plan beinhaltet Waffenstillstand, Auflösung der Truppen der SWAPO, gestaffelter Rückzug der südafrikanischen Truppen bis auf 1500 Mann, die solange im Süden Namibias stationiert und von UNO-Truppen überwacht werden sollen, bis freie Wahlen durchgeführt worden sind. Die gewählte verfassungsgebende Versammlung soll dann eine Verfassung ausarbeiten und dann sei Namibia frei und unabhängig. Eine UNO-Friedenstruppe soll den Waffenstillstand überwachen, und ein Sondervertreter des UNO-Sekretärs soll mit einem Detachement (Abteilung, Red.) von UNO-Beamten die Interimsverwaltung sowie die Vorbereitung und Durchführung der Wahlen überwachen. Der einzige Tiefseehafen Namibias, Walvis Bay, soll als südafrikanische Exklave bestehen bleiben und so ein Brückenkopf der Imperialisten gegen ein unabhängiges Namibia werden. Der ganze Plan strotzt von Gier nach Profit. Die südafrikanische Siedlerclique hat nach einigen Schaukämpfen sich für die Zustimmung zu diesem Machwerk „durchgerungen", gleich aber durch ihren Außenminister Botha verkünden lassen, daß südafrikanische Truppen und Polizei solange nicht aus Namibia abgezogen werden, „solange es in dem von Südafrika besetzten Territorium zu keinem Ende der Gewalttätigkeiten gekommen ist . . . Falls notwendig, werde Südafrika so viele Truppen nach Namibia bringen, wie nötig sei, um die Ruhe wiederherzustellen." (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 27.4.78) Greuelmärchen werden wieder verstärkt verbreitet, um die „schwierigen Verhandlungen auf der Sondersitzung der UNO-Generalversammlung mit der SWAPO" zu erleichtern. Sie soll gekrochen kommen und einwilligen. „Die SWAPO hat das Wort", schreiben westdeutsche Schmierenblätter. Die SWAPO hat gesprochen. Ein Kommuniqué der SWAPO enthält folgende Bedingungen: 1. Die SWAPO ist zu einem Waffenstillstand mit Südafrika bereit, sofern alle im westlichen Plan vorgesehenen Voraussetzungen zu freien Wahlen erfüllt sind. 2. Die „Hilfstruppe" der UNO für die Übergangszeit muß aus mindestens 1000 Zivilisten und mindestens 5000 Soldaten unter dem Befehl eines UNO-Vertreters bestehen. 3. Der UNO-Vertreter, der die oberste Gewalt für die Übergangszeit ausüben soll, muß die Freilassung aller politischen Gefangenen innerhalb von 14 Tagen garantieren. 4. Nach dem Waffenstillstand muß die 50 000 Mann zählende südafrikanische Garnison bis auf 1500 Soldaten das Land verlassen. Die verbleibenden südafrikanischen Soldaten müssen Namibia acht Tage nach der Bekanntgabe des Wahlergebnisses verlassen. 5. Die SWAPO weist auf die Unverletzbarkeit des nationalen Territoriums einschließlich des Hafens der Walfischbucht hin.

Auf der Sondersitzung der UNO am 3.5. hat der Genosse Nujoma die Verschärfung des bewaffneten Befreiungskampfes als Antwort auf diese Manöver angekündigt. Die Sondervollversammlung wurde mit einer Resolution abgeschlossen, in der der Sicherheitsrat aufgefordert wird, bindende Wirtschaftssanktionen gegen Südafrika zu verhängen. 21 westliche Staaten enthielten sich der Stimme, 119 Ja-Stimmen und keine Gegenstimme. Die westdeutsche Finanzbourgeoisie begründet ihre Enthaltung mit ihren derzeitigen Bemühungen um eine Lösung des Problems. Von Wechmar als Vertreter der BRD lobte den Plan als „ausgewogenes Paket", das nicht verändert werden dürfe, weil sonst die Realisierung in Frage gestellt werde. Das westliche Vorhaben sei die beste Art, die Interessen aller Beteiligten miteinander zu vereinbaren. Das ist schon wirklich frech. Hier stehen Klasseninteressen unversöhnlich gegenüber. Wie können die Interessen des Volkes von Namibia, geführt durch die SWAPO, mit den Interessen der Imperialisten vereinbart werden. Nichts da. Spaltung und Vernichtung der Revolution ist das Ziel der Imperialisten. Friedhofsruhe in „ihren" Schatzkammern wollen die.

„Diese zwei Klassen/Rassen, die die Buren ‚Völker' nennen, stehen einander gegenüber. Ihr Gegensatz konzentriert sich auf den ökonomischen Sektor (Ausgebeutete gegen Ausbeuter), und daher kann nur eine radikale Veränderung, gegründet auf die Prinzipien des Klassenkampfes, eine dauerhafte Lösung bedeuten. Daraus ergibt sich, daß das Ziel unseres Kampfes nicht zu dem Zeitpunkt erreicht sein wird, an dem wir die Unabhängigkeit proklamieren können, sondern erst dann, wenn eine vollständige soziale Umwälzung stattgefunden hat, wenn die Produktivkräfte freigesetzt sind für eine ungehinderte soziale und ökonomische Entwicklung . . . Es wird niemand vom Mars oder Mond oder auch nur von der UN oder OAU kommen, um uns den Kampf abzunehmen. Wir sind es und nur wir, die in unserem eigenen Land für unsere eigene Befreiung, unsere eigene Unabhängigkeit und für unsere eigene Zukunft kämpfen werden." (Manifest der SWAPO-Jugendliga 1971)

Das ist die Haltung der SWAPO, mit der sie die Massen Namibias für den Kampf mobilisiert hat. Den Herren wie von Wechmar geht es bei ihren Lügen auch nicht um Vereinbarung. Nach dem Scheitern ihres Planes haben sie die Siedlerbourgeoisie in Pretoria vorwärtsgepeitscht, die SWAPO zu vernichten. Die wahren Interessen liegen jetzt offen. Am 4.5.78 hat Südafrika mit einem militärischen Überfall auf Angola begonnen. Mit Panzern, Infanterie und Luftwaffe soll gegen die Lager der SWAPO vorgegangen werden. 250 Kilometer bis nach Carissa sind die Truppen in Angola vorgedrungen. Sie haben schwere Verluste durch die SWAPO erlitten. Die angolanische Regierung trifft Vorbereitungen, die südafrikanischen Truppen zu vertreiben. Westliche Diplomaten geben sich „bestürzt" über die „Unschicklichkeit Pretorias". Die westlichen Imperialisten, voran die eine Supermacht USA, begeben sich in die Startlöcher, um die beiden „Konfliktparteien zu trennen" und Namibia ganz zu kassieren. Die andere Supermacht, die Angola bereits in ihre Halbkolonie verwandelt hat, sichert Unterstützung zu, nur um ihren Stiefel auch noch auf Namibia zu stellen. Mit aller Macht wollen die Imperialisten jetzt eine Entscheidung. Der Sieg wird ihnen nicht gelingen. Bedingungslose Unterstützung des bewaffneten Befreiungskampfes im südlichen Afrika, Druck auf die Bundesregierung, die Befreiungsorganisationen Namibias und Zimbabwes als einzig legitime Vertreter ihrer Völker anzuerkennen, sind jetzt notwendig, um die Interventionspläne der westdeutschen Imperialisten zu durchkreuzen. – (Bezirk Westberlin)

Ein ganzer Wirtschaftszweig wird saniert

In der Bauindustrie ist die Konzentration in den letzten Jahren rasch vorangeschritten. Größeres Kapital hat sich in den Händen weniger konzentriert. Dieser Prozeß wird durch die staatlichen Bauaufträge vorangetrieben.

„Der Seehafen Emden verfügt über
– leistungsfähige Umschlaganlagen für Massen- und Stückgüter
– gut ausgebaute Hinterlandverbindungen
– besondere Standortvorteile für Hafengebundene Industrie."

Anzeigen wie diese finden sich in vielen Wirtschaftszeitungen. Sie deuten an, in welchem Ausmaß der bürgerliche Staat die Kapitalisten aus Steuergeldern schmiert, damit diese ihre Profitabsichten verwirklichen können. Zur Förderung des Ausbaus der Infrastruktur durch Erschließung von Industriegelände, Ausbau des Verkehrsnetzes, der Energie- und Wasserversorgung sowie des Ausbaus von Ausbildungseinrichtungen sind im Landeshaushalt von Niedersachsen 71,5 Mio. DM für 1978 veranschlagt. Etwa 23,5 Mio. DM sind bereitgestellt für Industriemaßnahmen im Raum Wilhelmshaven. Dies ist ein Projekt von 322 Mio. DM. Darunter fällt der Bau eines Anlegers und die Eindeichung und Aufspülung von niedrigem Gelände, einem Projekt von allein 274 Mio. DM. In einem besonderen Vertrag hat sich das Land Niedersachsen noch dazu verpflichtet, dem Kapitalisten, der sich auf diesem gut vorbereiteten Boden niederlassen will, den Schuldendienst für die von ihm aufgenommenen Darlehen zu übernehmen. Das macht noch einmal 542 Mio. DM.

Solche Projekte, wie die Eindeichung und den Bau des Anlegers, erfordern großen Einsatz von Kapital und Maschinerie. Dazu sind nur die großen Bauunternehmungen in der Lage.

Der Umsatz der Bauindustrie betrug 1976 75,089 Mrd. DM. Der Anteil der öffentlichen Bauvorhaben belief sich auf einen Wert von 30,522 Mrd. DM. Das entspricht 40,6%. Große Teile der Bautätigkeit werden völlig von den staatlichen Aufträgen bestimmt. Dies ist insbesondere der gesamte Tiefbau, der Bau von Kanalisationen und vor allem der Straßenbau. Er ist fast zu 100% staatlich. Darauf sind die staatlichen Aufträge aber nicht beschränkt. In Niedersachsen macht der öffentliche Hochbau immerhin noch fast 15% des gesamten Umsatzes der Bauindustrie aus. Zusammen mit den gemeinnützigen Wohnungsgesellschaften ist der Staat noch mit knapp 10% am Bau von Wohnungen beteiligt und mit mehr als 23% des umbauten Raumes und 43% der Baukosten am Bau von Nichtwohngebäuden, vornehmlich größere Projekte.

Diese staatlichen Projekte fördern die Rationalisierung und Konzentration. Anders als beim Bau eines Einfamilienhauses kann bei den meisten Aufträgen des Staates, beim Bau von Schulen, Verwaltungsgebäuden oder großen Verkehrsprojekten große Maschinerie eingesetzt werden. Hinzu kommt, daß durch die vielen ver-
ten große Maschinerie eingesetzt werden. Hinzu kommt, daß durch die vielen ver-
schiedenen Auftraggeber für die kleinen und mittleren Projekte sich die kapitalistische Rationalisierung kaum durchbrechen läßt. Bei den staatlichen Projekten wird sie direkt gefordert und kann auch erst zur Anwendung kommen.

Der Drang zur Rationalisierung wird unterstützt durch das Verfahren, nach dem öffentliche Bauten vergeben werden. In der Regel werden sie ausgeschrieben und müssen nach einer bestimmten Frist fertiggestellt sein. Vergeben wird an den billigsten oder zweitbilligsten Anbieter. Das wird häufig unter den Kapitalisten abgesprochen. Wird die Baufrist überschritten, müssen die Kapitalisten Konventionalstrafen zahlen. Sie liegen etwa zwischen 5000 und 10000 DM pro Tag, um den die Baufrist überschritten wird. Den Druck der Konventionalstrafe wenden die Kapitalisten an, um die Ausbeutung der Arbeiter zu erhöhen. Sie drohen mit der Frist und fordern Überarbeit. Es gibt regelmäßig Auseinandersetzungen, wo die Kapitalisten mit dieser Begründung Überstunden, teilweise auch Schichtarbeit, verlangen. Unter diesen Bedingungen blüht auch der Pfusch. Viele Beispiele sind davon bekannt: etwa der Bruch des Elbe-Seitenkanals. Beim Bau der Autobahn zur Olympiade in Kiel wurden Bohrungen, die alle 200 Meter vorgesehen waren, um die Beschaffenheit des Untergrundes festzustellen, eingestellt. Die Autobahn ist jetzt wellig. Die Entfaltung der Produktivkräfte wird gehemmt.

Zur Lage in der Bauindustrie stellen die Kapitalisten fest: „Erstmals nach zwei Jahren, in denen Beschäftigte in erheblichem Maße freigesetzt wurden, stellte das Bauhauptgewerbe wieder zusätzliche Arbeitskräfte ein. (...) Freie Kapazitäten ... waren in den vorherigen Rezessionsjahren vollständig abgebaut worden." (Statistische Monatshefte Niedersachsen 3/77). Auf Kosten der Arbeiter wurde ein ganzer Wirtschaftszweig saniert. Das sind weitere Gründe für die Arbeiter, den Lohnkampf entschieden zu führen. – (N-Red.)

Die Bauarbeiter haben viele Gründe zu streiken

Am 10. und 11. Mai finden die Schlichtungsverhandlungen für den Lohnkampf im Bauhauptgewerbe statt. Von den Schlichtungsverhandlungen können die Bauarbeiter nichts Gutes erwarten, es wird solange geschlichtet, bis das Ergebnis nicht wieder zu erkennen ist und die Kapitalisten bereit sind zuzustimmen. Mehr als 5% wollen die Kapitalisten nicht zahlen.

Bei den letzten Verhandlungen haben sie sich zusätzlich zu dem hochgeschwindelten Angebot von angeblich 6,5% auch noch die Frechheit erlaubt, nach der Ablehnung eine Erhöhung des 13. Monatseinkommens anzubieten, das Angebot aufzuteilen in Lohnerhöhungen und Steigerung des 13. Monatseinkommens. Zusammen sollte es aber nicht mehr als 5% ausmachen.

Eine weitere Frecheit war das Angebot, den Schlichtungsspruch für den Rahmentarifvertrag anzunehmen, ihn aber nicht vom Zeitpunkt der Kündigung, also 1. Januar, sondern erst zum November 78 in Kraft treten zu lassen.

Der Abbruch der Verhandlungen war die richtige Antwort. Nicht nur in den Warnstreiks Mitte April, sondern auch in den Maidemonstrationen hat sich die Kampfbereitschaft der Bauarbeiter ausgedrückt. Überall wurden am 1. Mai Transparente zum Lohn- und Rahmentarif und zur Streikbereitschaft mitgetragen.

In Lübeck rief die IG-Bau-Steine-Erden zu einer Demonstration auf, an der sich 600 Kollegen beteiligten. Der Redner auf der Kundgebung stellte unter dem Beifall der Arbeiter heraus, daß es unter den Forderungen keinen Kompromiß gebe. Die Bauarbeiter sind kampfbereit. Wie sich die Kapitalisten den Ausgang dieses Lohnkampfes vorstellen und den Druck der Reservearmee weiter nutzen wollen, wurde aus einem Schreiben des Bundesverbandes der deutschen Bauindustrie deutlich, aus dem der Redner zitierte: „Alle Arbeitslosen könnten sofort Arbeit finden, wenn sie bereit wären, unter dem Tariflohn zu arbeiten." Das rief die Empörung der Kundgebung hervor.

Die Bauarbeiter haben eine jahrelange Rechnung zu begleichen, um Schluß zu machen mit den dauernden Lohnsenkungen. Die große Reservearmee haben die Kapitalisten genutzt, den Lohn der Bauarbeiter ständig zu senken. Viele Arbeiter haben den Bau verlassen, so daß durch Abwanderung und Arbeitslosigkeit die Zahl der Bauarbeiter von 1972 1535000 auf heute 1131000 gesunken ist. Die Produktion ist aber nur vorübergehend gesenkt worden, bereits 1977 ist wieder genausoviel produziert worden wie 1972. Allein 1977 stieg die Produktion je geleistete Arbeitsstunde um 8,1%.

Durch den Abbau der übertariflichen Leistungen blieb den Bauarbeitern nur die Akkordschinderei, denn vom Tariflohn leben kann keiner. Senkung der Akkordsätze war der nächste Schritt der Kapitalisten, Akkordsätze von 40 bis 50% werden bereits als Geschichte gehandelt. Kräne wurden überall zur Verfügung gestellt. Der Transport wurde vom Akkord abgezogen, auch wenn die Kräne uralt sind und nicht überall hinreichen, wobei den Arbeitern nur das Hinziehen und Schieben der Last bleibt, werden sie angerechnet. Der Einsatz von Betonpumpen, die jetzt 55 cbm pro Stunde heranpumpen, die verarbeitet werden müssen, das alles gilt dann als Erleichterung. Den Kapitalisten dient es nur zur verschärften Antreiberei. Die Arbeiter sagen, daß sie heute im Stundenlohn arbeiten wie früher im Akkord.

Die Bedingungen, die die Kapitalisten eingehen, um die Aufträge zu bekommen, sind haarsträubend. Eine Schule in Kiel soll zum Schulanfang bezugsfertig sein. Im Vertrag heißt es, daß 21 Winterausfalltage nicht zur Terminverlängerung führen, die Konventionalstrafe für die Überschreitung ist auf täglich 5000 DM festgelegt. Die 21 Ausfalltage sind diesen Winter auch eingetreten. Die Firma hatte den Bau ohne einen einzigen Ausfalltag kalkuliert. Für den Sommer war also mit Überstunden und Wochenendarbeit zu rechnen, die angeordnet werden.

Der letzte Winter hat bei den meisten Bauarbeitern reingehauen, bis zu drei Monaten wurde teilweise nicht gearbeitet. Die 67% vom Lohn in dieser Zeit haben den Jahresverdienst kräftig gesenkt. Reinholen läßt er sich nur durch Überstunden oder durch Schwarzarbeit.

Den dauernden Lohnsenkungen ein Ende zu setzen bedeutet auch Schranken gegen die weitere Intensivierung und Ausdehnung des Arbeitstages zu setzen. Die Kapitalisten zittern vor einem Streik, ihre Termine lassen das nicht zu. Die Warnstreiks am letzten Verhandlungstag waren schon Grund genug, das Angebot von 4,4 auf 5,0% zu heben, das sind immerhin monatlich für die Baukapitalisten 10 Millionen DM mehr.

Seit dem 1. Mai ist die Laufzeit des Lohntarifvertrages abgelaufen. Die Bauarbeiter haben viele Gründe, einen Schlag weniger zu arbeiten und sich mit den Antreibern über die Akkordschinderei und die Akkordsätze zu streiten und zu den Schlichtungsverhandlungen die nächsten Streikaktionen vorzubereiten. Einzelne Bezirke bereiten solche Aktionen schon vor. Der Bezirksverband Hildesheim der IG Bau-Steine-Erden ruft alle Bauarbeiter auf, am Dienstag dieser Woche in einem Warnstreik die Arbeit niederzulegen. Dies sei der letzte Warnstreik vor einem unbefristeten Streik zur Durchsetzung der berechtigten Forderungen. Alle Bauarbeiter werden aufgefordert, die Meldungen über die Aktionen an die Schlichtungskommission weiterzuleiten, die am 10. Mai in Frankfurt tagt. Eine Aktion, die man unterstützen sollte. – (Bezirk Holstein/N-Red.)



Am 1. Mai vertraten in vielen Orten die Bauarbeiter ihre Interessen und Forderungen auf den Demonstrationen und Kundgebungen der Gewerkschaften. Sie werden von allen Arbeitern in ihrem Kampf unterstützt.

Steigende gewerkschaftliche Organisierung bei den Angestellten in der Baubranche

Die Lage auf dem Baumarkt 1976 verglichen mit der des Vorjahres sah folgendermaßen aus: Bei einer realen Bauproduktionssteigerung von 3% im Durchschnitt (Bauhauptgewerbe) erzielten die Kapitalisten einen Umsatz von 75,1 Milliarden DM, das sind 3,9% Steigerung gegenüber dem Vorjahr. Dies bei einer Reduzierung der ausgebeuteten Arbeiter um 1,6% und der technischen und kaufmännischen Angestellten um 4% (einschließlich der Auszubildenden).

Möglich wurde diese verschärfte Ausbeutung durch die Umwälzung in der Produktion sowie durch Rationalisierung im Verwaltungsbereich. Ein wesentlicher
duktion sowie durch Rationalisierung im Verwaltungsbereich. Ein wesentlicher
Beitrag zur Rationalisierung im Verwaltungsbereich des Bauwesens ist der verstärkte Einsatz des Standard Leistungsbuchs (SLB) mit insgesamt 70 geplanten Leistungsbereichen, wobei 42 davon als Buchausgabe vorliegen. Die Leistungen sind standardisiert und müssen nicht für jedes Bauvorhaben neu ermittelt werden.

Im Jahrbuch des Zentralverbandes des Deutschen Baugewerbes wird diese Standardisierung besonders hervorgehoben. „In Würdigung der bisher geleisteten Arbeiten am SLB wurde der Gemeinsame Ausschuß Elektronik im Bauwesen (GAEB) aufgefordert, seine begonnenen Arbeiten fortzusetzen, denn die hohe Verkaufsziffer von mehr als 135000 SLB zeigt, daß das SLB sich durchgesetzt hat. Unterstützend haben Bundes- und Landesressorts ihren nachgeordneten Dienststellen die Anwendung des SLB vorgeschrieben und den Kommunen empfohlen, gleichermaßen zu verfahren." Für die weitere Rationalisierung wird von dem Gemeinsamen Ausschuß Elektronik im Bauwesen an einem Richtlinienentwurf gearbeitet, für ein einheitliches Automationsverfahren bei der Vergabe und Abrechnung von Bauleistungen. Dies hat zur Folge eine starke Zentralisierung, was die Konkurrenzbedingungen der kleinen Baubetriebe verschlechtert.

Die großen Baukapitalisten schaffen sich so Konkurrenten vom Hals und senken die Kosten im Verwaltungsapparat enorm und erhöhen ihre Fähigkeit, schnell Angebote bei Aufträgen zu unterbreiten sowie ihre Projekte abzuwickeln.

Bei den Angestellten hat das die Auswirkung, daß eine große Zahl von ihnen
Bei den Angestellten hat das die Auswirkung, daß eine große Zahl von ihnen
überflüssig gemacht wird und auf die Straße gesetzt wird, wobei die verbleibenden erhöhte Mehrarbeit leisten müssen. Die hohe Arbeitslosigkeit unter den kaufmännischen und technischen Angestellten nutzen die Baukapitalisten, um über die Rationalisierung und Einführung der EDV die Löhne zu senken und Mehrarbeit durchzusetzen. Genüßlich schreibt die „Bauwelt": „Die hohe Zahl arbeitsloser Architekten und Stadtplaner garantiert öffentlichen wie privaten Arbeitgebern den besonderen Arbeitseifer ihrer Arbeitskräfte." Gegen diese Auspressung von Mehrarbeit schließen sich die Angestellten im Baugewerbe immer mehr zusammen und organisieren sich in der Gewerkschaft. Noch 1972 waren 32517 Angestellte in der BSE organisiert. 1974 waren es schon 39636 und 1976 ist der Organisationsgrad um 12 bis 14% gestiegen. Das schafft die Bedingungen, daß sich die Arbeiter und die Angestellten im Baugewerbe im Kampf gegen die Kapitalisten zusammenschließen können.

Bestandteile des Bruttolohns

DM
1900, 1800, 1700, 1600, 1500, 1400, 1300, 1200, 1100, 1000, 900, 800, 600, 400

Überstunden
Feiertagsarbeit
Schlechtwettergeld Wintergeld
13. Gehalt

Mai Juni Juli Aug. Sep. Okt. Nov. Dez. Jan Feb. März 1977/78

Eine kräftige Erhöhung des Tariflohns ist notwendig!

Wir haben den Lohn eines Bauarbeiters, der im Mai 1977 als Bauwerker (Stundenlohn 9,27 DM) und danach als Tiefbauwerker (Stundenlohn 9,53 DM) beschäftigt ist, untersucht auf die Bestandteile des Bruttolohns. Von Mai 1977 bis März 1978 erhält er 2361,17 DM für Überstunden und Feiertagsarbeit, das sind 13% des gesamten Bruttolohns dieser Monate. Nimmt man noch das Schlechtwettergeld und das Wintergeld der Monate Dezember, Januar, Februar und März hinzu, erhöht sich der Betrag auf 3906,17 DM. Das ist dann fast ein Viertel des gesamten Bruttolohns.

Gerade in den Wintermonaten macht der Tariflohn einen verschwindend geringen Anteil am gesamten Bruttolohn aus. Im Februar beispielsweise arbeitet der Tiefbauwerker 50 Stunden, das sind 476,50 DM. Für diese 50 Stunden erhält er zusätzlich 2 DM die Stunde Wintergeld, macht 100 DM. An 12 Tagen wird nicht gearbeitet, dafür bekommt er 425,80 DM Schlechtwettergeld, die Stunde 4,53 DM. Im Januar kann er seinen ausgezahlten Lohn (Nettolohn im Schaubild schwarz gepunktet) nur dadurch verbessern, daß er trotz Schlechtwetter arbeitet, Überstunden, Samstag-Sonntagsarbeit macht.

Der niedrige Tariflohn erzwingt die Überarbeit: 334 Stunden sind Überstunden bzw. Feiertagsarbeit. Nicht ist es möglich, hiervon Geld auf die Seite zu legen, um für die Wintermonate die 183 Stunden Schlechtwetter, an denen nicht gearbeitet wird, auszugleichen. Was von dem Überstunden- und Feiertagsgeld netto übrigbleibt, reicht noch nicht einmal aus, die verschlissene Arbeitskraft zu reproduzieren. Die Forderungen der Bauarbeiter zur kräftigen Erhöhung des Tariflohns und Erhöhung des Schlechtwetter- und Wintergeldes verdienen deshalb unbedingt Unterstützung. – (N-Red.)